



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Einwanderungsland Deutschland? Auswirkungen der
Zuwanderung auf die Bevölkerungsentwicklung
Deutschlands“

verfasst von

Marianne Stoiber

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 190 350 313

Studienrichtung lt. Studienblatt: Lehramtsstudium UF Italienisch UF Geschichte, Sozialkunde
und politische Bildung

Betreut von: o. Univ. Prof. Dr. Josef Ehmer

Für meine Eltern.

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Personen bedanken, die mich während meines Studiums begleitet und unterstützt haben.

An erster Stelle möchte ich meinem Betreuer, o. Univ. Prof. Dr. Josef Ehmer, danken, der mir im vergangenen Jahr immer mit Rat und Tat zur Seite stand. Seine umfassende Fachkenntnis und Kompetenz auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialgeschichte waren mir eine hilfreiche Anleitung und ein Vorbild zugleich.

Der größte Dank gilt meiner lieben Familie, vor allem meinen Eltern, die mir dieses Studium finanziell ermöglicht haben und mir immer Vertrauen, Verständnis und Unterstützung, aber auch genügend Freiraum zur Entfaltung entgegengebracht haben. Meinem Freund Wolfgang danke ich besonders dafür, dass er mir während der Zeit des Schreibens mit Liebe, Verständnis und großer Geduld zur Seite stand und mich immer motivierte.

Von Herzen bedanken möchte ich mich auch bei meinen Freundinnen Andrea, Marlies, Miriam, Romana und Sonja, die mir immer emotionalen Rückhalt gaben und meine Studienzeit zu einem einmaligen und unvergesslichen Erlebnis gemacht haben, an das ich gerne zurückdenken werde.

Inhaltsverzeichnis:

| | |
|---|-----------|
| 1 Einleitung | 8 |
| 1.1 Zentrale Fragestellung | 9 |
| 2 Das Alter(n) - eine Frage der Definition | 10 |
| 2.1 Was ist „Alter(n)“? | 10 |
| 2.1.1 Das „Alter(n)“ aus biologischer Sicht | 11 |
| 2.1.2 Kognitives „Alter(n)“ | 13 |
| 2.1.3 Demographisches „Alter(n)“ | 14 |
| 2.1.3.1 Soziologische Perspektive: | |
| Was bewirkt demographisches Altern? | 15 |
| 2.1.3.2 Politikwissenschaftliche Perspektive: Was ist Alter? | 16 |
| 2.2 Altersdiskurse: Altersbilder | 16 |
| 2.3 Fazit | 19 |
| 3 Bevölkerung und Demographie | 20 |
| 3.1 Bevölkerungsprozess und gesellschaftliche Entwicklung | 20 |
| 3.2 Bevölkerungsgeschichte | 22 |
| 3.3 Entwicklung einer Bevölkerung | 24 |
| 3.4 Demographischer Wandel / Demographische Alterung | 25 |
| 3.4.1 Das Altern der Bevölkerung | 26 |
| 3.4.1.1 Ursachen demographischer Alterung | 28 |
| 3.4.1.2 Folgen der Mortalitäts- und Fertilitätsverringering | 29 |
| 3.4.2 Mortalität | 30 |
| 3.4.2.1 Lebenserwartung | 33 |
| 3.4.2.2 Wandel der Lebensdauer | 35 |
| 3.4.3 Fertilität und Geburtenrückgang | 36 |
| 3.4.3.1 Grenzen der Fruchtbarkeit, Geburtenrückgang | 38 |
| 3.4.4 Migration | 40 |
| 3.5 Folgen der demographischen Alterung in der europäischen Union | 41 |
| 3.5.1 Soziale Folgen | 41 |
| 3.5.2 Ökonomische Folgen | 43 |

| | |
|--|---------------|
| 3.6 Die Aktuelle Situation weltweit | 43 |
| 3.6.1 Europa | 45 |
| 3.7 Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland | 46 |
| 3.7.1 Demographischer Wandel und Produktionsentwicklung | 48 |
| 3.7.2 Die sozialen Folgen des Bevölkerungsrückgangs und des demographischen Wandels | 51 |
| 3.8 Fazit | 51 |
| 4 Migration | 53 |
| 4.1 Begriffsklärung | 53 |
| 4.2 Der Prozess der Migration | 54 |
| 4.2.1 Formen, Klassifikationen und Motive | 55 |
| 4.2.2 Typisierung von Migration | 59 |
| 4.2.2.1 Zeitliche Kriterien | 59 |
| 4.2.2.2 Räumliche Kriterien | 59 |
| 4.2.2.3 Kausale Faktoren | 60 |
| 4.3 Der wirtschaftliche „Wert“ von Zuwanderung | 60 |
| 4.4 Fazit | 61 |
| 5 Geschichte der deutschen Migration 1945-2000 | 62 |
| 5.1 Die Migration der Deutschen | 62 |
| 5.1.1 Vertriebene und Aussiedler | 62 |
| 5.1.2 Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland | 64 |
| 5.1.3 Aus- und Rückwanderungen von Deutschen | 66 |
| 5.2 Die Zuwanderung nach Deutschland: | |
| „Gastarbeiter - Dauergäste - Einwanderer“ | 67 |
| 5.2.1 Anwerbung und Rotationsmodell | 67 |
| 5.2.2 Anwerbestopp und Zuwanderungswellen | 70 |
| 5.2.3 Asylwerber und Flüchtlinge | 71 |
| 5.3 Fazit | 73 |
| 6 Die ausländische Bevölkerung in Deutschland | 74 |
| 6.1 Begriffsklärung „Ausländer“ | 74 |

| | |
|--|-----------|
| 6.1.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund | 74 |
| 6.2 Ländergruppen | 76 |
| 6.2.1 Staatsangehörigkeit | 76 |
| 6.2.2 Zuwanderungsgesetz 2005 | 77 |
| 6.2.2.1 Aufenthaltserlaubnis | 78 |
| 6.2.2.2 Niederlassungserlaubnis | 78 |
| 6.2.2.3 Arbeitsmigration „neu“ | 79 |
| 6.2.2.4 Integration | 79 |
| 6.2.2.5 Asylsuchende und Flüchtlinge | 79 |
| 6.2.2.6 Migration | 80 |
| 6.2.2.7 Fazit | 80 |
| 6.2.3 Zuwanderungsgesetz „neu“ 2007 | 80 |
| 6.3 Demographische Merkmale der ausländischen Bevölkerung | 81 |
| 6.4 Regionale Verteilung | 83 |
| 6.4.1 Aufenthaltsdauer | 85 |
| 6.5 Fazit | 86 |
| 7 Einwanderungsland Deutschland? - Probleme und Perspektiven | 87 |
| 7.1 „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland.“ | 87 |
| 7.1.1 Begriffsklärung „Einwanderungsland“ | 90 |
| 7.2 Vom Gastarbeiter zum Einwanderer | 91 |
| 7.3 Ökonomische Aspekte: Gegenwart und Zukunft am Arbeitsmarkt | 92 |
| 7.3.1 Bildungssituation | 92 |
| 7.3.2 Berufliche Situation | 93 |
| 7.3.2.1 Erwerbslosigkeit und Arbeitslosigkeit von Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund | 94 |
| 7.3.2.1.1 Erwerbslosigkeit | 94 |
| 7.3.2.1.2 Arbeitslosigkeit | 95 |
| 7.3.2.2 Deutschlands Suche nach qualifizierten Fachkräften | 96 |
| 7.3.2.3 Berufliche Stellung ausländischer Arbeitnehmer: Wirtschaftsbereiche | 98 |
| 7.4 Soziale Aspekte: Integration im Einwanderungsland? | 98 |
| 7.4.1 Integration | 99 |

| | |
|--|----------------|
| 7.4.1.1 Integration in klassischen Einwanderungsländern | 99 |
| 7.4.1.2 Integration in europäischen Ländern | 100 |
| 7.4.1.3 Integration in Deutschland | 100 |
| 7.5 Soziale Spannungen: Integration oder Segregation? | 101 |
| 7.6 Fazit | 103 |
| 8 Alter(n) im Einwanderungsland | 104 |
| 8.1 Migration und Demographie in Deutschland | 104 |
| 8.2 Ältere Migranten in Deutschland | 108 |
| 8.2.1 Gesundheitliche Versorgung von Migranten | 108 |
| 8.3 Dilemma: Zurückkehren, pendeln, bleiben? | 109 |
| 8.4 Fazit | 111 |
| 9 Fazit: „Altersheim Deutschland“? | |
| Auswirkungen der Zuwanderung auf die Entwicklung Deutschlands | 112 |
| 10 Bibliographie | 115 |
| 10.1 Sitographie | 120 |
| 11 Anhang | 126 |
| 11.1 Abstract | 126 |
| 11.2 Lebenslauf | 127 |

1 Einleitung

Das Thema „Demographischer Wandel“ wird derzeit sowohl politisch als auch medial sehr intensiv diskutiert. Nicht nur Deutschland, sondern fast alle Industrieländer sind davon betroffen, aber auch Länder der so genannten „Dritten Welt“ haben mit demographisch bedingten Problemen zu kämpfen. Es ist ein Zusammenspiel von einer immer längeren Lebenserwartung und niedrigen Geburtenzahlen, die zu dieser Bevölkerungsentwicklung führt.

Die Menschen in Deutschland werden immer älter. Der Staat und die sozialen Systeme müssen sich auf diesen Wandel einstellen; es bedarf aber auch einem grundlegenden Umdenken dem Alter gegenüber, denn die „Alten“ bilden bald die größte Gruppe in der Gesellschaft. Ihr relativ frühes Ausscheiden aus der Berufswelt trotz einer immer länger währenden „Jugend“ sollte neu überdacht werden, denn das Rentensystem in Deutschland ist bereits jetzt überlastet. In diesem Zusammenhang finden sich im ersten Kapitel dieser Arbeit verschiedene Zugangsweisen um den Begriff „Alter(n)“ zu definieren.

Die Entwicklung einer Bevölkerung unterliegt verschiedenen Veränderungen, die hauptsächlich von drei Faktoren bestimmt werden: Mortalität, Fertilität und Migration. Im Zuge des zweiten Kapitels wird versucht, anhand dieser Faktoren den demographischen Wandel zu skizzieren und die möglichen sozialen und ökonomischen Folgen zu erklären.

Der Faktor „Migration“ hat einen immer wichtigeren Einfluss auf die Entwicklung einer Bevölkerung. Nach grundlegenden Klassifikationen und einer Begriffsklärung steht im fünften Kapitel Deutschland und seine verschiedenen Ab- und Zuwanderungswellen im Mittelpunkt. Hier liegt das Augenmerk besonders auf dem Zuzug der so genannten „Gastarbeiter“ nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Deutschland wurde zu einem wichtigen Zuwanderungsland: durch den Zuzug von Familienangehörigen siedelten sich immer mehr Menschen aus dem Ausland in den Ländern an, dadurch wurde die Bevölkerung immer „bunter“. Die Politik reagierte

jedoch erst in den 1990er Jahren auf diese Entwicklung: es kam zu politischen Maßnahmen, die die Einbürgerung und die Integration der ausländischen Bevölkerung und Menschen mit Migrationshintergrund betreffen. Weiters werden in diesem Kapitel die demographischen Merkmale der in Deutschland ansässigen ausländischen Bevölkerung beleuchtet und ein Blick auf ihre regionale Verteilung geworfen.

Deutschland wehrte sich lange Zeit gegen die Bezeichnung „Einwanderungsland“, welches es de facto aber ist. Das Land muss mit der Tatsache umgehen lernen, dass rund ein Fünftel der Bevölkerung ausländischer Abstammung ist. Die soziale und ökonomische Integration von Personen mit Migrationshintergrund soll durch eine bessere berufliche und schulische Bildung gefördert werden, um Chancengleichheit für alle Menschen in Deutschland zu schaffen.

Ein weiterer wichtiger Punkt dieser Arbeit ist die Tatsache, dass der demographische Wandel natürlich auch vor Menschen mit Migrationshintergrund nicht Halt macht. Doch was veranlasst ältere Migranten auch nach dem Erreichen des Rentenalters in Deutschland zu bleiben und nicht in ihre alte Heimat zurückzukehren? Wie muss sich Deutschland auf diese kulturelle Vielfalt einstellen?

1.1 Zentrale Fragestellung

Anhand all dieser verschiedenen Themenbereiche soll abschließend eine Antwort auf die Frage gefunden werden, welchen Einfluss die Zuwanderung nach Deutschland auf die demographische Entwicklung hat und ob durch Zuwanderung tatsächlich der Alterung der deutschen Bevölkerung und dem drohenden Arbeitskräftemangel entgegengesteuert werden kann.

2 Alter(n) - eine Frage der Definition

*„Das Alter ist ein höflich Mann: Einmal übers andere klopft er an;
Aber nun sagt niemand: Herein! Und vor der Tür will er nicht sein.
Da klinkt er auf, tritt ein so schnell, und nun heißt, er sei ein grober Gesell.“*

Johann Wolfgang von Goethe, *Das Alter*, 1814.

Der Prozess des „Alterns“ oder das „Alter“ selbst ist ein schon immer viel diskutiertes Thema in der Gesellschaft. Doch was versteht man eigentlich unter „Alter(n)“?

Bei genauerer Betrachtung erscheint der Begriff sehr vielschichtig und nicht eindeutig definierbar, denn schon bald wird klar: Alter(n) ist einerseits geprägt von der jeweiligen Wissenschaft, die versucht, das Alter(n) zu kategorisieren; andererseits ist der Begriff auch ein Konstrukt der Gesellschaft und ist deshalb abhängig von den jeweiligen Umständen und des jeweiligen Zeitgeistes.

Aktuell gibt es auch bezüglich der „Altersgrenze“ in der Erwerbsbiografie (medial geführte) Diskussionen: momentan versteht man darunter ein gewisses Alter, das man erreicht haben muss, um in den Ruhestand treten zu können, (abgesehen von Ausnahmen) in etwa mit Vollendung des 65. Lebensjahres.¹

Kann diese „Schwelle“ also als „Altersgrenze“ verstanden werden? Kann man die Lebensphase „Alter“ generell biographisch abgrenzen? Inwiefern sind in diesem Zusammenhang gesellschaftliche Umstände ausschlaggebend?

2.1 Was ist „Alter(n)“?

Es gibt keine allgemein gültigen Kriterien, die das „Alter(n)“ definieren können. Wohl gibt es aber soziale und politische Festlegungen, wie etwa die eben erwähnte kalendarische Altersgrenze, ab der ein Mensch als zu alt gilt um volle Leistung in

¹ vgl. M. Kinsler: *Alter, Macht, Kultur*, 2003, S. 17.

seinem Beruf erbringen zu können. Altersfestlegungen und Altersgrenzen sind willkürlich und sollen bestimmten Zwecken der Kategorisierung, beispielsweise für Marktforschungsumfragen, dienen.² Sie sind Konstruktionen der jeweiligen Epoche und des gesellschaftlichen Lebens.

Im Folgenden Kapitel findet sich ein Überblick über die Zugangsweise verschiedener Wissenschaftszweige, die den Begriff „Alter(n)“ behandeln.

2.1.1 Das „Alter(n)“ aus biologischer Sicht

Das Wort „alt“ stammt aus dem indogermanischen und bedeutet „wachsen“ oder „reifen“, so kann der Prozess des Alterns auch als Wachstums- und Reifungsprozess verstanden werden, dem kein Mensch und kein anderes Lebewesen entfliehen kann. Für die meisten Menschen ist es jedoch wichtig, so lange wie möglich aktiv und gesund zu bleiben - oder in anderen Worten ausgedrückt: viele wollen den alterstypischen Veränderungen solange wie möglich mit medizinischen Mitteln, Sport und einer gesunden Lebensweise entgegensteuern. Der Fortschritt in der Medizin bietet viele Möglichkeiten, wie neue Gelenke oder Organe, doch gibt es bislang keine Möglichkeit, dem geistigen Verfall oder dem Abbau der kognitiven Fähigkeiten entgegenzuwirken.³ Das Alter(n) selbst ist jedoch nicht automatisch mit Krankheit gleichzusetzen, nur die Wahrscheinlichkeit, an einer Krankheit zu erkranken, steigt mit fortschreitendem Alter.⁴

Aber ab welchem Zeitpunkt bezeichnet man einen Menschen als „alt“?

Biologisch gesehen gibt es keine biologische „Schwelle“, von der an man einen Menschen als „alt“ bezeichnet.⁵

Allgemein versteht man unter Alter(n) das Überwiegen von „Rückbildungsvorgängen über die Neubildung“⁶ - Alter(n) ist also sozusagen das „biologische Schicksal“ aller Lebewesen, von dem alle Zellen und Organe betroffen sind. Man kann den Körper als

² vgl. M. Kinsler: Alter, Macht, Kultur, 2003, S. 17 f

³ vgl. C. Behl; B. Moosmann: Molekulare Mechanismen des Alters, in: U. M. Staudinger, H. Häfner (Hg.) Was ist Alter(n)?, 2008, S. 9 f.

⁴ vgl. G. Kempermann: Altern ist auch adulte Neurogenese, in: U. M. Staudinger, H. Häfner (Hg.) Was ist Alter(n)?, 2008, S. 47 f.

⁵ vgl. F.X. Kaufmann: Die Überalterung, 1960, S. 200.

⁶ vgl. F.X. Kaufmann: Die Überalterung, 1960, S. 200.

eine „Lebensgemeinschaft“ von verschiedenen Zelltypen mit abertausenden von Zellen verstehen, die sich in einem „dynamischen Gleichgewicht“ befinden, in dem jeden Tag Zellen geboren werden, sich teilen, altern und sterben.⁷ Nur die Zellen in Herz und Gehirn können sich nicht teilen.⁸

Die Fähigkeit der Zellen, sich zu erneuern und zu regenerieren nimmt im Laufe der Zeit ab, was dazu führt, dass auch die physische Leistungsfähigkeit abnimmt. Durch Anpassung des Organismus und Kompensierung durch andere Fähigkeiten, fällt die Abnahme der Leistungsfähigkeit lange nicht ins Gewicht; beispielsweise nimmt das Hör- und Sehvermögen schon seit den frühen Jugendjahren ab. Erst wenn die Kompensationsfähigkeit nachlässt, bezeichnet man die (bereits länger) vorhandenen Defizite als „Alterserscheinungen“. Dieser Prozess ist abhängig von Umwelteinflüssen aber auch von Vererbung.⁹

Die absolute, maximale biologische Lebensspanne ist von der durchschnittlichen Lebensspanne, oder Lebenserwartung, zu unterscheiden. Während sich die maximale biologische Lebensspanne in den letzten Jahrhunderten vermutlich kaum verändert hat, so ist die durchschnittlich zu erwartende Lebensspanne auf Grund von besseren hygienischen Bedingungen und Lebensumständen gestiegen; nicht außer Acht gelassen werden darf auch der medizinische Fortschritt (siehe auch Kapitel 3).¹⁰

Der „physiologische Alterungsprozess“ ist von Organismus zu Organismus unterschiedlich. Auch muss das biologische Alter vom kalendarischen Alter unterschieden werden. Durch Untersuchungen physischer Funktionen zweier Menschen im selben Zeitmaß kann das physiologische Alter bestimmt werden.¹¹ „Die Abweichung des Funktionstempos vom für ein bestimmtes kalendarisches Alter bestimmten

⁷ vgl. A. D. Ho; W. Wagner; V. Eckstein: Was ist Alter?, in: U. M. Staudinger, H. Häfner (Hg.) Was ist Alter(n)?, 2008, S. 33 f.

⁸ J. Dichgans: Jugend ist Stärke und Alter ist Schwäche, in: U. M. Staudinger, H. Häfner (Hg.) Was ist Alter(n)?, 2008, S. 57.

⁹ vgl. F.X. Kaufmann: Die Überalterung, 1960, S. 200.

¹⁰ vgl. C. Behl; B. Moosmann: Molekulare Mechanismen des Alters, in: U. M. Staudinger, H. Häfner (Hg.) Was ist Alter(n)?, 2008, S. 10.

¹¹ vgl. F.X. Kaufmann: Die Überalterung, 1960, S. 203.

Mittelwert zeigt dann die Differenzen zwischen biologischem und kalendarischem, d.h. in Kalenderjahren gemessenem Alter an.“¹²

2.1.2 Kognitives „Alter(n)“

Alter(n) ist keine Krankheit, sondern ein Prozess der körperlichen, aber auch der geistigen Entwicklung eines Menschen. Zeitlich gesehen erreicht der menschliche Organismus die körperliche Reife früher als den Höhepunkt der psychischen Entwicklung. Viele Menschen erfahren erst im höheren Alter geistige Zufriedenheit. In dieser Hinsicht könnte man das Alter(n) auch als individuellen Wandel jedes Menschen verstehen, dessen Leben von verschiedenen sozialen, physischen und psychischen Faktoren geprägt ist. Eine psychologische Erfahrung ist beispielsweise die so genannte „Midlife Crisis“, der Zeitpunkt, an dem dem Menschen bewusst wird, dass er sich in der Mitte seines Lebens befindet und er sich seiner Sterblichkeit und Vergänglichkeit bewusst werden muss.¹³

Das Altern hat Einfluss auf den Charakter eines Menschen, der das Ergebnis einer ständigen Interaktion zwischen Biologie, Kultur und der Person selbst ist¹⁴, jedoch wird dieser wesentlich stärker von Umwelt und Erziehung geprägt. Es sollte aber vermieden werden, „greisenhafte Züge“ automatisch auf erst alternde Menschen zu projizieren.¹⁵ Dennoch verweist F.X. Kaufmann auf einige Charakteristika nach den Darstellungen Erich Sterns: mit fortschreitendem Alter tendiert der Mensch dazu, sich mehr auf die eigene Person zu konzentrieren als auf die „Außenwelt“. Die „Intensität des Gefühlslebens“ nimmt ab, was oft fälschlicherweise mit Desinteresse oder Gleichgültigkeit verwechselt wird. Zu beobachten ist auch, dass für Menschen im Alter eher Ereignisse in der Gegenwart oder der Vergangenheit von Bedeutung sind und ihr Leben nicht mehr zukunftsorientiert ausgelegt ist.¹⁶ Daneben ist zu bemerken, dass

¹² F.X. Kaufmann: Die Überalterung, 1960, S. 200.

¹³ M. E. Kalousek: Altes Leben und psychisches Wohlbefinden, in: A. Amann: Kurswechsel für das Alter, 2000, S. 90 f.

¹⁴ vgl. U.M. Staudinger: Personality and aging, in: M. Johnson, V.L. Bengtson; P.G. Coleman; T. Kirkwood (Hg.): Cambridge handbook of age and ageing, 2005, S. 237-244.

¹⁵ vgl. F.X. Kaufmann: Die Überalterung, 1960, S. 213.

¹⁶ vgl. E. Stern: Der Mensch in der zweiten Lebenshälfte, 1955, S. 33 f.

emotionale Instabilität und die Offenheit neuen Erfahrungen gegenüber abnehmen, gleichzeitig aber Umgänglichkeit und Zuverlässigkeit zunehmen.¹⁷

Kognitives Altern bedeutet also keineswegs nur „Stillstand“ oder „Abnahme“ bestimmter Fähigkeiten oder Persönlichkeitsmerkmale; auch hier steht das Prozesshafte im Vordergrund: der psychologische Alterungsprozess steht immer in Wechselwirkung mit dem physiologischen Alterungsprozess.

2.1.3 Demographisches „Alter(n)“

Im Folgenden wird die soziologische bzw. politikwissenschaftliche Sichtweise des „Alter(n)s“ thematisiert. Bezüglich dessen wird das Phänomen des demographischen Wandels oder des „demographischen Alter(n)s“ in die Diskussion miteinbezogen, welches in Kapitel 3 näher besprochen wird.

Demographisches Altern entsteht einerseits durch eine geringere Mortalitätsrate bzw. einer gesteigerten Lebenserwartung und einer gleichzeitig sinkenden Fertilitätsrate.

In der Demographie änderte sich bis ins 19. und 20. Jahrhundert sehr wenig. Erst in den letzten beiden Jahrhunderten kam es zu Veränderungen der demographischen Verhältnisse: die durchschnittliche Lebenserwartung stieg immer weiter an, das Sterblichkeitsrisiko ging zurück. So nimmt die Zahl der über 60-Jährigen (beispielsweise in Deutschland) immer mehr zu und die Altersgruppe der über 60-Jährigen spielt bereits jetzt und auch in Zukunft eine wichtigere Rolle in der Gesellschaft und Politik. Hierbei muss aber beachtet werden, dass auch die Festlegung der „Altersgrenze“ mit 60 Jahren ein Teil des Altersdiskurses ist. Ob der Tatsache, dass viele der heutigen über 60-Jährigen einen hohen Lebensstandard genießen und mit den über 60-Jährigen aus den vergangenen Jahrhunderten somit kein Vergleich gezogen werden kann, sollte man die Altersgrenze auf etwa 80 oder 85 Jahre erhöhen. Dies würde wieder dazu führen, dass die Diskussion über den demographischen Wandel oder die „Überalterung“ der Gesellschaft anders geführt werden müsste.¹⁸

¹⁷ vgl. U. M. Staudinger: Was ist Alter(n) der Persönlichkeit?, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 87.

¹⁸ vgl. J. Ehmer: Das Alter in Geschichte und Geschichtswissenschaft, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 162 f.

Oft wird ein Zusammenhang zwischen dem demographischen Alter(n) und dem Niedergang der Gesellschaft konstruiert: durch die stetige Zunahme alter Individuen in einer Gesellschaft, die als weniger lernfähig oder lernbereit gelten und denen geringe Zukunftsorientierung nachgesagt wird, und einer gleichzeitigen Reduktion der jüngeren Altersgruppen, sieht man eine Gefahr für das weitere Gedeihen einer Gesellschaft.¹⁹

Wirtschaftlich gesehen ist jedoch die Abnahme der Geburtenrate - und somit eine geringere Zahl an Arbeitskräften - von Bedeutung: Kaufmann spricht in diesem Zusammenhang vom „Humankapital“ eines Staates, dessen Rückgang wesentliche Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum hat.²⁰

2.1.3.1 Soziologische Perspektive: Was bewirkt demographisches Altern?

Bei der Definition des Terminus „Alter(n)“ sind auch die Komponenten „soziale Ordnung“ oder „sozialer Status“ ausschlaggebend. Gesellschaftlich gesehen ist das Alter(n) ein „Strukturelement der gesamtgesellschaftlichen Ordnung“, der den sozialen Status eines Individuums innerhalb einer Gesellschaft festlegt. Hier konzentriert man sich vor allem auf das chronologische (kalendarische) Alter, wodurch die Lebensgeschichte jedes einzelnen Menschen sozusagen „vereinfacht und rationalisiert“ wird. Dieses „chronologische Altersverständnis“ dominiert das alltägliche Leben: nahezu alle staatlichen Einrichtungen kategorisieren die Bevölkerung in bestimmte Altersgruppen, staatliche Vorschriften orientieren sich nach festgesetzten Altersgrenzen.²¹

Diese „Institutionalisierung des Lebenslaufs in der Moderne besagt, dass durch kollektive, meist in Gesetzen fundierte Definitionen Personen ein sich mit dem Alter verändernder Fundamentalstatus zugesprochen wird.“²²

Im Groben wird die Bevölkerung in drei große Gruppen eingeteilt („Kinder und Jugendliche“, „Erwachsene im Erwerbsalter“ und die Gruppe der „Alten oder Personen

¹⁹ vgl. F.X. Kaufmann: Was meint Alter? Was bewirkt demographisches Altern?, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 126-128.

²⁰ vgl. F.X. Kaufmann: Was meint Alter? Was bewirkt demographisches Altern?, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 131-134.

²¹ vgl. F.X. Kaufmann: Was meint Alter? Was bewirkt demographisches Altern?, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 120-121.

²² F.X. Kaufmann: Was meint Alter? Was bewirkt demographisches Altern?, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 121.

im Ruhestandsalter“) womit sich die Standardisierung der Lebensläufe jedes Individuums noch weiter verstärkt.²³

Aus soziologischer Sicht gesehen ist das Alter eine gesellschaftliche Konstruktion: das „Lebensalter“ ist eine Kategorie des sozialen Status, womit einem Individuum sein Platz in der gesellschaftlichen Ordnung zugeteilt wird. Jeder Status bzw. jedes Mitglied eines Sozialverbandes erhält so verschiedene Rechte und Pflichten. Es entwickelten sich Vorstellungen von altersspezifischen Normen, Eigenschaften oder Verhaltensweisen, die zu einer stereotypen Denkweise im Bezug auf das „Alter“ führten.²⁴ Diese Altersstereotype sind jedoch keine Realität, denn das „Alter(n)“ wird subjektiv sehr unterschiedlich empfunden.

2.1.3.2 Politikwissenschaftliche Perspektive: Was ist Alter?

Das „Alter“ wurde auch zu einem politisch orientierten Begriff: die Politik erzeugte Altersgruppen und legte bestimmte Altersgrenzen (zum Beispiel für das Wahlrecht, die Volljährigkeit oder für den Eintritt in den Ruhestand) fest, die das gesellschaftliche Leben ordnen.²⁵

2.2 Altersdiskurse: Altersbilder

Das Alter ist ein gesellschaftlich und historisch geprägter Begriff, der schon seit Epochen im Mittelpunkt zahlreicher Diskurse steht.

Von jeher hatte man ein sehr ambivalentes Bild vom Alter: auf der einen Seite verbindet man das Alter mit Krankheit, Verfall, Vergesslichkeit, Leid und Hilfsbedürftigkeit; andererseits steht das Alter auch für Weisheit, Besonnenheit und hohem Ansehen in der

²³ vgl. F.X. Kaufmann: Was meint Alter? Was bewirkt demographisches Altern?, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 122.

²⁴ vgl. F.X. Kaufmann: Was meint Alter? Was bewirkt demographisches Altern?, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 123-124.

²⁵ vgl. M. G. Schmidt: Was ist Alter? Die Perspektive der Politikwissenschaft, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 139.

Gesellschaft. Dieser „Spagat“ zwischen positiven und negativen Altersstereotypen ist ein Merkmal der epochenübergreifenden Altersdiskursen.²⁶

Altersdiskurse lassen drei grundlegende Strukturmerkmale erkennen: sie sind „Diskurse der Differenz“; das bedeutet, dass das Alter von den anderen Lebensphasen abgegrenzt und diese Lebensphase durch stereotype Eigenschaften noch unterstrichen wird. Es sind auch „normative Diskurse“, die versuchen, Erwartungen an die „Alten“ oder das Verhalten ihnen gegenüber festzulegen und damit zu normieren. Zuletzt sind Altersdiskurse auch ambivalent, da sie sowohl negative als auch positive altersstereotype Vorstellungen miteinander verknüpfen und verursachen.²⁷

Altersdiskurse sind aber vor allem öffentlich geführte Diskurse, die deshalb sehr von der gesellschaftlichen Denkweise abhängig sind. Die bisherigen Ausführungen beweisen: es ist schwierig, auf die Leitfrage „Was ist Alter(n)?“ eine eindeutige Antwort zu finden.²⁸

Altersdiskurse und Altersbilder sind kontextabhängige Konstrukte. Jeweilige Wahrnehmungen des Alters werden von kulturellen und sozioökonomischen Einflüssen eines Landes viel mehr geprägt als von natürlichen und biologischen Faktoren.²⁹ Deshalb werden Menschen, die sich im Laufe ihres Lebens für eine Auswanderung in ein anderes Land entschieden haben und auch im Alter nicht in ihr Heimatland zurückkehren wollen, mit unterschiedlichen Auffassungen dem Alter(n) gegenüber konfrontiert: Alter hat in vielen Herkunftsgesellschaften einen anderen Stellenwert als in der Aufnahmegesellschaft und ist somit auch von der jeweiligen Kultur abhängig.³⁰

Generell unterscheidet man in der Altersethnologie zwei verschiedene Prinzipien, nach denen Alter definiert werden kann: das Prinzip der „Seniorität“ und die

²⁶ vgl. J. Ehmer: Das Alter in Geschichte und Geschichtswissenschaft, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 150-155.

²⁷ vgl. J. Ehmer: Das Alter in Geschichte und Geschichtswissenschaft, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 155.

²⁸ vgl. F.X. Kaufmann: Was meint Alter? Was bewirkt demographisches Altern?, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 134.

²⁹ vgl. R. Paß: Alter(n)svorstellungen älterer Migrantinnen, 2006, S. 72.

³⁰ vgl. R. Paß: Alter(n)svorstellungen älterer Migrantinnen, 2006, S. 77.

„Altersklassensysteme“. Nach dem Prinzip der „Seniorität“ ist das Alter eine Voraussetzung, um in der Gesellschaft eine bedeutende Position zu erlangen. In gewissen Gesellschaften haben alte Menschen ein besonderes Ansehen, sie besitzen Macht, gelten als weise und verfügen über Wissen über die Weltanschauung, kulturelle Traditionen und Lebensregeln. Dieses Wissen wird vorwiegend mündlich weitergegeben und verleiht älteren Menschen einen wichtigen Status. Das „Altersklassensystem“ sieht eine Einteilung der Menschen in verschiedene „Altersklassen“ ein; die Klasse der „Alten“ beinhaltet generell keine positive oder negative Bewertung.³¹

Migranten aus traditionelleren Gesellschaften werden viel früher als „alt“ bezeichnet - unabhängig vom chronologischen Alter. Grund dafür ist, dass sich diese Migranten „in ihren Lebensphasen an eigene ethnisch-kulturelle Alterspassagen orientieren (frühe Großelternschaft, früheres Berentungsalter im Herkunftsland, etc.).“³² Ältere Menschen verfügen in diesen Gesellschaften deshalb über ein besonders hohes Ansehen, weil sie über wichtige Ressourcen wie Land oder Vieh - aber auch wie bereits erwähnt über Wissen verfügen. Dietzel-Papakyriakou verweist hier wiederum auf das Prinzip der Seniorität.³³

Es gibt auch Unterschiede bezüglich des Ansehens von älteren Frauen und Männern. Der Status der Frau wird in verschiedenen Kulturen von der Anzahl ihrer Kinder und ihrem Alter geprägt; ihren Schwiegertöchtern gegenüber haben sie beratende und kontrollierende Funktionen.³⁴ Generell ist das Leben einer Frau in einer traditionellen Gesellschaft sehr familienorientiert; fortschreitendes Alter bedeutet höhere Wertschätzung und Machtzuwachs und wird generell positiv bewertet. Die Pflege älterer Personen wird traditionell von den (Schwieger-)Töchtern übernommen.³⁵

Ältere Migranten in Deutschland oder Migranten, die als „Gastarbeiter“ ins Land gekommen sind und somit schon länger im Land leben, sind geprägt von diesen

³¹ vgl. R. Paß: Alter(n)svorstellungen älterer Migrantinnen, 2006, S. 77 f, nach: H. Marzi: Ethnologische Altersforschung im Wandel. in: D. Dracklé (Hg.): Alt und zahm?, 1998, S. 14-15 f.

³² M. Dietzel-Papakyriakou: Altern in der Migration, 1993, S. 11.

³³ vgl. M. Dietzel-Papakyriakou: Altern in der Migration, 1993, S. 49 f.

³⁴ vgl. M. Dietzel-Papakyriakou: Altern in der Migration, 1993, S. 58 f.

³⁵ vgl. R. Paß: Alter(n)svorstellungen älterer Migrantinnen, 2006, S. 77.

Altersbildern, die sie als junge Menschen in ihren Heimatländern erfahren haben. Doch durch demographische, soziale und wirtschaftliche Veränderungen sowohl im Herkunftsland als auch in Deutschland unterliegen diese Altersbilder ebenfalls einem Wandel.³⁶

2.3 Fazit

Zusammenfassend kann man feststellen, dass es immer auf die jeweilige Perspektive ankommt, von der aus man den Begriff „Alter(n)“ versucht zu definieren. Nicht vergessen darf man aber den kulturellen und gesellschaftlichen Status des Alters, der die Altersbilder einer Gesellschaft nachhaltig prägt.

³⁶ vgl. R. Paß: Alter(n)svorstellungen älterer Migrantinnen, 2006, S. 79 f.

3 Bevölkerung und Demographie

In diesem Kapitel werden wichtige Prozesse besprochen, die auf jede Bevölkerung einwirken und deren Entwicklung nachhaltig beeinflussen. Die Faktoren Mortalität, Fertilität und Migration spielen dabei die größte Rolle und wirken sich gemeinsam auf die demographische Situation eines Landes aus.

3.1 Bevölkerungsprozess und gesellschaftliche Entwicklung

Der Begriff Bevölkerung bezeichnet die „Gesamtheit der Einwohner eines abgegrenzten (Staats-) Gebietes zu einem bestimmten Zeitpunkt“³⁷.

Jede Population weist bestimmte charakteristische Merkmale in ihrer Struktur auf, die gewissen Regelmäßigkeiten folgen. In jeder Bevölkerung kommt es zu verschiedenen Entwicklungen, dazu zählen demographische Ereignisse wie Geburten, Eheschließungen oder Wanderungen. Diese stehen in einer Wechselbeziehung mit der Gesellschaft. Diese Entwicklungen werden auch als Bevölkerungsprozess bezeichnet. Die Entwicklung einer Bevölkerung ist komplex und von vielen verschiedenen Faktoren abhängig. Um den Bestand, die Struktur und die Entwicklung einer Bevölkerung bestimmen oder künftige Abschätzungen treffen zu können, bedarf es einem statistischen Instrumentarium, denn Vorausberechnungen bezüglich der Bevölkerungsentwicklung können nur getroffen werden, wenn ihr historischer Verlauf statistisch erfasst worden ist.³⁸

Eine wichtige Rolle spielt hier die (Bevölkerungs-) Statistik, die die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorgänge und ihre Regelmäßigkeiten untersucht.³⁹ Außerdem bietet die Statistik Möglichkeiten, Entwicklungen in der Gesellschaft zu kontrollieren um Berechnungen für die Zukunft zu erstellen und die aktuellen gesellschaftlichen

³⁷ P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 26.

³⁸ vgl P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 26.

³⁹ vgl P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 26 f.

Prozesse zu beurteilen. In diesem Zusammenhang spricht Müller von einer „systematischen Gesellschaftsbeobachtung“⁴⁰.

Um die Erfassung aller gesellschaftlichen Veränderungen zu gewährleisten, wurden statistische Ämter, Standesämter und andere behördliche Einrichtungen geschaffen, deren Aufgabe es ist, den Wandel zu dokumentieren. Ziel ist es, die Bevölkerung und deren Struktur, Zusammensetzung und Entwicklungen zu analysieren.⁴¹

Man sieht demnach, dass die Bevölkerungsstatistik als Ausgangspunkt für Bevölkerungswissenschaft bzw. Demographie bezeichnet werden kann. Man steht allerdings vor dem Problem, dass sich die Bevölkerungsstruktur, die Bevölkerungsgröße und die damit einhergehenden Bevölkerungsprozesse gegenseitig beeinflussen. Man geht also von einem Zustandsbild einer Bevölkerung aus und untersucht erst im Anschluss daran die Determinanten der Bevölkerungsveränderungen. So unterscheidet man zwischen der Statistik des *Bevölkerungsbestandes* und einer Statistik der *Bevölkerungsbewegung*. Die Statistik des Bevölkerungsbestandes beschäftigt sich mit der Zusammensetzung, dem Umfang und der räumlichen Verteilung einer Bevölkerung zu einem bestimmten Zeitpunkt. So genannte Bestandsmassen⁴² werden nach Geschlecht und Alter untersucht und deren Beziehung zu anderen Kerngrößen wie dem Familienstand dargestellt. Die Statistik der Bevölkerungsbewegung beschäftigt sich mit demographischen Prozessen wie Geburten, Sterbefällen oder Wanderungen innerhalb eines Zeitraumes und deren Verlauf. Hier spricht man von Ereignismassen.⁴³

Bestimmt wird die Bevölkerung durch die Mortalität und die Fertilität; aus dem daraus entstehenden Saldo kann man die Zunahme der Bevölkerung ablesen. Will man eine bestimmte Bevölkerung untersuchen, ist es auch wichtig, den Faktor Migration zu berücksichtigen. So ergibt sich folglich die Größe und Struktur einer Bevölkerung aus

⁴⁰ vgl. W. Müller: Deutschland in Zahlen. Orientierungshilfe für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 1992, S. 18.

⁴¹ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 27.

⁴² Bestandsmassen: damit sind Haushalte oder Familien gemeint

⁴³ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 27-28.

dem Saldo von Geburten und Todesfällen und dem Saldo von Ein- und Auswanderungen.⁴⁴

Wichtig ist es auch, die Altersstruktur einer Bevölkerung zu untersuchen, denn auch diese wird von Bevölkerungsprozessen beeinflusst. Die heutige Zusammensetzung einer Gesellschaft wurde von demographischen Faktoren der Vergangenheit, wie Fruchtbarkeit und Sterblichkeit, beeinflusst; umgekehrt beeinflusst die heutige Struktur den zukünftigen Verlauf einer Bevölkerung. Dadurch wird die Altersstruktur verändert. Das bedeutet: eine momentan junge Bevölkerungsstruktur erklärt einen Bevölkerungsanstieg in den nächsten Jahrzehnten; gleichzeitig kommt es in einigen Ländern und Regionen zu einer Stagnation oder Abnahme der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Das führt zu einer demographischen Alterung der Bevölkerungsstruktur, die wiederum durch Sterblichkeitsrückgang und einer Veränderung im Fertilitätsverhalten erklärt werden kann.⁴⁵

3.2 Bevölkerungsgeschichte

Die Bevölkerungsgeschichte ist ein Teilgebiet der historischen Wissenschaften. Gegenstand ihrer Untersuchungen ist die Entwicklung von Bevölkerungen verschiedener Epochen bis hin zur Gegenwart bzw. ihre Tendenz die zukünftige Entwicklung betreffend. Um Prognosen für die künftige Bevölkerungsentwicklung erstellen zu können, ist es notwendig die Bevölkerungszahlen historischer Gesellschaften zu rekonstruieren. Dies ist nicht selten mit Schwierigkeiten verbunden, da sich diese nicht immer auf verlässliche Daten stützen. Genauere Aufzeichnungen existieren erst seit wenigen Jahrhunderten. Deshalb ist es auch schwierig, das Phänomen des *Demographischen Wandels* zu erklären. Denn auch hierbei ist man auf mehr oder weniger genaue Aufzeichnungen angewiesen: die Fertilitäts- und Mortalitätsziffern bzw. ihr Verhältnis zueinander sowie die Zu- und Abwanderung von Menschen, wirken sich auf die Bevölkerungsentwicklung und somit den Demographischen Wandel aus. Natürlich muss man hierbei auch auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse,

⁴⁴ vgl P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 28.

⁴⁵ vgl P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 29.

wie Kriege, Hungersnöte oder Epidemien Rücksicht nehmen, da sich diese unter anderem auf die Mortalität auswirken.⁴⁶

Die Bevölkerungsgeschichte beruht auf Daten, die von Staaten, Kirchen oder ähnlichen Institutionen erfasst worden sind. Wie bereits erwähnt war die zahlenmäßige Erhebung der Bevölkerung anfangs sehr ungenau. Die mit der Frühen Neuzeit einhergehenden Staatsbildungsprozesse begünstigten die Entwicklung einer flächendeckenden Registrierung von Bevölkerungen. Im 16. Jahrhundert war es vor allem die Aufgabe der katholischen und auch der evangelischen Kirche, die Zahl der Geburten, der Sterbefälle und der Eheschließungen in so genannten Kirchenbüchern oder Matriken zu protokollieren. Im Zuge der Französischen Revolution übernahmen staatliche Einrichtungen diese Aufgabe.⁴⁷ Mit Hilfe dieser Aufzeichnungen konnte die „demographische Geschichte einzelner Menschen und Familien rekonstruiert (werden)“. Im Zuge eines Vergleichs mit anderen Fällen konnte man allgemeine Schlüsse ziehen. Hier spricht man auch von Historischer Demographie.⁴⁸

Im Bezug auf Deutschland ist zu vermerken, dass bereits im Jahr 1875 ein einheitliches Registersystem geschaffen wurde: lokale Ämter leiten ihre Standort spezifischen Zahlen an übergeordnete Verwaltungseinrichtungen und statistische Ämter weiter, die die Bevölkerungsbewegungen dahingehend analysieren.⁴⁹ Dabei ist es aber wichtig festzuhalten, dass „die Zahl der Geburten, Sterbefälle oder Heiraten (...) erst aussagekräftig (wird), wenn sie auf eine Bevölkerung bezogen werden können, deren Größe und Zusammensetzung, insbesondere nach Alter und Geschlecht, bekannt

⁴⁶ vgl. J. Ehmer: Bevölkerung und historische Demographie, in: M. Cerman (Hrsg): Wirtschaft und Gesellschaft, 2011, S. 134.

⁴⁷ vgl. J. Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010, 2013, S. 3.

⁴⁸ vgl. J. Ehmer: Bevölkerung und historische Demographie, in: M. Cerman (Hrsg): Wirtschaft und Gesellschaft, 2011, S. 136.

⁴⁹ vgl. J. Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010, 2013, S. 3f.

sind.“⁵⁰ Auch die Ermittlung des Bevölkerungsstandes⁵¹ und der Bevölkerungsstruktur sind wichtige zu berücksichtigende Aspekte der Bevölkerungsgeschichte.⁵²

3.3 Entwicklung einer Bevölkerung

Viele Faktoren beeinflussen das Wachstum bzw. die Entwicklung einer Bevölkerung. Das Bevölkerungswachstum basiert auf einem bestimmten Verhältnis zwischen Sterbe- und Geburtenzahlen.

Durch den zunehmenden Rückgang der Sterblichkeit, den Veränderungen der Todesursachen und Krankheitsverläufen und mit dem damit verbundenen Anstieg der Lebenserwartung, veränderte sich das Leben der Menschen von Grund auf. In den Jahren von 1750 bis 2000 hat sich beispielsweise die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland von 37 auf durchschnittlich 78 Jahre mehr als verdoppelt, während die Säuglingssterblichkeit im gleichen Zeitraum von 23% auf 0,4% gesunken ist.⁵³ Peter Laslett stellt fest, dass „die Menschen in den heute fortgeschrittenen Gesellschaften (...) die erste Bevölkerung (bilden), in der fast alle Individuen die Chance zu einem vollen Erleben der Welt haben, (...) (und) so lange in ihr (sein können), wie sie zu leben fähig sind.“⁵⁴

So bedeuten also „die (...) Zunahme krankheits- und schmerzfreier Lebensjahre, die Verlagerung der Todesbedrohung in ein hohes Lebensalter (...) eine generelle Zunahme von Lebenschancen. Immer mehr Menschen ist es für immer längere Zeit ihres Lebens möglich, ihr körperliches, geistiges und seelisches Potential zu entwickeln und auszuloten und somit in einem modernen Sinne glücklich zu sein.“⁵⁵

⁵⁰ J. Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010, 2013, S. 4.

⁵¹ Bevölkerungsstand: darunter versteht man die tatsächliche Anzahl von Menschen, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer bestimmten Region befinden. (vgl. online unter http://www.bib-demografie.de/DE/Service/Glossar/_Functions/glossar.html?nn=3071458&lv2=3071658&lv3=3073156,14.2.2014)

⁵² vgl. J. Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010, 2013, S. 4.

⁵³ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 119.

⁵⁴ P. Laslett: Das dritte Alter. Historische Soziologie des Alterns, 1995, S. 31.

⁵⁵ R. Spree: Der Rückzug des Todes, 1992, S. 10.

Die Tendenz zu einer längeren Lebenszeit hat den Prozess der demographischen Alterung also entscheidend beeinflusst.⁵⁶

3.4 Demographischer Wandel / Demographische Alterung

Geburten, Sterblichkeitsverhältnisse und Wanderungen sind die drei ausschlaggebenden Determinanten der Bevölkerungsentwicklung. Wie bereits besprochen unterlag vor allem die Fertilitäts- und die Mortalitätsrate in den letzten beiden Jahrhunderten einem großen Wandel.

Unter dem demographischen Wandel (bzw. der demographische Alterung) versteht man allgemein die Tendenz, dass die Zahl der älteren Personen zunimmt, während gleichzeitig die Zahl der jüngeren abnimmt. Bei diesem Prozess erhöht sich das Medianalter⁵⁷ einer Bevölkerung.

Während die Zahl der Geburten weiter sank und sich die Geburtenkontrolle immer mehr verbreitete, sank auch die (Säuglings-) Sterblichkeit. Die Tendenz zu einer verlängerten Lebensdauer ist ebenfalls eine Begleiterscheinung der Modernisierung und Industrialisierung von Gesellschaften.

Dies wiederum führt zu einem Altern der (Welt-) Bevölkerung. Denn der Sterblichkeitsrückgang wirkt sich vor allem auf den Anteil der älteren Menschen in der Bevölkerung aus. Doch nicht der Anteil an älteren Menschen, sondern der vorraussichtliche Rückgang der Bevölkerung stellt das zentrale demographische Problem dar. Seit einigen Jahrzehnten tendiert die (europäische) Bevölkerung dazu, die Geburtenbeschränkung auf eine Art zu betreiben, die die Erhaltung der Bevölkerung nachhaltig gefährden könnte. F.X. Kaufmann bezeichnet diese Entwicklung als „fehlende Nachhaltigkeit der Bevölkerungsentwicklung“. Denn je mehr eine Bevölkerung dazu tendiert zu altern, desto wichtiger ist es, dass die Fertilität das Reproduktionsniveau nicht wesentlich unterschreitet.⁵⁸

⁵⁶ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 120.

⁵⁷ Medianalter: das Medianalter teilt die Bevölkerung bezogen auf das Alter in zwei gleich große Gruppen: 50% sind älter und 50% sind jünger als das Medianalter. (vgl. online unter <http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/M/medianalter.html>, 5.2.2014)

⁵⁸ vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S.14 ff.

Die Bevölkerungsstruktur der Population ist ständigen Veränderungen unterworfen; die momentane Altersstruktur resultiert aus Veränderungen der Vergangenheit, aktuelle Verschiebungen haben Auswirkungen auf die demographische Zukunft einer Bevölkerung.⁵⁹

3.4.1 Das Altern der Bevölkerung

Das Phänomen des demographischen Wandels ist derzeit in den Medien und der Literatur ein viel diskutiertes Thema.

„Demographischer Wandel“ oder „Demographische Alterung“ sind so genannte Diskursbegriffe, die wissenschaftlich nicht eindeutig definiert werden können, ebenso wie das in Kapitel 2 besprochene „Alter(n)“. Es geht dabei aber nicht um das Altern von Individuen, sondern „um die Quantifizierung von relativen Veränderungen in der Alterszusammensetzung von Bevölkerungen“⁶⁰.

Eine Bevölkerung droht zu altern, wenn die Menschen einerseits länger leben und gleichzeitig weniger Kinder geboren werden. Dadurch steigt der Anteil der älteren Individuen in einer Gesellschaft; dieser Anteil wird durch den Altersquotienten⁶¹ ausgedrückt. Dieses Phänomen wird als „Demographischer Wandel“ bezeichnet.⁶²

Es gibt zwei verschiedene Auffassungen, demographische Alterung in der Bevölkerung festzustellen: bei der Variante A geht es darum, die Eigenschaft „alt“ genau festzulegen und im Anschluss daran festzustellen, wie viele Individuen einer Bevölkerung diese Eigenschaft „alt“ aufweisen und wie häufig diese vorkommt. Als „Alterung“ bezeichnet man folglich den Zustand einer Bevölkerung, wenn sich die Zahl und der Anteil derjenigen erhöht, die diese Eigenschaft aufweisen. Das Problem bei dieser Variante ist,

⁵⁹ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 237.

⁶⁰ vgl. R. H. Dinkel: Was ist demographische Alterung?, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 98.

⁶¹ Altersquotient: Verhältnis von Personen, die sich bereits im Ruhestand befinden, zu Menschen im Erwerbsalter (vgl. Ursula Lehr: Alterung der Bevölkerung, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, online unter <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/auswirkungen/alterung.html>, 6.2.2014)

⁶² vgl. Ursula Lehr: Alterung der Bevölkerung, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, online unter <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/auswirkungen/alterung.html> (6.2.2014)

dass bei einer festgelegten „Altersgrenze“ von beispielsweise 65 Jahren alle Individuen oberhalb dieser Grenze als „alt“ oder „älter“ gelten, jedoch nicht unterschieden wird, ob man eine Person von 55 oder 20 Jahren ist.⁶³

Bei Variante B steht die Alterszusammensetzung der Gesamtheit einer Bevölkerung im Mittelpunkt der Untersuchungen. In diesem Zusammenhang spricht man von demographischer Alterung oder Verjüngung, wenn sich die Altersverteilung zwischen bestimmten Zeitpunkten verändert.⁶⁴

Oft wird auch die demographische Alterung anhand der Altersquote bestimmt, unter der man den „relativen Anteil der Alten an der Gesamtbevölkerung versteht“. Analysiert man die Bevölkerung nach der Altersquote, so altert eine Population, wenn diese zunimmt; je höher die Altersquote ist, desto älter ist die Bevölkerung.⁶⁵

Laut F.X. Kaufmann wäre es aber besser, von einer Verschiebung der Altersverteilung oder der Altersstruktur einer Bevölkerung zu sprechen. Das bedeutet, dass sich der prozentuelle Anteil der verschiedenen Altersgruppen verändert: der Anteil der jüngeren Menschen nimmt zugunsten der älteren Menschen ab. Unter demographischem Alter versteht man also ein verstärktes Anwachsen der älteren Altersgruppen im Vergleich zu den jüngeren.⁶⁶

Dieser Prozess ist sehr komplex, da die meisten Bevölkerungen sowohl „alternden als auch verjüngenden Einflüssen unterliegen“⁶⁷ und kann kurz- oder langfristige Veränderungen der Altersstruktur zu Folge haben.⁶⁸ Kaufmann spricht dann von einem Altern der Bevölkerung, wenn sich die Bestimmungsfaktoren - Sterblichkeit, Wanderungen, Fruchtbarkeit - verändern.⁶⁹ Der Prozess des demographischen Alterns ist ein „Altern per Saldo“, das heißt, dass sich die von den Bestimmungsfaktoren

⁶³ vgl. R. H. Dinkel: Was ist demographische Alterung?, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 98 f.

⁶⁴ vgl. R. H. Dinkel: Was ist demographische Alterung?, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 99.

⁶⁵ vgl. F.X. Kaufmann: Die Überalterung, 1960, S. 24 f.

⁶⁶ vgl. F.X. Kaufmann: Die Überalterung, 1960, S. 25.

⁶⁷ F.X. Kaufmann: Die Überalterung, 1960, S. 27.

⁶⁸ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 237.

⁶⁹ F.X. Kaufmann: Die Überalterung, 1960, S. 27.

ausgehenden alternden Einflüsse stärker auf die Bevölkerung auswirken als die verjüngenden Einflüsse.⁷⁰

3.4.1.1 Ursachen demographischer Alterung

Demographische Alterung hat verschiedene Ursachen; dabei sind die Komponenten Sterblichkeit, Fertilität und Migration und ihr Verhältnis zueinander ausschlaggebend.

Würden sich Fertilität und Mortalität auf Dauer konstant verhalten und würde keine Migration stattfinden, würde eine stabile Bevölkerung entstehen, die entweder stabil wächst, stationär ist oder stabil schrumpfen würde. In einer stationären Bevölkerung gibt es eine gleichmäßige Verteilung der Altersgruppen; somit würde hier auch keine demographische Veränderung (weder Alterung noch Verjüngung) stattfinden.⁷¹

Ein demographischer Wandel entsteht, wenn es zu einer Veränderung der relevanten demographischen Parameter kommt. Demnach kann der demographische Wandel eine Folge von Veränderungen der Fertilität sein, während sich Sterblichkeit und Lebenserwartung nicht ändern („Alterung von unten“). In diesem Fall verringert sich die Geburtenrate auf Dauer und führt zu einer Abnahme der jüngeren Altersgruppen. Da die Beziehung zwischen den Altersgruppen zyklischen Veränderungen unterliegt, muss die Entwicklung der Altersgruppen nicht gleichmäßig verlaufen.⁷²

„Wenn sich die Fertilität nicht dem Geburtenniveau nach verändert, Variationen aber im Durchschnittsalter der Mütter bei der Erstgeburt/ oder in der Varianz der Verteilung stattfinden, hat dies ebenfalls Wirkungen auf die absoluten Zahlen, da sich zumindest zeitweise auch die Altersstruktur der Bevölkerung ändert.“⁷³ Zu erwarten ist, dass sich aufgrund der Verschiebung der Altersgruppen auch die Geburtenrate verändern wird,

⁷⁰ vgl. F.X. Kaufmann: Die Überalterung, 1960, S. 35.

⁷¹ vgl. R. H. Dinkel: Was ist demographische Alterung?, in: U.M. Staudinger; H. Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)?, 2008, S. 99.

⁷² vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 239.

⁷³ P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 239.

was zu einer dauerhaften Änderung der Altersstruktur führt. Vergleichbar damit wäre ein Rückgang der Fertilitätsrate bei gleichbleibendem Geburtenalter.⁷⁴

Die demographische Alterung kann aber auch aus einer Veränderung der Sterberate und der Lebenserwartung resultieren („Alterung von oben“). In diesem Zusammenhang ist es ausschlaggebend, in welchem Alter es zu einer Reduktion des Mortalitätsrisikos kommt. Wenn die Säuglings- oder Kindersterblichkeit zurückgeht, führt das zu einem höheren Anteil der jüngeren Altersgruppen, was eine Verjüngung der Bevölkerung zur Folge hat. Die Zahl der potenziellen Mütter wächst und führt bei gleichbleibender Fertilitätsrate zu einem Anstieg der Geburten. Erst im Verlauf der nachfolgenden Jahrzehnten verändert sich die altersspezifische Verteilung in der Bevölkerung und führt schließlich zu einem Anstieg der älteren Bevölkerungsgruppen. Bezogen auf die Lebenserwartung wird durch die wachsende Überlebenswahrscheinlichkeit der älteren Altersgruppen die demographische Alterung noch verstärkt. Wie bereits in Kapitel 3.3.2 erwähnt, befindet sich die Zahl der Menschen der Altersgruppe 80+ im Steigen. Vor allem bei Frauen macht die Altersgruppe seit den 1980er Jahren einen immer größeren Anteil an der Bevölkerung aus.⁷⁵

Neben diesen beiden Grundgrößen der Bevölkerungsdynamik haben auch Wanderungen oder Krisen, wie Kriege, Epidemien oder Naturkatastrophen, Einfluss auf den demographischen Wandel.⁷⁶

3.4.1.2 Folgen der Mortalitäts- und Fertilitätsverringerung

Der Mortalitäts- und Fertilitätsrückgang führt zu Veränderungen des Verhältnisses zwischen den verschiedenen Altersgruppen: bezogen auf eine Alterung infolge von abnehmender Fertilität bei gleichbleibender Mortalität, kann man von einer Verringerung der durchschnittlichen Familiengröße ausgehen. Bei abnehmender Mortalität und gleichbleibender Fertilität verlängert sich die gemeinsame Lebenszeit von Paaren und Generationen, was zu Mehrgenerationenfamilien führt.⁷⁷

⁷⁴ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 239.

⁷⁵ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 239-240.

⁷⁶ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 237.

⁷⁷ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 242.

3.4.2 Mortalität

Der Terminus Mortalität beschreibt die Sterblichkeit innerhalb einer Bevölkerung.

Die rohe Sterberate (Crude Death Rate) umfasst die Zahl der Sterbefälle pro 1000 Einwohner in einem Jahr. Sie ist abhängig vom Anteil der älteren Personen in einer Bevölkerung, da deren Sterberisiko höher ist als das der jüngeren Bevölkerungsgruppen.⁷⁸

Der Wandel der Sterblichkeitsverhältnisse vollzog sich in Europa etwa zwischen 1750 und 1950. Da es sich um einen hochkomplexen Vorgang handelt, kann man den Übergang von einem hohen zu einem niedrigen Sterblichkeitsniveau nicht exakt nachzeichnen und erklären.⁷⁹

„In vorindustriellen Gesellschaften (...) war (die) Sterblichkeit die wichtigste und die am stärksten variierende Komponente der Bevölkerungsentwicklung.“⁸⁰ In diesem Zusammenhang spricht man auch von Krisensterblichkeit: Krankheiten, Kriege und Hungersnöte haben großen Einfluss auf das Gedeihen einer Bevölkerung. Neben Seuchen und Epidemien, wie beispielsweise die Pest, die vor allem im 15. und 16. Jahrhundert in Europa wütete, lösten auch zahlreiche Hungerkrisen dramatische Mortalitätsnöte in der Bevölkerung aus. Missernten, ungünstige Wetterverhältnisse oder Schädlinge hatten teilweise katastrophale Auswirkungen auf die Subsistenzmittel. Durch die stetige Intensivierung des internationalen Handels konnte aber die Gefahr von Hungersnöten eingedämmt werden. Zu bemerken ist aber, dass die Menschen nicht tatsächlich an Unterernährung starben, sondern an den Folgen, die diese mit sich brachten: durch mangelnde Ernährung bzw. mangelnder Qualität der Nahrungsmittel waren die Menschen anfälliger für Krankheitserreger, die nicht selten zum Tod führten. Natürlich wirkten sich auch Kriege auf die Mortalitätszahlen einer Bevölkerung aus: einerseits waren natürlich die im Krieg kämpfenden Soldaten davon betroffen; andererseits fiel aber ein wesentlich größerer Teil der zivilen Bevölkerung den Folgen

⁷⁸ vgl. M. Karsch, R. Münz: Faktoren der Bevölkerungsdynamik, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, online unter http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=21&tx_ttnews%5Btt_news%5D=37&cHash=77043eb180d3310ce77c9ced4ed78891 (6.2.2014)

⁷⁹ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 121.

⁸⁰ J. Ehmer: Bevölkerung und historische Demographie, in: M. Cerman (Hrsg): Wirtschaft und Gesellschaft, 2011, S. 141.

und Umständen des Krieges zum Opfer. Höfe, Felder und Häuser, die Existenzgrundlage der Menschen, wurden von Söldnern und Landsknechten auf ihren Beutezügen zerstört. Das führte wiederum zu Hungersnöten; außerdem wurde durch Kriege die Ausbreitung von Seuchen und Krankheiten gefördert.⁸¹

Das Sterblichkeitsrisiko war früher, noch mehr als heute, abhängig von den sozialen Lebensumständen der Menschen. Am meisten davon betroffen waren Menschen zwischen ihrer Geburt und der Vollendung ihres ersten Lebensjahres, die so genannte Säuglingssterblichkeit.⁸² Auch die Kindersterblichkeit (zwischen dem 10. und 15. Lebensjahr) war sehr hoch.⁸³ Diese Zahlen waren regional sehr unterschiedlich. Eine eindeutige Erklärung dafür, dass die Zahlen so stark von einander variieren und dass sich auch regional gesehen kein eindeutiger Trend erkennen lässt, gibt es bisher nicht. Es gibt einige Hypothesen, die das doch sehr unterschiedliche Sterberisiko von Säuglingen und Kindern erklären könnten: klimatische Bedingungen, Vorhandensein von Nahrungsmitteln und hygienischen Verhältnissen zählen zu den meist genannten Faktoren.⁸⁴

Auffällig ist aber, dass dem Stillen eine immer wichtigere Bedeutung zugeschrieben wurde: mit dem Stillen der Säuglinge wurde das Sterberisiko gesenkt. Ein Grund dafür wäre die Tatsache, dass die Muttermilch die Abwehrkräfte der Säuglinge stärkt; außerdem wurde dadurch das Risiko minimiert, durch mit Krankheitserregern verunreinigte Nahrung bzw. Flüssigkeit in Berührung zu kommen.⁸⁵

Die Stillgewohnheit beeinflusste im 18. und 19. Jahrhundert die Säuglingssterblichkeit maßgeblich; ungeklärt ist aber dennoch, in welchem Ausmaß sie wirklich zum Rückgang der Sterblichkeit beigetragen hat.⁸⁶ Denn durch die Zunahme der Lebensmittelqualität konnte die „künstliche“ Kindernahrung bedenkenlos konsumiert

⁸¹ vgl. J. Ehmer: Bevölkerung und historische Demographie, in: M. Cerman (Hrsg): Wirtschaft und Gesellschaft, 2011, S. 142.

⁸² vgl. J. Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010, 2013, S. 91.

⁸³ vgl. J. Ehmer: Bevölkerung und historische Demographie, in: M. Cerman (Hrsg): Wirtschaft und Gesellschaft, 2011, S. 143.

⁸⁴ vgl. J. Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010, 2013, S. 93 f.

⁸⁵ vgl. R. Schofield/D. Reher/A. Bideau: The Decline of Mortality in Europe, 1991, S. 15f

⁸⁶ vgl. J. Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010, 2013, S. 97.

werden. Außerdem wurde durch ein besser ausgebautes Verkehrsnetz der Zugang zu frischer, pasteurisierter Milch erleichtert. Ein gesteigertes Bewusstsein für Hygiene trug ebenfalls zur Senkung des Sterberisikos von Säuglingen bei.⁸⁷

Aufzuzählen wäre in diesem Zusammenhang auch noch die sich immer weiter entwickelnde medizinische Forschung, die sicherlich durch eine Verbesserung der Säuglingspflege ebenfalls Einfluss auf die Entwicklung der Säuglingssterblichkeit hatte. Doch ein direkter Zusammenhang zwischen dem medizinischen Fortschritt und der sinkenden Sterblichkeitsrate ist erst nach dem Zweiten Weltkrieg zu verzeichnen.⁸⁸

Einfluss auf die Säuglingssterblichkeit hat auch ein Wandel in der Mutter-Kind-Beziehung im Laufe des 19. Jahrhunderts: eine Hypothese dafür könnte der Fruchtbarkeitsrückgang sein und die damit verbundene Tatsache, dass eine Mutter weniger Kinder hat, die sie versorgen und pflegen musste.⁸⁹ Es sei auch zu vermerken, dass sich die Frauen vermehrt auf ihre mütterlichen Pflichten konzentrierten, womit auch die traditionelle Rollenverteilung gestärkt wurde.⁹⁰ Außerdem kam es zu einem neuen Verständnis Kindern gegenüber.⁹¹

Die Verringerung der Sterblichkeit alle Altersklassen betreffend, beschleunigte sich unter anderem durch das Ausbleiben von Ereignissen wie Kriege oder Epidemien. Gleichzeitig stieg auch die Lebenserwartung, was aber weitgehend auf die Sterblichkeitssenkung der untersten Altersklassen zurückzuführen ist.⁹² Es findet also ein genereller Wandel von einer hohen Sterblichkeit im 18. Jahrhundert, über eine Senkung im 19. Jahrhundert bis zu einer niedrigen Mortalitätsrate ab der Mitte des 20. Jahrhunderts statt.⁹³

⁸⁷ vgl. H. J. Kintner: Determinants of Temporal and Areal Variation in Infant Mortality in Germany, in: Demographie 25, 1988, S.606.

⁸⁸ vgl. R. Spree: On Infant Mortality Change in Germany since the Early 19th Century, 1995, S. 7.

⁸⁹ vgl. H.J. Kintner: Determinants of Temporal and Areal Variation in Infant Mortality in Germany, in: Demographie 25, 1988, S.606.

⁹⁰ vgl. F. Höpflinger: Bevölkerungssoziologie, 1997, S. 153.

⁹¹ vgl. H. Glantschnig: Liebe als Dressur, S. 16ff.

⁹² vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 123.

⁹³ vgl. A. Imhof: Die Zunahme unserer Lebensspanne seit 300 Jahren - und die Folgen, 1996, S. 39.

Waren es wie zuvor bereits erwähnt in früheren Zeiten neben Kriegen oder Hungersnöten vorwiegend Infektionskrankheiten, die die Sterblichkeit der Bevölkerung beeinflussten, so sieht man sich heute mit Zivilisationskrankheiten wie Krebs oder Herz-Kreislaufkrankungen konfrontiert.⁹⁴

3.4.2.1 Lebenserwartung

Die Lebenserwartung bei der Geburt eines Menschen umfasst die durchschnittliche Zahl an Jahren, mit der man rechnen kann zu leben; ausschlaggebend dafür ist die im Geburtsjahr vorherrschende Sterberate. Allgemein nimmt die Lebenserwartung im Laufe des Lebens zu; Grund dafür ist vor allem der medizinische Fortschritt. Die Lebenserwartung bei der Geburt ist auch abhängig von der Kindersterblichkeit.⁹⁵

Auch wenn die Rolle der Medizin im Diskurs über den Sterblichkeitsrückgang erst im 20. Jahrhundert zu einer tragenden wurde, so hatte das wachsende Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung und die damit in Verbindung stehende Weiterentwicklung des Gesundheitswesens und der pharmazeutischen Industrie großen Einfluss auf die Bevölkerung.⁹⁶ Der soziale Fortschritt, den diese Entwicklungen mit sich brachten, zeigt sich darin, dass sich die Überlebensbedingungen in einer Gesellschaft verbesserten. Man kann auch sagen, dass die Sterberate in gewisser Weise den Entwicklungsstand einer Bevölkerung widerspiegelt.⁹⁷

Im Europa der Frühen Neuzeit lag das durchschnittliche Alter zwischen 30 und 40, im besten Fall 50 Jahren, was unter anderem auf die hohen Sterblichkeit von Kindern und Säuglingen zurückzuführen ist. Der Rückgang der (früh-)kindlichen Mortalität ließ die Lebenserwartung im 20. Jahrhundert steigen. Besonders in den letzten Jahrzehnten lässt sich ein Anstieg der Lebenserwartung im hohen Alter verzeichnen. Denn während um

⁹⁴ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 125 f.

⁹⁵ vgl. M. Karsch, R. Münz: Faktoren der Bevölkerungsdynamik, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, online unter http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=21&tx_ttnews%5Btt_news%5D=37&cHash=77043eb180d3310ce77c9ced4ed78891 (6.2.2014)

⁹⁶ vgl. J. Ehmer: Bevölkerung und historische Demographie, in: M. Cerman (Hrsg): Wirtschaft und Gesellschaft, 2011, S. 145.

⁹⁷ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 143.

1900 ein Mensch mit 60 Jahren mit etwa 12 weiteren Lebensjahren rechnen konnte, so würde die durchschnittliche Lebenserwartung im Jahr 2011 bei 75 Jahren liegen.⁹⁸

Die Zahl der Hochbetagten in Europa wächst. Auffallend ist auch der entgegen der kollektiven Assoziation mit dem Alter relativ gute Gesundheitszustand älterer Menschen.⁹⁹ Die Entwicklung der Sterblichkeit der höheren Altersgruppen gewinnt für die demographische Forschung in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung, denn die steigende Lebenserwartung älterer Menschen geht mit einem damit verbundenen Sterblichkeitsrückgang dieser Altersgruppen einher.¹⁰⁰

„Viele Demographen erwarten, dass die durchschnittliche Lebenserwartung kontinuierlich weiter ansteigen und gegen Ende des 21. Jahrhunderts in den entwickelten Ländern der Welt bei rund 110 Jahren liegen wird.“¹⁰¹ Bei Staaten, in denen das Phänomen der demographischen Alterung bereits zu beobachten ist, wächst die Altersgruppe der über 80-Jährigen relativ gesehen am schnellsten an.¹⁰² Die gesteigerte Lebenserwartung wird vor allem durch die Abnahme von Infektionskrankheiten und einem Rückgang an Erkrankungen des Herzkreislaufsystems begünstigt.¹⁰³

Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit im 20. Jahrhundert hatte zuerst eine „Verjüngung“ der Bevölkerung zur Folge; daraufhin haben sich die Altersgruppen spezifischen Sterbeziffern verringert, was zu einer Verschiebung der Altersstruktur der Bevölkerung führte. Da sich auch die Alterssterblichkeit nach und nach verringert hat, was auch mit einem Anstieg der Lebenserwartung einherging, wurde auch die demographische Alterung verstärkt.¹⁰⁴

⁹⁸ vgl. J. Ehmer: Bevölkerung und historische Demographie, in: M. Cerman (Hrsg): Wirtschaft und Gesellschaft, 2011, S. 145.

⁹⁹ vgl. J. Ehmer: Bevölkerung und historische Demographie, in: M. Cerman (Hrsg): Wirtschaft und Gesellschaft, 2011, S. 145.

¹⁰⁰ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 143.

¹⁰¹ J. Ehmer: Bevölkerung und historische Demographie, in: M. Cerman (Hrsg): Wirtschaft und Gesellschaft, 2011, S. 145 f.

¹⁰² vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 144.

¹⁰³ vgl. K. Gärtner: Sterblichkeitstrends in ausgewählten Industrieländern. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 20:1, 1995, 101 f.

¹⁰⁴ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 145.

„Die Konsequenz der insgesamt sinkenden Sterbeziffern ist somit nicht nur ein veränderter Altersaufbau der Bevölkerung, sondern auch eine steigende Lebenserwartung in allen Altersgruppen und für beide Geschlechter.“¹⁰⁵

Der durchschnittliche Anstieg der Lebenserwartung in Europa im Zeitraum von 1950 bis 2000 beträgt bei Männern durchschnittlich 8 und bei Frauen sogar 12 Jahren; dieser Wandel unterliegt allerdings regionalen Unterschieden. Auffällig ist auch, dass die durchschnittliche Lebenserwartung bei Frauen generell höher ist.¹⁰⁶

3.4.2.2 Wandel der Lebensdauer

Im Wesentlichen beruht der Wandel der Lebensdauer auf vier Teilentwicklungen:¹⁰⁷

- 1) „Die Sterblichkeit war ursprünglich durch ein hohes Niveau und weite Pendelausschläge charakterisiert, um schließlich auf niedrigem Niveau ohne große Schwankungen zu verharren.
- 2) Hinsichtlich der Todesursachen vollzog sich eine Entwicklung von primär exogen zu im Wesentlichen endogen verursachten Todesfällen.
- 3) Die Sterbedauer war aufgrund der überwiegend rasch tödlich verlaufenden Infektionskrankheiten relativ kurz, dehnte sich im Verlauf der epidemiologischen Transition zunehmend aus und ist gegenwärtig bei vielen chronischen Erkrankungen - im Zuge des medizinischen Fortschritts und von Hospitalisierung - lang.
- 4) Die Lebensdauer ist gekennzeichnet durch einen Übergang von „kurz, unsicher und unterschiedlich“ zu „lang, sicher und standardisiert“, sodass sich die Lebenserwartung der physiologisch möglichen Lebensspanne zunehmend angenähert hat.“

¹⁰⁵ P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 145.

¹⁰⁶ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 148 ff.

¹⁰⁷ P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 153 f.

3.4.3 Fertilität und Geburtenrückgang

Häufig werden die Begriffe *Fruchtbarkeit* und *Fertilität* synonym verwendet; es wird auch dazu tendiert, *Fruchtbarkeit* durch *Fertilität* zu ersetzen. In der Demographie steht aber die *Fertilität*, der Vorgang der Nachwuchserzeugung, im Mittelpunkt der Forschungen.¹⁰⁸

Gegenstand der historischen Demographie war vor allem die Höhe der Fertilität, so wie ihre regionale und soziale Verteilung.¹⁰⁹ Die Fertilität wird von vielen verschiedenen Verhaltensweisen und Faktoren beeinflusst. Die Fertilität einer Bevölkerung wird von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen oder der Bevölkerungsstruktur geprägt. Entscheidend ist natürlich auch die Anzahl an Frauen im gebärfähigen Alter und das Heiratsverhalten im Allgemeinen. Umgekehrt hat die Fertilität Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur, da Veränderungen, die die Fertilität betreffen, auch den Aufbau nach Geschlecht und Alter beeinflussen.¹¹⁰

In diesem Zusammenhang hat Mackenroth auch den Begriff der generativen Struktur geprägt: Der Soziologe, Statistiker und Bevölkerungswissenschaftler Mackenroth bezeichnet die Kombination diverser Verhaltensweisen als generatives Verhalten. Dies bezieht sich „sowohl auf Verhaltensweisen von Individuen oder (Ehe-)Paaren, die unmittelbar auf die Fertilität abzielen, als auch auf Handlungen, die sich aufschiebend oder einschränkend darauf auswirken.“¹¹¹

Unter dem generativen Verhalten versteht man also alle Verhaltensweisen einer Bevölkerung, die sich auf die Geburtenentwicklung auswirken. Aus diesem Verhalten kann man ablesen, „welche sozialen Konventionen gelten, welche Einstellungen wirksam sind und wie sich die sozialen Verhältnisse geltend machen, wenn es um die Entscheidung eines Paares geht, ob es ein Kind zeugen will. Diese Entscheidung ist

¹⁰⁸ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 159.

¹⁰⁹ vgl. J. Ehmer: Bevölkerung und historische Demographie, in: M. Cerman (Hrsg): Wirtschaft und Gesellschaft, 2011, S. 146.

¹¹⁰ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 159-160.

¹¹¹ P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 159. nach: G. Mackenroth: Bevölkerungslehre, 1953, S. 68.

weder biologisch noch gesellschaftlich frei; aber ihre zwingenden Einschränkungen sind (...) auf ein insgesamt geringfügiges Maß reduziert worden.“¹¹²

Es wird davon ausgegangen, dass sich das generative Verhalten in den letzten Jahrzehnten stark verändert hat, da man aus den zurückgegangenen Geburtenzahlen schließen muss, dass sich die individuellen Entscheidungen bezüglich eines Kinderwunsches neu orientiert haben.¹¹³

Das generative Verhalten hängt zu einem großen Maß von gesellschaftlichen Umständen ab und unterliegt einem historischen Wandel.¹¹⁴ Beziehen sich diese Veränderung auf die gesamte Bevölkerung, so spricht man von einer Änderung der generativen Struktur; diese lassen sich zwar aus den demographischen Daten einer Bevölkerung herauslesen, sind aber nicht eindeutig erklärbar, sofern man nicht zusätzlich die individuellen Motivationen der Menschen auswertet.¹¹⁵

Folgende Elemente wirken sich laut Mackenroth auf die generative Struktur und in Folge auf die Fertilität einer Bevölkerung aus:¹¹⁶

- 1) die Heiratsstruktur (durchschnittliches Erstheiratsalter, Heiratshäufigkeit, Scheidungsrate, Ausmaß zur Wiederverheiratung)
- 2) die Struktur der Fruchtbarkeit (eheliche und uneheliche Fruchtbarkeit, Gebäralter und Geburtenfolge bzw. durchschnittlicher Geburtenabstand)
- 3) die Struktur der Sterblichkeit (alters- und geschlechtsspezifische Absterbeordnung)

¹¹² R. Mackensen: Das Generative Verhalten im Bevölkerungsrückgang, in: F.X. Kaufmann: Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität, 1975, S.82.

¹¹³ vgl. R. Mackensen: Das Generative Verhalten im Bevölkerungsrückgang, in: F.X. Kaufmann: Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität, 1975, S.82.

¹¹⁴ vgl. W. Köllmann: Gesellschaftliche Grundlagen der Bevölkerungsbewegung, in: F.X. Kaufmann: Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität, 1975, S. 24.

¹¹⁵ vgl. R. Mackensen: Das Generative Verhalten im Bevölkerungsrückgang, in: F.X. Kaufmann: Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität, 1975, S.82.

¹¹⁶ P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 161, nach: G. Mackenroth: Bevölkerungslehre, 1953, S. 110.

Man kann daraus schließen, dass die Fertilität sowohl von Faktoren bestimmt wird, die unmittelbar mit der Wahrscheinlichkeit einer Geburt in Verbindung stehen, als auch von sozioökonomischen Bedingungen oder soziokulturellen Tendenzen einer Bevölkerung.¹¹⁷

Um die generative Struktur einer Bevölkerung analysieren zu können, ist es wichtig zu klären, ob es sich bei (möglichen) Veränderungen, beispielsweise einem Geburtenrückgang, um kurzfristige Störungen (Kriege oder wirtschaftliche Krisen) oder dauerhafte Veränderungen handelt und ob die demographische Struktur einer Bevölkerung (Sterblichkeit, Geburtenzahlen, Altersverteilung, Familienverhältnisse) zufällig entstanden ist oder ob zwischen all diesen Variablen ein systematischer Zusammenhang zu finden ist.¹¹⁸

3.4.3.1 Grenzen der Fruchtbarkeit, Geburtenrückgang

Neben den eben genannten Faktoren wirken sich auch biologische Faktoren wie Pubertät oder Menopause auf die Fruchtbarkeit aus. Diese variieren historisch und sozial gesehen sehr stark und werden besonders vom vorherrschenden Lebensstandard beeinflusst. Die biologische Spanne der Fruchtbarkeit ist jedoch historisch gesehen nicht so entscheidend wie gesellschaftliche Faktoren.¹¹⁹

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, ein Auge auf das Heiratsverhalten und die eheliche Fruchtbarkeit in der Vergangenheit zu werfen. Diese wurde neben der Säuglingssterblichkeit auch von der Praxis des Stillens, die die Empfängnisbereitschaft nach einer Geburt verzögert und somit den Abstand zwischen Geburten vergrößern kann, beeinflusst.¹²⁰ Die Stillpraxis variierte regional sehr stark von einander. Auch gesundheitliche Faktoren, die Ernährung oder die Trennung vom Ehepartner,

¹¹⁷ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 161.

¹¹⁸ vgl. R. Mackensen: Das Generative Verhalten im Bevölkerungsrückgang, in: F.X. Kaufmann: Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität, 1975, S.83 f.

¹¹⁹ vgl. J. Ehmer: Bevölkerung und historische Demographie, in: M. Cerman (Hrsg): Wirtschaft und Gesellschaft, 2011, S. 146.

¹²⁰ vgl. J. Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010, 2013, S. 101, nach: J. Knodel: Demographic Behavior in the Past, 1988, S. 251.

beispielsweise durch Kriege oder die Arbeitssituation sowie der Tod des Ehepartners wirkten sich auf die Fertilität in der Ehe aus.¹²¹

Nach und nach wurde der Wunsch nach (selbstbestimmter) Geburtenbeschränkung immer stärker: bereits in der Frühen Neuzeit wurde bewusst Geburtenkontrolle betrieben. Hier wäre zu vermerken, dass dies bei nicht ehelichen Beziehungen häufiger der Fall war. Geburtenkontrolle führte zu einer durchschnittlich geringeren Zahl an Geburten eines Paares. War es im vormodernen Europa noch so, dass ein Paar im Durchschnitt 5 Kinder zu Welt brachte, von denen höchstens 2 bis 3 ab der hohen Sterblichkeit das Erwachsenenalter erreichten, so kam es im 19. Jahrhundert zu einem Bevölkerungswachstum. Dies resultierte hauptsächlich daraus, dass das Sterblichkeitsrisiko gesenkt wurde. Zudem stieg die Zahl der unehelichen Geburten an und das Heiratsalter ging zurück.¹²²

Wie bereits erwähnt, spielten ab dem 19. Jahrhundert auch Geburtenkontrolle und Familienplanung eine nicht unwesentliche Rolle im Fertilitätsverhalten: man entschied sich bewusst für ein Kind und orientierte sich an gesellschaftlichen Leitbildern wie der Zwei-Kind-Familie. Natürlich waren auch wirtschaftliche Rahmenbedingungen wie Kriege oder ökonomische Krisen ausschlaggebend. Die Folge der aktiven Familienplanung war ein Rückgang der Geburten.¹²³

Der Geburtenrückgang lässt sich nicht eindeutig erklären. Natürlich spielten dabei viele verschiedene soziale und wirtschaftliche Faktoren eine Rolle. Generell kann man aber sagen, dass man wegen des Rückgangs der hohen Säuglingssterblichkeit nicht mehr darauf angewiesen war, so viele Kinder wie möglich in die Welt zu setzen um die Chance zu erhöhen, dass wenigstens ein paar davon das Erwachsenenalter erreichen. Man bekam weniger Kinder und dadurch änderte sich auch die Einstellung zum Kind: die Frauen konzentrierten sich mehr auf ihre Kinder und ihre mütterliche Rolle. Ökonomisch gesehen war es auch „günstiger“ weniger Kinder zu haben. Mit der zunehmenden Einführung der Schulpflicht wurden Kinder nicht mehr (so oft) als

¹²¹ vgl. J. Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010, 2013, S. 101 f.

¹²² vgl. J. Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010, 2013, S. 101, nach: J. Knodel: Demographic Behavior in the Past, 1988, S. 147-149.

¹²³ vgl. J. Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010, 2013, S. 99 f.

Arbeitskraft in ländlichen Regionen eingesetzt. Schule und die damit verbundenen Faktoren wie Kleidung oder Schulmaterial kosteten Geld. Außerdem führte es auch zu einem Wandel im Denken vieler Familien: im 20. Jahrhundert hofften viele Eltern auf einen sozialen Aufstieg ihrer Kinder und waren eher gewillt, in eine teure Ausbildung ihrer Nachkommen zu investieren.¹²⁴

Man kann den Geburtenrückgang also auch als eine Änderung der Lebenseinstellung sehen. Die Menschen streben zunehmend nach Individualisierung und nach einer selbstgesteuerten Kontrolle ihres eigenen Lebens. Politische Mächte und die Kirche beurteilen die wachsende Geburtenkontrolle überwiegend negativ und sehen sie als „Gefahr“ für Nation, Volk oder Rasse. Totalitäre Regime versuchten im 20. Jahrhundert vermehrt, dem Geburtenrückgang mit Anreizen (beispielsweise finanzielle Förderungen oder gesellschaftliche Auszeichnungen) entgegenzuwirken oder die Empfängnisverhütung zu erschweren oder verhindern.¹²⁵

3.4.4 Migration

Neben Mortalität und Fertilität haben auch Wanderungsbewegungen Einfluss auf die Entwicklung einer Bevölkerung, was im weiteren Verlauf der Arbeit noch näher besprochen wird. Generell versteht man aber unter dem Begriff Migration eine Wanderung von Menschen von einem Raum zu einem anderen, mit dem Ziel, den Lebensmittelpunkt auf Dauer oder nur auf begrenzte Zeit zu verändern.¹²⁶

¹²⁴ vgl. J. Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010, 2013, S. 101, nach: J. Knodel: Demographic Behavior in the Past, 1988, S. 147-149.

¹²⁵ vgl. J. Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010, 2013, S. 101, nach: J. Knodel: Demographic Behavior in the Past, 1988, S. 154.

¹²⁶ vgl. S. Kröhner: Migration - eine Einführung, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (online unter http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Kroehnert_Migration_Einfuehrung.pdf) 3.2.2014.

3.5 Folgen der demographischen Alterung in der Europäischen Union

3.5.1 Soziale Folgen

Die Alterung der Bevölkerung lässt sich weltweit, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, feststellen. Sie wirkt sich auf nahezu alle staatlichen Institutionen und soziale Strukturen der Gesellschaft aus. Die augenscheinlichste Veränderung wird die Verschiebung hin zu einer (durchschnittlich) älteren Bevölkerung sein; der Anteil der Erwerbstätigen sinkt in Hinblick auf die Gesamtbevölkerung, während die Zahl der Menschen im Rentenalter steigt. Gleichzeitig sinkt auch wie bereits mehrmals erwähnt die Geburtenrate. Zudem wird die Bevölkerungsstruktur momentan noch durch die so genannte „Babyboomer“-Generation beeinflusst, deren geburtenstarke Jahrgänge ins Ruhestandsalter kommen. Dadurch fallen auch mehr Kosten für Sozialausgaben hinsichtlich der Unterstützung der älteren Altersgruppen an und die Belastung der erwerbstätigen Bevölkerung nimmt zu.¹²⁷

Es wird auch davon ausgegangen, dass die demographischen Veränderungen Auswirkungen auf andere Bereiche der Politik haben werden: die Bevölkerung im Schulalter, das Gesundheitswesen, den Sozialschutz und die sozialen Sicherheit.¹²⁸

In diesem Zusammenhang taucht der Begriff der *Generationengerechtigkeit* auf: in zunehmendem Maße werden die jüngeren Generationen auf Kosten der immer älter werdenden Bevölkerung belastet, was zu Generationenkonflikten führen kann. Generationengerechtigkeit besagt, dass „die Zugehörigkeit zu einer Generation nicht zu Benachteiligung führen (darf).“¹²⁹

Die Begründer des Begriffs, John Rawls und Hans Jonas, beziehen sich sowohl auf Fragen sozialer Gerechtigkeit „zwischen verschiedenen Generationen innerhalb gleicher Lebenszyklen (intratemporale Generationengerechtigkeit), als auch in einer

¹²⁷ vgl. Eurostat: Europa in Zahlen - Eurostat Jahrbuch (Oktober 2012), online unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Population_structure_and_ageing/de (7.2.2014)

¹²⁸ vgl. Eurostat: Europa in Zahlen - Eurostat Jahrbuch (Februar 2013), online unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Population_statistics_at_regional_level/de (7.2.2014)

¹²⁹ W. Kluth: Generationengerechtigkeit, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, online unter http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Kluth_Generationengerechtigkeit.pdf (7.2.2014)

Langfristperspektive (intertemporale Generationengerechtigkeit).“¹³⁰ Es darf also kein Mensch mehr belastet werden als ein anderer, nur weil er einer anderen Generation angehört.

Der Generationenbegriff ist vielschichtig: man versteht darunter Personen, die einer bestimmten Lebensphase angehören (Kindheit/Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Ruhestand) oder bestimmten „Kohorten“ (Nachkriegsgeneration, Baby-Boomer-Generation). Der Begriff Generation unterstreicht aber immer gewisse Unterschiede und ist vom Kontext abhängig.¹³¹

In Hinsicht auf den demographischen Wandel muss der Staat versuchen, sowohl den Ansprüchen der älteren, als auch denen der jüngeren Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden. Dies gestaltet sich als schwierig, denn der Wohlstand heutiger Generationen wird durch hohe Staatsverschuldungen zu Lasten zukünftiger Generationen finanziert.¹³²

Im Bezug auf die sozialen Sicherungssysteme, beispielsweise in Deutschland, gibt es im deutschen Rentensystem seit dem Jahr 1957 eine „Umlagefinanzierung“; das bedeutet, dass jede Generation mit ihren Beiträgen die Altersversorgung ihrer Eltern und Großeltern finanziert. Schwierig wird es, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegsgeneration ins Ruhestandsalter kommen. Die Politik hat darauf mit dem so genannten „Nachhaltigkeitsfaktor“ reagiert, der die jährliche Rentenanpassung dämpfen soll. Außerdem soll das Renteneintrittsalter bis zum Jahr 2029 auf 67 angehoben werden.¹³³

¹³⁰ W. Kluth: Generationengerechtigkeit, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, online unter http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Kluth_Generationengerechtigkeit.pdf (7.2.2014)

¹³¹ vgl. W. Kluth: Generationengerechtigkeit, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, online unter http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Kluth_Generationengerechtigkeit.pdf (7.2.2014)

¹³² vgl. W. Kluth: Generationengerechtigkeit, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, online unter http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Kluth_Generationengerechtigkeit.pdf (7.2.2014)

¹³³ vgl. Ursula Lehr: Alterung der Bevölkerung, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, online unter <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/auswirkungen/alterung.html> (6.2.2014)

3.5.2 Ökonomische Folgen

Der demographische Wandel und die zunehmende Verschiebung der Altersstrukturen wirkt sich auch auf den Arbeitsmarkt und das künftige Arbeitskräfteangebot aus. Sehr wahrscheinlich ist, dass das Angebot an Arbeitskräften in Zukunft zurückgehen und gleichzeitig auch der Altersdurchschnitt der Arbeitnehmer steigen wird.¹³⁴ Die Folgen von einem daraus resultierenden Arbeitskräftemangel (bzw. nicht genügend qualifizierten Arbeitskräften) ist eine geringere Produktivität von Firmen und Betrieben und mangelnde Konkurrenzfähigkeit am nationalen und internationalen Markt.

Aus der Sicht der Altersforschung wird der Trend, vermehrt auf ältere Arbeitnehmer zu setzen, positiv zu bewerten sein, da das Wissen der älteren Arbeitnehmer als Gewinn angesehen wird und ihre Kompetenzen und Potenzialen geschätzt werden. Hier wird sich zeigen, dass die „Funktionsfähigkeit verschiedener körperlicher und seelisch-geistiger Fähigkeiten (...) an (kein) (...) chronisches Alter gebunden (ist), (...) (sondern) Schulbildung, berufliches Training, Lebensstil und Reaktionen auf Belastung ausschlaggebend (sind).“¹³⁵

Weiters werden sich Stadtentwickler oder Verkehrsbetriebe auf die Bedürfnisse der demographischen Veränderungen anpassen müssen. Von barrierefreien Zugängen zu Supermärkten, Arztpraxen oder Wohnungen bis hin zu Sportmöglichkeiten für ältere Bürger. Ein wichtiger Punkt wären auch die Pflegeeinrichtungen, die ebenfalls einem Wandel unterzogen werden müssen, wenn der Anteil der über 85-Jährigen in der Bevölkerung steigt.¹³⁶

3.6 Die aktuelle Situation weltweit

Aktuell kommen schätzungsweise 135 Millionen Kinder auf die Welt. Hierbei ist vor allem die Zahl der gebärfähigen Frauen und auch die durchschnittliche Zahl an Kindern

¹³⁴ vgl. P. Schimany: Die Alterung der Gesellschaft, 2003, S. 437.

¹³⁵ vgl. Ursula Lehr: Alterung der Bevölkerung, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, online unter <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/auswirkungen/alterung.html> (6.2.2014)

¹³⁶ vgl. Ursula Lehr: Alterung der Bevölkerung, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, online unter <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/auswirkungen/alterung.html> (6.2.2014)

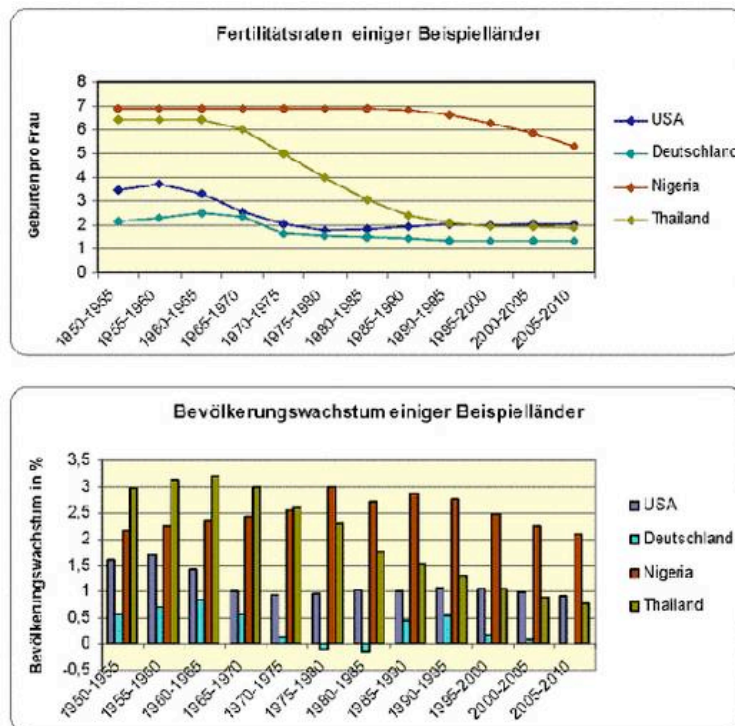
pro Frau ausschlaggebend. Die durchschnittliche Kinderzahl wird als *Total Fertility Rate* (TFR) bezeichnet und gibt für eine bestimmte Region, ein Land oder einen Kontinent an, wie viele Kinder durchschnittlich von einer Frau im Laufe ihres Lebens geboren werden würden, wenn die altersspezifische Geburtenrate über ihre gesamten fruchtbaren Lebensjahre (angenommen wird hier meist die Lebensspanne vom 15. bis zum 49. Lebensjahr) konstant bleiben würde. Durch diese Perioden-Fertilität kann man die Altersverteilung der Mütter in einem bestimmten Zeitraum berechnen. Rückwirkend kann man auch eine Generationen-Fertilität in Bezug auf die Frauen berechnen, die sich nicht mehr im gebärfähigen Alter befinden.¹³⁷

Während die durchschnittliche Fertilität weltweit in den 1960er Jahren bei etwa 5 Kindern lag, lag der Wert im Jahr 1970 bei etwa 2,5 Kindern. Zunächst waren davon nur Industrieländer betroffen, aber mittlerweile ist dieser Trend auch schon in Entwicklungs- oder Schwellenländern zu spüren. Bereits im Jahr 1970 unterschritten die meisten Industrieländer den Wert von 2,1, die durchschnittliche Geburtenrate (Reproduktions- oder Ersatzniveau) die notwendig ist, damit sich jede Generation quasi selbst ersetzt. Derzeit liegt das Ersatzniveau in den OECD-Ländern bei 1,8 Kindern pro Frau, während in den Entwicklungs- und Schwellenländern die Rate mit 2,8 Kindern zwar immer noch höher, aber im Vergleich zu den 1960er Jahren rund um die Hälfte gesunken ist. Trotz des Rückgangs der Kinderzahlen pro Frau, ist die Zahl an Geburten weltweit auf aktuell 135 Millionen gestiegen. Dies resultiert aus einem Geburtenanstieg der letzten Jahrzehnte und einer gesunkenen Säuglingssterblichkeit, die zu mehr jungen Erwachsenen und somit einer größeren Zahl „potentieller Eltern“ führte.¹³⁸

¹³⁷ vgl. R. Münz: Fertilität und Geburtenentwicklung. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2007, online unter http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Muenz_Fertilitaet_und_Geburtenentwicklung_2013.pdf (20.1.2014)

¹³⁸ vgl. R. Münz: Fertilität und Geburtenentwicklung. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2013, online unter http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Muenz_Fertilitaet_und_Geburtenentwicklung_2013.pdf (20.1.2014)

Abbildung 1: Fertilitätsrate und Bevölkerungswachstum¹³⁹



3.6.1 Europa

Auch in Europa ist ein Rückgang der Fertilität seit den 1960er Jahren zu verzeichnen. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau halbierte sich von 2,7 (1960er Jahre) auf 1,4 (2005). Dieser Trend entwickelte sich zuerst in Westeuropa, dann in Südeuropa und zuletzt auch in Osteuropa.¹⁴⁰

Wie viel Zeit vom Beginn der Veränderung im Fertilitätsverhalten bis zum tatsächlichen Sinken der Geburtenzahlen vergeht, hängt einerseits von der Geschwindigkeit des Fertilitätsrückganges und von der Altersstruktur der (weiblichen) Bevölkerung ab. Wenn aufgrund kinderreicher Jahrzehnte in der Vergangenheit die Zahl der reproduktiven Altersgruppen hoch ist oder sich noch im Wachstum befindet, dann wird noch einige

¹³⁹ vgl. R. Münz: Fertilität und Geburtenentwicklung. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2013, online unter http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Muenz_Fertilitaet_und_Geburtenentwicklung_2013.pdf (20.1.2014)

¹⁴⁰ vgl. R. Münz: Fertilität und Geburtenentwicklung. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2013, online unter http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Muenz_Fertilitaet_und_Geburtenentwicklung_2013.pdf (20.1.2014)

Zeit mit einer hohen Zahl an Geburten zu rechnen sein, auch wenn die Fertilität sinkt, wodurch die Weltbevölkerung noch weiter zunimmt. Dieses Phänomen bezeichnet man als Bevölkerungsschwund.¹⁴¹

3.7 Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland

Seit dem Jahr 1972 werden in der Bundesrepublik jährlich weniger Geburten als Todesfälle verzeichnet. Die Geburtenziffer schwankte in den alten Bundesländern seit diesem Zeitpunkt etwa bei einem Wert von 1,4, während in den neuen Bundesländern oder der ehemaligen DDR stärkere Veränderungen zu beobachten sind. Deutschland ist damit eines der Länder mit der niedrigsten Fertilität der OECD-Länder.¹⁴²

In der nachfolgenden Grafik wird die Veränderung der Bevölkerungsgröße Deutschlands zwischen 1950 und 2050/2100 dargestellt. Bezüglich des Bevölkerungsstands ist anzumerken, dass die Bevölkerungszahlen der ehem. DDR und der Bundesrepublik bis ins Jahr 1989 zusammengefasst wurden. Ab 2010 findet man drei verschiedene Vorausschätzungen, wobei Variante A und B in etwa gleich sind und eine Fortschreibung der bisherigen Trends verfolgen (Rückgang der Sterblichkeit, gleichbleibende Fertilität und Zuwanderungssaldo). Variante C berücksichtigt die Komponente der Migration nicht, was sich in den Vorausberechnungen deutlich auswirkt.¹⁴³

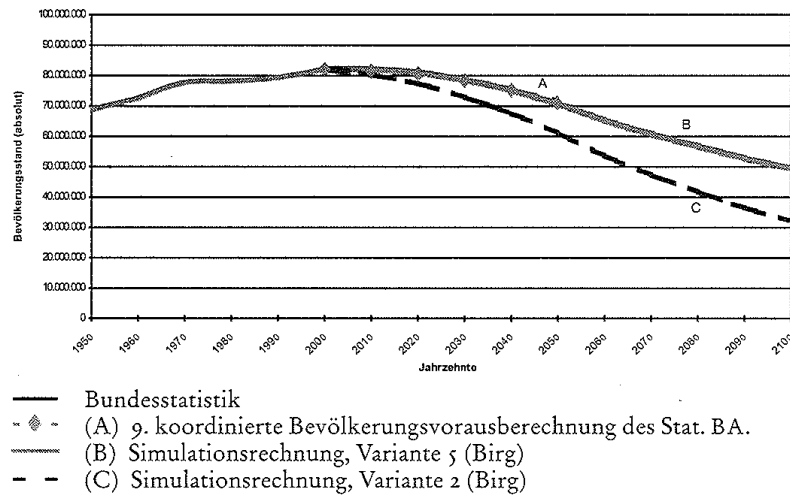
¹⁴¹ vgl. R. Münz: Fertilität und Geburtenentwicklung. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2013, online unter http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Muenz_Fertilitaet_und_Geburtenentwicklung_2013.pdf (20.1.2014)

¹⁴² vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 48.

¹⁴³ vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 50.

Abbildung 2: Bevölkerungsstand Deutschlands 1950-2000, Vorräusberechnungen bis 2050/2100¹⁴⁴

Abb. 2.8: Deutschland: Bevölkerungsstand 1950 bis 2000 und Vorräusberechnungen bis 2050 bzw. 2100



Die Bevölkerung tendiert im gesamten 21. Jahrhundert dazu, zu schrumpfen und wird gleichzeitig mit einer starken Alterung konfrontiert. Durch Zuwanderung allein kann diese Entwicklung aber nicht aufgehalten werden; nur eine Erhöhung der Fertilität über das gegenwärtige Durchschnittsniveau von 1,4 Kindern pro Frau könnte dem Bevölkerungsrückgang entgegenwirken. Doch muss sich Deutschland auf einen besonders hohen Anteil an Personen höherer Altersgruppen einstellen.¹⁴⁵

Die langfristige Entwicklung einer Wirtschaft wurde lange Zeit auf drei Komponenten zurückgeführt: die Bevölkerungsentwicklung, die Kapitalbildung und den technischen Fortschritt. Die Arbeitsproduktivität ist von der Bevölkerungsentwicklung unabhängig. In diesem Zusammenhang fällt später der Begriff „Humankapital“, und die „Humankapitaltheorie“ von Theodore W. Schultz. Unter „Humankapital“ versteht man sozusagen eine Investition in die Ausbildung, Gesundheit und Qualifikation jüngerer

¹⁴⁴ F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 51

¹⁴⁵ vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 52-56.

Generationen; die Größe und die „Qualität“ des Humankapitals wirkt sich in Folge auf die Bevölkerungsentwicklung eines Landes aus.¹⁴⁶

Wie wirkt sich also der demographische Wandel in Deutschland und vor allem die niedrige Fertilitätsrate auf das Humankapital Deutschlands und die Produktivitätsentwicklung aus?

3.7.1 Demographischer Wandel und Produktionsentwicklung

Das „Humanvermögen“ eines Menschen, das vor allem in der Kindheit und Jugend aufgebaut wird, nimmt im Laufe des Lebens, sollte es nicht durch lebenslanges Lernen oder „reflexive Verarbeitheit von Berufs- und Lebenserfahrung“ ergänzt werden, immer mehr ab. Auch wenn nicht automatisch ein Kompetenzverlust auftreten muss, sinkt in der Regel die Bereitschaft älterer Arbeitnehmer, neue Fähigkeiten zu erlernen oder Innovationen gegenüber aufgeschlossen zu reagieren. Jedoch ist die heutige Gesellschaft mit einem ständigen Wandel und sich immer rascher erneuernden Technologien konfrontiert, was eine ständige Weiterbildung notwendig macht, wofür sich tendenziell vor allem die Jüngeren interessieren.¹⁴⁷

In Folge des demographischen Wandels und des Geburtenrückgangs ist einerseits mit einem Rückgang des beruflichen Nachwuchses und mit einer immer älter werdenden erwerbstätigen Bevölkerung zu rechnen. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Zahl der Berufstätigen drastisch verringert (Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter, 1980: 22,7 %; 2000: 17,6%; Schätzungen für das Jahr 2020: 15,4%). Sollten sich mehr der über 55-Jährigen dafür entscheiden, noch in ihren Berufen tätig zu sein, würde das zwar die Rentenkasse entlasten, jedoch würde gleichzeitig die Erneuerungsgeschwindigkeit zurückgehen.¹⁴⁸ So wird das „Erwerbspersonenpotential“ in Deutschland auf Grund der

¹⁴⁶ vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 72-75.

¹⁴⁷ vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 86 f.

¹⁴⁸ vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 86, nach: J. Fuchs, M. Thon: Potentialprojektion bis 2040, IAB Kurzbericht, Nr. 4, 20.5.1999, online unter <http://doku.iab.de/kurzber/1999/kb0499.pdf> (8.2.2014)

demographischen Entwicklung weiter sinken, was nur bedingt durch Zuwanderung aufgehalten werden kann.¹⁴⁹

Die Produktivität der Arbeitskräfte ist mehr von ihrer Qualifikation abhängig als von ihrem Alter.¹⁵⁰

In Deutschland ist man älteren Arbeitnehmern gegenüber trotzdem sehr ambivalent eingestellt: einerseits schätzt man ihr fachliches Wissen und ihre Leistungsbereitschaft, andererseits tendiert man eher dazu, jüngere Arbeitnehmer einzustellen oder investiert kaum in die (notwendige) Weiterbildung der älteren.¹⁵¹

Ein langandauerndes Zurückgehen der Bevölkerungszahlen hat direkten Einfluss auf die Produktionsentwicklung. F.X. Kaufmann verweist hier auf das Verdoorn Theorem, welches einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritt herstellt. Wenn sich also die Bevölkerung im Schrumpfen befindet, und somit weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, kann die Nachfrage nicht mehr erfüllt werden und der Handel stagniert.¹⁵² Der Bevölkerungsrückgang führt zu einer sinkenden Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, der Absatz von Nahrungsmitteln und Luxusgütern geht zurück. Der Wandel in der Bevölkerungsstruktur führt hingegen zu einer erhöhten Nachfrage an Gütern und Dienstleistungen, die für ältere Personen von Bedeutung sind, wie beispielsweise Einrichtungen für ältere Menschen, Pflege- oder medizinische Dienste.¹⁵³

In diesem Kapitel geht es um die wirtschaftlichen Veränderungen, die der demographische Wandel mit sich bringt und wie sich dieser in Zukunft auswirken wird. Wie aber könnte man diesen pessimistischen Zukunftsprognosen entgegenwirken?

¹⁴⁹ vgl. J. Fuchs, M. Thon: Potentialprojektion bis 2040, IAB Kurzbericht, Nr. 4, 20.5.1999, online unter <http://doku.iab.de/kurzber/1999/kb0499.pdf> (8.2.2014)

¹⁵⁰ vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 87.

¹⁵¹ vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 88, nach: W. Clemens: Ältere Arbeitnehmer im sozialen Wandel, 2001, S. 13.

¹⁵² vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 89.

¹⁵³ vgl. M.R. Textor: Bevölkerungsentwicklung: Konsequenzen für Gesellschaft und Politik. in: M.R. Textor (Hg.): Sozialpolitik. Aktuelle Frage und Probleme, 1997, S. 11-28, online unter: <http://www.ipzf.de/Bevoelkerung.html> (11.2.2014)

Die zunehmende Verschiebung der Altersgruppen und die Tatsache, dass Deutschland eine im internationalen Vergleich sehr niedrige Beschäftigungsquote der 55-65-Jährigen aufweist, bedarf einer grundlegenden Änderung der Einstellung älteren Arbeitnehmern gegenüber.¹⁵⁴

Die Fähigkeiten nehmen mit zunehmenden Alter schließlich nicht ab - eine langandauernde Arbeitslosigkeit hingegen wirkt sich sehr wohl auf die Leistung der (älteren) Arbeitnehmer aus. Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und eine kontinuierliche Beschäftigung der Älteren sollte deshalb gewährleistet werden. Es bedarf sowohl einer Änderung der Beschäftigungspolitik als auch der Mentalität, denn mit einer Alterung der Bevölkerung wird dies zunehmend an Bedeutung gewinnen.¹⁵⁵

Heutzutage treten die Jungen viel später in die Berufswelt ein - umgekehrt ist jedoch auch das Ausscheiden aus dem Beruf mit dem regulären Rentenalter von 65 Jahren eine Seltenheit geworden. Viele Betriebe verabschieden bereits Arbeitnehmer mit 50 oder 55 Jahren in den Ruhestand. Die beiden Faktoren später Berufsbeginn und frühes Berufsende führen zu einer immer höheren Belastung der Sozialleistungen. Hier wäre aber wieder zu beachten, dass die „Alten“ von heute, viel gesünder und kompetenter sind als im Vergleich zu früheren Jahrgängen; sie zählen mit „55plus“ also keineswegs zum „alten Eisen“ und sollten nicht in den Ruhestand abgeschoben werden.¹⁵⁶

Für eine günstige Wirtschaftsperspektive sollte man also den älteren Arbeitnehmern bessere Berufschancen einräumen, denn das zentrale Problem der demographischen Entwicklung Deutschlands ist nicht die Zunahme der älteren Gruppen sondern das Fehlen junger Menschen.¹⁵⁷ Somit wäre es besser von einer „Unterjüngung“ durch fehlende Kinder als von einer „Überalterung“ der Bevölkerung zu sprechen.¹⁵⁸

¹⁵⁴ vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 88.

¹⁵⁵ vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 90-91.

¹⁵⁶ vgl. U. Lehr: Die Jugend von gestern und die Senioren von morgen, in: Politik und Zeitgeschichte B20/2003, online unter: <http://www.bpb.de/apuz/27632/die-jugend-von-gestern-und-die-senioren-von-morgen?p=all> (10.2.2014)

¹⁵⁷ vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 94.

¹⁵⁸ vgl. U. Lehr: Die Jugend von gestern und die Senioren von morgen, in: Politik und Zeitgeschichte B20/2003, online unter: <http://www.bpb.de/apuz/27632/die-jugend-von-gestern-und-die-senioren-von-morgen?p=all> (10.2.2014)

3.7.2 Die sozialen Folgen des Bevölkerungsrückgangs und des demographischen Wandels

Die sozialen Konsequenzen des demographischen Wandels bzw. des Bevölkerungsrückgangs für Deutschland stehen schon lange Zeit im Fokus öffentlicher Diskussionen: die zunehmende Alterung der Gesellschaft wird zu einem erhöhten Bedarf an Einrichtungen führen, die sich auf die Pflege älterer Menschen spezialisieren werden. Zudem wird es zu einer Umstrukturierung bzw. Anpassung des öffentlichen Lebens, beispielsweise der Verkehrsmittel oder der öffentlichen Einrichtungen kommen müssen, damit diese den Bedürfnissen der älteren Menschen gerecht werden. Infolge der erhöhten Kosten für die Pflege und Versorgung pflegebedürftiger Personen, die zu einem Großteil von Kranken- oder Pflegeversicherungen übernommen werden, wird es zu einem Anstieg der Beiträge kommen. Auch die Selbstbeteiligung an Kosten für Arzneimittel oder bestimmten medizinischen Leistungen dürfte ebenfalls steigen.¹⁵⁹

Naheliegender ist auch, dass die demographische Alterung Auswirkungen auf das Rentensystem haben wird. Neben einem stufenweisen Anstieg der Rentenaltersgrenze, wird es auch zu einem Anstieg der Beitragssätze kommen. Die Erhöhung der Beiträge für die verschiedenen Versicherungen wird aber nur akzeptiert werden, wenn es gleichzeitig zu einer Erhöhung des Nettoeinkommens kommen wird, was wiederum von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängt.¹⁶⁰

3.8 Fazit

Das Phänomen des demographischen Wandel ist zwar keineswegs ein Thema, das erst seit dem letzten Jahrzehnt beobachtet wurde, jedoch dem erst in den letzten Jahren solch großes politisches (und mediales) Interesse zuteil geworden ist. Der Wandel der Faktoren Mortalität und Fertilität hat dazu geführt, dass sich die Altersstruktur der Bevölkerungen (weltweit) geändert haben: die Lebenserwartung ist erheblich gestiegen und Menschen können mit einem höheren Lebensalter rechnen. Hinzu kommt, dass sich

¹⁵⁹ vgl. M.R. Textor: Bevölkerungsentwicklung: Konsequenzen für Gesellschaft und Politik. in: M.R. Textor (Hg.): Sozialpolitik. Aktuelle Frage und Probleme, 1997, S. 11-28, online unter: <http://www.ipzf.de/Bevoelkerung.html> (11.2.2014)

¹⁶⁰ vgl. M.R. Textor: Bevölkerungsentwicklung: Konsequenzen für Gesellschaft und Politik. in: M.R. Textor (Hg.): Sozialpolitik. Aktuelle Frage und Probleme, 1997, S. 11-28, online unter: <http://www.ipzf.de/Bevoelkerung.html> (11.2.2014)

auch das generative Verhalten geändert hat: die abnehmenden Geburtenzahlen führen zu einem Schrumpfen der jüngeren Generationen. Diese Veränderungen der Altersstruktur wirken sich im Laufe der Zeit auf den Arbeitsmarkt, das Rentensystem und die öffentlichen Institutionen eines Staates aus; dadurch wird der dritte Faktor Migration immer wichtiger für die zukünftige Entwicklung eines Staates. Am Beispiel Deutschland wird deutlich: wenn sich das Fertilitätsverhalten der Menschen nicht ändert und weiterhin so wenig Nachwuchs auf die Welt kommt, muss vermehrt auf Zuwanderung (junger) Migranten gehofft werden, damit das soziale System in Deutschland aufrecht erhalten werden und dem Arbeitskräftemangel entgegengesteuert werden kann. Zudem muss man sich mit der Tatsache einer immer älter werdenden Gesellschaft auseinandersetzen und Überlegungen bezüglich des Rentensystems und -alters treffen.

4 Migration

In diesem Kapitel wird der Begriff „Migration“ und die verschiedenen Motive, die einen Menschen dazu veranlassen, sein Heimatland zu verlassen und auszuwandern, näher besprochen.

4.1 Begriffsklärung

Auf der Suche nach einer Definition des Terminus „Migration“ trifft man auf eine Vielzahl von verschiedenen Erklärungsmodellen. Allen gemein ist die Tatsache, dass die Aspekte der Bewegung, des Wechsels und der Dauer von zentraler Bedeutung sind.

Folgende Definitionen charakterisieren die Grundzüge des Phänomens Migration:

„Migration ist der auf Dauer angelegte bzw. dauerhaft werdende Wechsel in eine andere Gesellschaft bzw. in eine andere Region von einzelnen oder mehreren Menschen.“¹⁶¹

„Als Wanderungen bezeichnet man die dauerhafte Verlagerung des Wohnsitzes über administrative Grenzen (hinaus); Tages- oder Wochenpendler werden nicht als Wanderer klassifiziert. Wanderungen innerhalb eines definierten Raumes (...) werden unter dem Begriff der Binnenwanderung zusammengefasst. Im Gegensatz dazu stehen Außenwanderungen, die über (Landes-) Grenzen hinweg führen. Verlässt ein Wanderer das Staatsterritorium dauerhaft, so spricht man aus der Sicht des Herkunftslandes von Emigration (Auswanderung); in die Gegenrichtung führende Wandervorgänge bezeichnet man als Immigration (Einwanderung).“¹⁶²

„Unter Migration lassen sich alle Flucht- und Wanderungsbewegungen verstehen, die mit einer räumlichen Verlagerung des Lebensschwerpunktes von Menschen einhergehen. Im Hinblick auf Ursprung und Ziel ist die internationale Migration von der

¹⁶¹ A. Treibel: Migration in modernen Gesellschaften, 2003, S. 21.

¹⁶² Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/Wanderungen/wanderungen_node.html (21.1.2014)

Binnenmigration zu unterscheiden, die ihrerseits die Land-Land-Migration, die Land-Stadt-Migration, sowie die Migration zwischen und innerhalb von Städten umfasst.“¹⁶³

Der Begriff Migration ist demnach ein Ortswechsel eines Individuums oder mehrerer Menschen, beispielsweise eines Familienverbandes, der entweder über Staatsgrenzen hinausgeht oder sich innerhalb des Staatsterritoriums abspielt.

4.2 Der Prozess der Migration

Es gilt zu unterscheiden, ob es sich um Wanderungen auf Zeit handelt, bei denen man beabsichtigt, im Zielgebiet für eine bestimmte Zeit zu leben und zu arbeiten, oder ob man sich für eine dauerhafte Wanderung mit unbestimmtem Zeithorizont entscheidet. Dabei findet aber die Kurzzeitmobilität von Tages- oder Wochenpendlern keine Beachtung.¹⁶⁴

Man kann sagen, dass der Prozess der Migration aus drei Phasen besteht: Voraussetzung ist eine in einer ersten Phase entstehende Bereitschaft zur Migration bis zur tatsächlichen Entscheidung, den Ausgangsraum zu verlassen. In einer zweiten Phase findet der Umzug zum Zielort statt, die auch aus mehreren Etappen mit unterschiedlichen zeitlichen Verweildauern bestehen kann. In der dritten Phase findet die Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft statt, die jedoch „unterschiedlich geprägt und zeitlich dimensioniert“ ist. Auch im Falle von mehreren Migrationen wiederholt sich die Abfolge dieser drei Etappen.¹⁶⁵

¹⁶³ D. Nohlen: Lexikon Dritte Welt, 2000, S. 519.

¹⁶⁴ vgl. D. Hoerder, J. Lucassen, L. Lucassen: Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung, in: K. Bade (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, 2010, S. 36.

¹⁶⁵ vgl. D. Hoerder, J. Lucassen, L. Lucassen: Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung, in: K. Bade (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, 2010, S. 32.

4.2.1 Formen, Klassifikationen und Motive

Es gibt verschiedene Motive, die Menschen dazu veranlassen ihren Wohnort zu wechseln.

Ein großer Teil der Migrationsströme wird von politischen oder ökonomischen Disparitäten in der Ausgangsgesellschaft bestimmt.¹⁶⁶ Zur Wanderung bereite Menschen sind mit den gesellschaftlich-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den Lebensbedingungen in den Ausgangsgesellschaften nicht zufrieden (*push*-Faktoren); sie vermuten in anderen Gesellschaften bessere Lebensbedingungen und Chancen (*pull*-Faktoren).¹⁶⁷ Staaten mit funktionierenden Arbeitsmärkten, einer florierenden Wirtschaft, Chancen auf gute Bezahlung, demokratischen und rechtsstaatlichen Verhältnissen wirken auf viele potentielle Migranten attraktiv. Auch nicht-ökonomische Motive wie Bürgerkriege, Missachtung der Menschen- und Bürgerrechte fördern die Bereitschaft, Herkunftsstaaten zu verlassen. Migranten hoffen auf Sicherheit und Schutz vor politischer, ethnischer und religiöser Verfolgung.¹⁶⁸

Push- und Pull- Faktoren stehen in einer wechselseitigen Beziehung zueinander und wirken sich zusammen auf die Wanderungsentscheidung der Menschen aus, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung.¹⁶⁹

Im Groben lassen sich also diese Motive, die Menschen dazu veranlassen, ihre Heimat zu verlassen, in drei große Bereiche einteilen:¹⁷⁰

- 1) Die physische Existenz der Menschen ist in ihrem Heimatland aufgrund von Kriegen oder anderen Krisen, wie Umweltzerstörung, nicht mehr gesichert.

¹⁶⁶ vgl. R. Münz, W. Seifert, R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S.15.

¹⁶⁷ vgl. D. Hoerder, J. Lucassen, L. Lucassen: Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung, in: K. Bade (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, 2010, S. 32.

¹⁶⁸ vgl. R. Münz, W. Seifert, R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S.15.

¹⁶⁹ vgl. D. Hoerder, J. Lucassen, L. Lucassen: Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung, in: K. Bade (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, 2010, S. 32.

¹⁷⁰ vgl. S. Kröhnert: Migration - Eine Einführung, Berlin Institut (4.2.2014) (<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/migration.html>)

- 2) Man ist mit der institutionellen Struktur der Gesellschaft im Heimatland unzufrieden und wirtschaftliche Erwartungen und Wünsche können nicht erfüllt werden; deshalb entscheidet man sich für eine Wanderung in eine Region, in der diese Ziele erreicht werden können.
- 3) Das politisch-ideologische System verhindert die Realisierung persönlicher Lebensvorstellungen, beispielsweise wegen ihrer Religion oder ihrer Weltanschauung.

Im Regelfall geht man davon aus, dass Migration von einer ärmeren, instabileren Region ausgeht. Ziel sind aufgrund der besseren Verdienstmöglichkeiten meist wohlhabendere Industriestaaten. Auf Europa bezogen wirkt vor allem der westeuropäische Arbeitsmarkt sehr anziehend auf Migranten. Grund dafür ist das ökonomische Gefälle zwischen Ost- und Westeuropa sowie zwischen Nordamerika bzw. dem Nahen Osten und Europa.¹⁷¹

Migration betrifft Individuen, ganze Familienverbände oder Gruppen von Menschen mit dem gleichen politischen, religiösen oder ethnokulturellen Hintergrund.¹⁷²

Die Motive, die zu Migration führen, sind auch immer mit einer Art von Zwang verbunden: die Unterscheidung zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Migration ist deshalb schwer zu treffen. Doch generell spricht man von freiwilligen Migrationen, wenn sich Menschen in einer schwierigen Situation befinden, sozialer oder wirtschaftlicher Natur, und sie sich freiwillig dazu entscheiden, ihre Region zu verlassen. Im Zusammenhang mit Flüchtlingen oder Vertriebenen spricht man von unfreiwilliger Migration. Flüchtlinge sind zwar gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, können aber den Zielort selbst wählen. Vertriebene hingegen haben diese Entscheidungsmöglichkeit nicht. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von Zwangswanderungen.¹⁷³

¹⁷¹ vgl. R. Münz, W. Seifert, R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S.15.

¹⁷² vgl. D. Hoerder, J. Lucassen, L. Lucassen: Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung, in: K. Bade (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, 2010, S. 37 f.

¹⁷³ vgl. D. Hoerder, J. Lucassen, L. Lucassen: Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung, in: K. Bade (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, 2010, S. 36.

Die zunehmende Globalisierung und die damit verbundenen Veränderungen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur beeinflussen auch die Wanderungsströme. Durch die Internationalisierung der Arbeitsmärkte wurde beispielsweise die Zeit bis 1973 durch die in den westlichen Industrieländern beschäftigten gering qualifizierten Arbeitskräfte aus Niedriglohn-Ländern geprägt. Seit den 1970er Jahren ist der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung mehr von einander gelöst. Dadurch ist die Nachfrage für billige in- und ausländische Arbeitskräfte nicht mehr so hoch.¹⁷⁴

Weiters ausschlaggebend ist der Trend zu multinationalen Konzernen: diese produzieren arbeitsteilig an verschiedenen Produktionsstandorten. Dabei werden Länder der „Dritten Welt“ oder in Mittel- oder Osteuropa erschlossen. So hat die Internationalisierung von Produktion, Handel und Finanzmärkten und die soeben erwähnte Verlagerung von Produktionsprozessen in andere Länder großen Einfluss auf Migrationsströme in Westeuropa. Dies hat zur Folge, dass sich zwar die Mobilität von ausgebildeten Arbeitskräften und Managern erhöht hat, jedoch die weniger qualifizierten Arbeitsmigranten größere Probleme haben, einen Arbeitsplatz zu finden.¹⁷⁵

Ein weiteres Kriterium der Kategorisierung von Migration ist der Faktor Entfernung. Früher war die Wanderungsentscheidung auch von der Distanz zwischen dem Ausgangs- und dem Zielort abhängig, doch durch den Wandel der Transportmöglichkeiten stellt eine große Distanz kein unüberwindbares Hindernis mehr dar. Dies betrifft auch saisonale Wanderungen. In diesem Zusammenhang muss man bei der Unterscheidung interner und internationaler Migration von unterschiedlichen Ausgangsräumen ausgehen, „was ein Vergleich der Migration in bzw. aus Russland und in bzw. aus Luxemburg deutlich macht.“¹⁷⁶

Trotzdem überwiegen unter bestimmten Bedingungen Wanderungen zwischen Nachbarstaaten: hierbei geht es einerseits um räumliche Nähe aber auch um die Erreichbarkeit, da eine kürzere Distanz dem Entschluss zur Wanderung förderlich ist (u.a. billigere Transportkosten). Auch der Verbleib im gleichen Sprach- oder Kulturraum

¹⁷⁴ vgl. R. Münz, W. Seifert, R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S.16.

¹⁷⁵ vgl. R. Münz, W. Seifert, R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S.16-17.

¹⁷⁶ vgl. D. Hoerder, J. Lucassen, L. Lucassen: Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung, in: K. Bade (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, 2010, S. 38.

ist ein wichtiger Entscheidungsfaktor für viele potentielle Migranten. Dies erklärt die Migrationsbeziehungen zwischen Italien und der Schweiz oder Albanien und Griechenland.¹⁷⁷

Im Gegensatz dazu verhinderte der Eisene Vorhang Migrationen zwischen geographisch benachbarten Regionen, besonders im Bezug auf Deutschland und den Wanderungsbewegungen bis 1989 aus der DDR in die Bundesrepublik oder angrenzenden Ländern wie Polen oder die ehemalige Tschechoslowakei. An diesem Beispiel sieht man deutlich, dass auch gesetzliche Regelungen und migrationspolitische Rahmenbedingungen die Migrationsbewegung beeinflussen.¹⁷⁸

Kulturelle, politische und historische Verbindungen zwischen dem Herkunftsland und der Zielregion bestimmen ebenfalls die Migrationsströme. Hier spielt der Informationsaustausch bezüglich der Wohn- und Arbeitssituation oder dem Asyl- und Aufnahmeverfahren eine große Rolle. Dieser geschieht durch verschiedene Kontaktträger wie Briefe, Telefonate, Erzählungen von bereits Migrierten oder den Medien. Bei der Wahl der Zielregion spielen auch die Sprache oder die historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten eine nicht unwichtige Rolle; beispielsweise können Sprachkenntnisse oder spezifisches Wissen (welche entweder durch frühere Arbeitsmigration erworben wurde oder als Erbe früherer Kolonialmächte bezeichnet werden kann) die Zuwanderung in die Staaten der ehemaligen Kolonialmächte oder in Länder, die einst Zielregion für Gastarbeiter waren, begünstigen. Hierbei definieren auch bereits bestehende ethnische oder soziale Netzwerke traditionelle Zielländer. Diese helfen auch bei der Integration von Neuzuwanderern.¹⁷⁹

Außerdem gilt es, die Wanderabsicht und das Wanderergebnis zu untersuchen. Oft wurde der dauerhaften Auswanderung mehr Aufmerksamkeit geschenkt und somit die temporäre Migration vernachlässigt. Außerdem kann sich die Wanderabsicht im Laufe der Zeit ändern: eine ursprünglich nur für kurze Zeit geplante Migration kann sich zu

¹⁷⁷ vgl. R. Münz, W. Seifert, R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S.19.

¹⁷⁸ vgl. R. Münz, W. Seifert, R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 20.

¹⁷⁹ vgl. R. Münz, W. Seifert, R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S.18.

einem dauerhaften Aufenthalt entwickeln; umgekehrt führen auf Dauer geplante, jedoch gescheiterte Auswanderungen zu Rückwanderungen.¹⁸⁰

4.2.2 Typisierung von Migration

Generell kann man Migration anhand von drei verschiedenen Kriterien untersuchen.

4.2.2.1 Zeitliche Kriterien

Die zeitlichen Kriterien beschäftigen sich mit der Dauer und dem zeitlichen Verlauf von Migrationen. Hierbei unterscheidet man zwischen Zirkulation¹⁸¹, nicht-permanenter oder permanenter Migration. Eine strenge Einteilung in diese drei Gruppen ist jedoch nicht einfach, da viele Wanderungen beispielsweise auf Etappen erfolgen oder die Menschen am Ende ihres Lebens wieder in ihre Herkunftsregion zurückkehren. Es ist eine Frage der Definition, ab welcher Dauer eine Migration als permanent aufgefasst wird. Generell kann man erst nach Lebensende feststellen, ob ein Mensch seinen Lebensmittelpunkt permanent in ein anderes Land verlegt hat.¹⁸²

4.2.2.2 Räumliche Kriterien

Migration kann auch nach räumlichen Kriterien klassifiziert werden: generell unterscheidet man zwischen „Außenwanderungen“ und „Binnenwanderungen“, geläufig sind auch die Bezeichnungen „innerregionale“ und „interregionale“ Migration. Voraussetzung für eine Definition ist vorab zu klären, was man unter „außen“ und „innen“ versteht.¹⁸³

¹⁸⁰ vgl. D. Hoerder, J. Lucassen, L. Lucassen: Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung, in: K. Bade (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, 2010, S. 38.

¹⁸¹ Zirkulation: darunter versteht man beispielsweise berufsbedingtes Pendeln oder Tourismus, aber keinen Wechsel des Lebensmittelpunktes.

¹⁸² vgl. S. Kröhnert: Migration - Eine Einführung, Berlin Institut (5.2.2014) (<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/migration.html>)

¹⁸³ vgl. S. Kröhnert: Migration - Eine Einführung, Berlin Institut (5.2.2014) (<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/migration.html>)

Wenn man Klassifizierungen im Bezug auf Migration treffen möchte, kann man auch Unterscheidungen nach der Art der Herkunfts- und Zielregion feststellen. Es gibt Land-Stadt-Wanderungen, die oft in Entwicklungsländern zu verzeichnen sind, Stadt-Stadt-Wanderungen oder Stadt-Umland-Wanderungen, die vor allem in Industrieländern vorkommen.¹⁸⁴

4.2.2.3 Kausale Faktoren

Man kann Migration nach kausalen Faktoren unterscheiden. Auch diese Klassifikation ist nicht ganz einfach zu treffen, da Wanderungen, wie bereits vorab erwähnt, von einer Vielzahl an Gründen beeinflusst werden. Die beiden wichtigsten Unterscheidungen sind jedoch, ob es sich um „freiwillige Migration“ oder um „Zwangsmigration“, in Form von Vertreibung handelt.¹⁸⁵

4.3 Der wirtschaftliche „Wert“ von Zuwanderung

Dass sich die Bevölkerung seit 1972 trotz der niedrigen Fertilitätsrate in Deutschland dennoch im Wachstum befindet, ist Migrationsströmen zu verdanken. Auch die Tatsache, dass meist jüngere Personen zuwandern, hatte positive Auswirkungen auf Bevölkerungsstruktur und Geburtenzahlen. Zugleich wird durch die Zuwanderung auch die Zahl erwerbstätiger Individuen vergrößert. Wie bereits erwähnt, kann aber die Zuwanderung den Rückgang der Bevölkerung nicht verhindern, nur mildern.¹⁸⁶

Deutschland hatte lange Zeit die höchste Zuwanderungsquote in Europa, doch nur jeder dritte bis vierte Zuwanderer blieb auf Dauer in der Bundesrepublik. Sollte sich die Zuwanderung nach Deutschland wie bisher fortsetzen, so würde sich der Anteil der Zugewanderten bis ins Jahr 2050 auf 27,9% erhöhen.¹⁸⁷ Die Frage ist demnach, wie

¹⁸⁴ vgl. S. Kröhnert: Migration - Eine Einführung, Berlin Institut (5.2.2014) (<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/migration.html>)

¹⁸⁵ vgl. S. Kröhnert: Migration - Eine Einführung, Berlin Institut (5.2.2014) (<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/migration.html>) d

¹⁸⁶ vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 50-54.

¹⁸⁷ vgl. F.X. Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft, 2005, S. 83-85.

wichtig die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften für Deutschland ist und welche Vorteile sie mit sich bringt.

Der Wert von Zuwanderung ist von der Qualifikation der Arbeitskräfte abhängig; außerdem spielt der Anteil derjenigen eine Rolle, die sich auf Dauer in Deutschland niederlassen wollen und inwieweit diese gewillt sind, sich in Hinblick auf kulturelle und sozioökonomische Gesichtspunkten zu integrieren; auch ihr Beitrag zur Nachwuchssicherung ist wichtig, wenn es um die Frage geht, ob es sich für ein Land „lohnt“, Zuwanderer willkommen zu heißen. Außerdem muss auch beachtet werden, dass viele Zuwanderer in den nächsten Jahrzehnten ins Seniorenalter kommen werden - oder bereits im Seniorenalter sind, und dass sich nach und nach die Fertilitätsrate der ausländischen Bevölkerung dem Geburtenniveau der inländischen Bevölkerung anpassen wird.¹⁸⁸

4.4 Fazit

Der Prozess der Migration wird vom Zusammenspiel von vielen verschiedenen Faktoren beeinflusst, dabei sind neben ökonomischen Motiven auch Gründe wie Kriege oder religiöse Verfolgungen ausschlaggebend.

¹⁸⁸ vgl. M.R. Textor: Bevölkerungsentwicklung: Konsequenzen für Gesellschaft und Politik, in: M.R. Textor (Hg.): Sozialpolitik. Aktuelle Frage und Probleme, 1997, S. 11-28, online unter: <http://www.ipzf.de/Bevoelkerung.html> (11.2.2014)

5 Geschichte der deutschen Migration zwischen 1945 und 2000

5.1 Die Migration der Deutschen

Die Geschichte Deutschlands ist von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart von mehr oder weniger starken Migrationsströmen geprägt. Die Formen der Wanderungen sind sehr vielfältig: Ein- und Auswanderungen, Arbeitsmigrationen, Einwanderungen von Flüchtlingen, Vertriebenen, Aussiedlern und Binnenwanderungen.

5.1.1 Vertriebene und Aussiedler¹⁸⁹

Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen Millionen von Vertriebenen und Aussiedlern aus Ost- und Mitteleuropa in die vier Besatzungszonen: eine Volkszählung im Jahr 1946 dokumentierte die Flucht von 3,6 Millionen in der sowjetischen und 5,9 Millionen Vertriebenen in den westlichen Besatzungszonen. Weitere Vertreibungen 1947 und 1948 und Umsiedlungen aus der sowjetischen Zone erhöhten im Westen die Zahl der Vertriebenen bis zum Jahr 1950 auf 7,9 Millionen. Insgesamt lag die Zahl der Menschen, die bis Anfang der 1950er Jahre in das Gebiet der Bundesrepublik, Österreich und der DDR gekommen sind, bei etwa 12 Millionen Menschen. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung der DDR machten die Zuwanderer 20 %, in der Bundesrepublik 16 % aus. Der Zuzug setzte sich in den Jahren zwischen 1950 und 1987 fort, jedoch auf einem niedrigerem Niveau (etwa 1,4 Millionen Aussiedler wurden registriert); erst danach stieg die Zahl wieder an.¹⁹⁰

Gesetzlich regelte das *Bundesvertriebenengesetz* (1953) die Zuwanderung nach Deutschland. Damit erhielten deutschstämmige Aussiedler aus Ost- und Mitteleuropa die Möglichkeit nach Westdeutschland einzuwandern und wurden durch eine Novelle aus dem Jahr 1957 den Vertriebenen sozusagen gleichgestellt.¹⁹¹ In diesem

¹⁸⁹ *Aussiedler*: der Begriff *Aussiedler* bezeichnet jede Menschen, die als deutsche Volkszugehörige „nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehender deutschen Ostgebiete, Danzing, Estland, Lettland, Litauen, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien und China verlassen (haben) oder (verlässt).“ (H. Heinelt, A. Lohmann: Immigranten im Wohlfahrtsstaat, 1992, S. 45.)

¹⁹⁰ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 22-23.

¹⁹¹ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 23.

Zusammenhang wurde der Begriff *ethnische Zugehörigkeit* näher definiert: „Deutscher Volksgenosse ist, wer sich in seiner Heimat zum Deutschtum bekannt hat.“¹⁹² Dazu zählen aber auch Sprache, Abstammung und kulturelle Orientierung. Aussiedler können somit in die Bundesrepublik einreisen, haben auch Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft und auf Sozialleistungen. Diese besonderen Förderungen und die rechtliche Stellung der Aussiedler ist eine Folge des *Lastenausgleichs*¹⁹³ nach 1945.¹⁹⁴

In der Regel unterscheidet man zwischen *Vertriebenen* (1945-1949), *Aussiedlern* (1950-1992) und *Spätaussiedlern* (ab 1992). Die Rückkehr in die Bundesrepublik basierte bis 1988/1989 auf zwischenstaatlichen Abkommen zwischen der Bundesrepublik und den Regierungen von Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und der Sowjetunion. Zwar waren die in Ost- und Mitteleuropa lebenden Deutsche n Diskriminierungen ausgesetzt, die Migration in die „alte Heimat“ geschah aber freiwillig und nach einer entsprechenden Antragstellung. Laut öffentlicher Meinung führte das klare Bekenntnis zum Deutschtum, politische und soziale Diskriminierung zur Wanderungsentscheidung; ökonomische Gründe standen selten im Vordergrund.¹⁹⁵

Durch die Grenzsperrn in den sozialistischen Staaten im Osten Europas wurde die Bewegungsfreiheit deutschstämmiger Bürger eingeschränkt. Nur wenige erhielten eine Ausreiseerlaubnis; eine Ausreise ohne Erlaubnis wurde als „Republikflucht“ bezeichnet und bestraft. In den Jahren 1950 bis 1987 kamen 62 % (848.000) aller Aussiedler aus Polen, 15 % (206.000) aus Rumänien. Auch in der Sowjetunion gab es eine große Minderheit an deutschstämmigen Personen, von denen jedoch nur 11 % (110.000) ausreisen konnten. Im Schnitt kamen bis 1987 jährlich etwa 37.000 Aussiedler zurück nach Deutschland. Die Regierungen Polens oder Rumäniens erhofften sich durch Ausreisegenehmigungen unter anderem eine Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen und wollten auch die ethnischen Minderheiten im eigenen Land

¹⁹² H. Heinelt, A. Lohmann: Immigranten im Wohlfahrtsstaat, 1992, S.67.

¹⁹³ *Lastenausgleichsgesetz*: finanzielle Entschädigung für Deutsche, die im Zuge des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit und der damit verbundenen Vertreibung und Zerstörung finanzielle Schäden oder andere Nachteile erlitten haben.

¹⁹⁴ vgl. H. Heinelt, A. Lohmann: Immigranten im Wohlfahrtsstaat, 1992, S.67 f.

¹⁹⁵ vgl. S. Delfs: Heimatvertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler. In: Politik und Zeitgeschichte, 1993, S. 3-11.

schwächen. Mit Rumänien vereinbarte die Bundesrepublik sogar ein „Kopfgeld“, das für jeden Aussiedler bezahlt wurde. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs Ende der 1980er Jahre wurde die Ausreise für Aussiedler vereinfacht und die Zahl der Wanderungen stieg wieder an: in den Jahren zwischen 1988 und 1996 kamen etwa 2,3 Millionen Aussiedler nach Deutschland.¹⁹⁶

Jahrzehntelang konnten Deutschstämmige frei in die Bundesrepublik einreisen und die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen. Dies geschah schnell und unbürokratisch, auch ohne Antragstellung. Gegen Ende der 1980er Jahre verabschiedete die Regierung der Bundesrepublik das *Aussiedleraufnahmegesetz*: seit dem 1. Juli 1990 mussten Aussiedler vor der Ausreise nach Deutschland vom Herkunftsland aus einen Antrag stellen und einen etwa 50-seitigen Fragebogen ausfüllen, der die deutsche Volkszugehörigkeit prüfen sollte. Dies führte zu einem Rückgang der Aussiedlerzahlen am Anfang der 1990er Jahre. Im Jahr 1992 verabschiedete die Regierung das *Kriegsfolgenbereinigungsgesetz*, bei dem eine jährliche Quote festgelegt wurde. Außerdem wurde festgelegt, dass in Zukunft nur mehr Personen, die vor dem 1. Jänner 1993 zur Welt kamen, einen Antrag auf Aufnahme in Deutschland stellen konnten. Später geborene Personen können im Zuge von Familienzusammenführungen nach Deutschland kommen.¹⁹⁷

Insgesamt verließen zwischen 1950 und 1996 rund 3,6 Millionen Aussiedler Ost- und Mitteleuropa und kamen zurück nach Deutschland; die meisten davon kamen aus Polen, gefolgt von der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten.¹⁹⁸

5.1.2 Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland

Eine weitere Gruppe von deutschen Migranten sind die Übersiedler aus der DDR. Schon vor der Teilung im Jahr 1949 übersiedelten 730.000 Menschen in die westliche Besatzungszone. Bis zum Bau der Mauer 1961 wanderten weitere 3,8 Millionen Menschen nach Westdeutschland aus. Gründe dafür war die große Unzufriedenheit bezüglich der wirtschaftlichen und politischen Situation, aber auch

¹⁹⁶ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 24-26.

¹⁹⁷ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 26-27.

¹⁹⁸ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 28.

Familienzusammenführungen führten zu Wanderungen. Umgekehrt gab es auch Ost-West-Wanderungen, die hauptsächlich aus familiären Gründen getätigt wurden. Im Zeitraum von 1949 und 1961 übersiedelten etwa 393.000 Personen aus der Bundesrepublik in die DDR. So waren ökonomische Motive ausschlaggebend für das Wanderungssaldo zwischen DDR und der Bundesrepublik. Die hohen Wanderungsverluste führten zu einer politisch und wirtschaftlich instabilen Situation in der DDR.¹⁹⁹

Als Konsequenz eines Anstiegs von Übersiedelungen in den Jahren 1960/61 kam es zum Bau der Berliner Mauer. Dies beeinflusste maßgeblich den Migrationsstrom von der DDR in die Bundesrepublik; er wurde zwar radikal eingedämmt, kam aber nie völlig zum Erliegen.²⁰⁰

Die Menschen riskierten auf ihrem Weg nach Westdeutschland ihr Leben: weder Stacheldraht noch Minenfelder konnten sie davon abhalten; viele wanderten auch über Drittländer ein.²⁰¹ Einige schenkten auch kommerziellen „Fluchthelferorganisationen“ ihr Vertrauen. Diese (mehr oder weniger vertrauenswürdigen) Organisationen standen unter besonderer Beobachtung der Stasi, die nahezu in allen Bereichen des sozialen Lebens und auch in den Aufnahmelagern im Osten Spione positioniert hatten. Diejenigen, die auf ihrer Flucht von der Stasi aufgegriffen wurden, wurden mit Gefängnis bestraft.²⁰²

Insgesamt wanderten zwischen August 1961 und Ende 1988 ca. 600.000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik aus. Nach dem Mauerfall kam es zu Massenmigrationen, was den Zusammenbruch der DDR beschleunigte. Erst mit der Wiedervereinigung nahm die Zahl der innerdeutschen Ost-West-Wanderungen ab.²⁰³

Insgesamt wanderten im Zeitraum 1949-1995 6,2 Millionen Menschen vom Osten in den Westen Deutschlands, umgekehrt jedoch nur 1,1 Millionen von Westdeutschland in

¹⁹⁹ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 30.

²⁰⁰ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 30.

²⁰¹ vgl. K. Bade: Homo migrans, 1994, S. 47.

²⁰² vgl. J. Nawrocki: Der Ratgeber war ein Verräter. Der Fall Götz Schlicht, in: Die Zeit, 1993, S. 6.

²⁰³ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 31.

den Osten. Die Wanderungsströme durch Aus- und Umsiedler nach Westdeutschland wurden hauptsächlich durch ökonomische und politische Unzufriedenheit ausgelöst und der Hoffnung auf bessere Chancen und Lebensverhältnisse. Vertriebene und Aus- und Umsiedler hatten keine großen Probleme in Westdeutschland Fuß zu fassen: finanzielle Förderungen, Entschädigungen für zurückgelassenes Eigentum, Anspruch auf Sozialleistungen, Deutschkurse etc. erleichterten die Integration im Westen.²⁰⁴

5.1.3 Aus- und Rückwanderungen von Deutschen

Auch die Migration von Deutschen in andere Staaten ist ein nicht unwichtiger Punkt in der Geschichte der deutschen Migration.

Politische und vor allem ökonomische Motive führten im frühen 20. Jahrhundert zur Auswanderung von etwa 7 Millionen Deutschen nach Nordamerika, Kanada und Südamerika. Dieser Migrationsstrom wurde einerseits von den strengeren Einwanderungsgesetzen nach dem Ersten Weltkrieg gestoppt, andererseits bewirkte auch die Weltwirtschaftskrise in den 1920er Jahren eine Rückwanderung vieler Deutschstämmiger.²⁰⁵

Ab den 1930er Jahren waren die Wanderungsströme vor allem politisch motiviert: es handelte sich hauptsächlich um politisch, rassistisch oder religiös verfolgte Menschen, die sich für eine Wanderung in Länder wie den USA, der Sowjetunion, europäischen Nachbarstaaten und nach Übersee entschieden. Nach Kriegsende emigrierten viele Deutsche nach Übersee, entweder wegen den besseren Berufschancen oder aufgrund der Bedingungen in der Nachkriegszeit. Insgesamt wanderten zwischen 1954 und 1995 etwa 3,4 Millionen Bewohner der Bundesrepublik aus, entweder für immer oder nur für eine bestimmte Zeit.²⁰⁶

²⁰⁴ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 32-33.

²⁰⁵ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 33.

²⁰⁶ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 30-34.

5.2 Die Zuwanderung nach Deutschland: „Gastarbeiter-Dauergäste-Einwanderer“

5.2.1 Anwerbung und Rotationsmodell

In den 50er Jahren wurde die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte von der Bundesregierung gefördert. Doch schon vor dem Zweiten Weltkrieg wanderten Arbeitskräfte aus europäischen Ländern nach Deutschland ein (1910: 1,3 Millionen Ausländer in Deutschland), ebenso in der Zwischenkriegszeit.²⁰⁷

Während des Zweiten Weltkriegs wurden zahlreiche ausländische Fremd- und Zwangsarbeiter auf Grund des wachsenden Arbeitskräftemangels in der deutschen Kriegswirtschaft eingesetzt. Im August 1944 waren 7,8 Millionen ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene oder (hauptsächlich ausländische) KZ-Häftlinge im „Arbeitseinsatz“.²⁰⁸ Die meisten Kriegsgefangenen und überlebende KZ-Häftlinge gingen wieder zurück in ihre Heimat oder wanderten nach Israel oder Übersee aus. Wenige von ihnen, so genannte *displaced persons*²⁰⁹, blieben in Deutschland.²¹⁰

Im Zuge des deutschen „Wirtschaftswunders“ nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, stieg in den 1950er Jahren die Nachfrage nach Arbeitskräften. Da diese mit bereits ansässigen Personen nicht gedeckt werden konnte, entschloss man sich dazu, im Süden Europas Arbeitskräfte zu rekrutieren.

Es wurden Anwerbevereinbarungen mit Italien, Spanien, Griechenland und später auch mit der Türkei, Portugal, Marokko und Tunesien geschlossen.²¹¹

²⁰⁷ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 34-35.

²⁰⁸ vgl. K. Bade: Homo Migrans, 1994, S. 35.

²⁰⁹ *displaced persons*: Personen, die während des Zweiten Weltkrieges in deutschen Betrieben beschäftigt worden waren, Kriegsgefangene, ehemalige KZ-Häftlinge, oder Personen aus Osteuropa, die nach dem Kriegsbeginn in Deutschland Arbeit gefunden hatten oder vor der sowjetischen Armee geflüchtet sind. (vgl. A. Königseder, Juliane Wetzel: Lebensmut im Wartesaal, 1994, S. 7); außerdem verstand man darunter „alle Zivilisten außerhalb der Grenzen ihrer Heimatstaaten“ (W. Jacobmeyer: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, 1985, S. 30 f.)

²¹⁰ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 35-36.

²¹¹ vgl. K. Bade: Einheimische Ausländer, in: K. Bade (Hg.): Deutsch im Ausland - Fremde in Deutschland, 1992, S. 395.

Die Abkommen dienten nicht dazu, die Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften zu organisieren oder steuern; Hauptaugenmerk lag darauf, die Anzahl an Menschen nach Westdeutschland zu holen, die benötigt wurde, um den Engpässen im deutschen Arbeitsmarkt entgegenzuwirken.²¹² Die bilateral geschlossenen Verträge regelten aus der Sicht der anwerbenden Länder den Zugang zum Arbeitsmarkt eines Abwanderungslandes unter festgelegten Bedingungen. Andererseits konnten die Abwanderungsländer auf diese Weise Einfluss auf die Zusammensetzung der Abwanderung nehmen sowie auf die späteren Arbeits- und Lebensumstände im Zielland.²¹³

Die ausländischen Arbeitskräfte wurden umgangssprachlich als „Gastarbeiter“ bezeichnet; dieser Begriff ist jedoch nicht amtlich bestätigt. Die offizielle Bezeichnung lautet „ausländische Arbeitnehmer“ oder „Arbeitnehmer aus den Anwerbeländern“.²¹⁴ Man versteht darunter sowohl eine berufliche als auch soziale Klassifizierung. Beruflich gesehen waren die „Gastarbeiter“ vorwiegend als un- bzw. angelernte Arbeiter in der industriellen Produktion beschäftigt. Diese Jobs waren oft schlecht bezahlt und hatten wenig Prestige.²¹⁵

Die Zahl der „Gastarbeiter“ umfasste in den 1970er Jahren rund drei Viertel aller ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik.²¹⁶

Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte diente zunächst vor allem dem Abbau von Arbeitslosigkeit oder der Eingliederung von geflüchteten DDR-Bürgern. Im Jahr 1950 gab es in der Bundesrepublik etwa 72.000 ausländische Arbeitnehmer - zehn Jahre später war die Zahl bereits auf 329.000 gestiegen. Durch den Bau der Berliner Mauer wurde die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte noch forciert: Hauptgrund dafür war der durch ein sinkendes Rentenalter und eine geringe Erwerbsbeteiligung der Frauen

²¹² vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 37.

²¹³ vgl. J. Oltmer: Anwerbeabkommen, in: -K.H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S.38 f.

²¹⁴ vgl. K. Bade: Homo migrans, 1994, S. 37.

²¹⁵ vgl. K. Bade: Einheimische Ausländer, in: K. Bade (Hg.): Deutsch im Ausland - Fremde in Deutschland, 1992, S. 395.

²¹⁶ vgl. K.J. Bade: Einheimische Ausländer, in: K.J. Bade: Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland, 1992, S. 395.

infolge des Babybooms nach dem Zweiten Weltkrieg bedingter Arbeitskräftemangel. Die Gesamtzahl der in Deutschland beschäftigten Ausländer betrug 1964 2,1 Millionen, im Jahr 1973 erreichte sie ihren Höhepunkt mit 2,6 Millionen; die meisten Arbeitsmigranten stammten aus der Türkei oder aus Jugoslawien und Italien.²¹⁷ Der Zu- und Wegzug von Arbeitskräften war auch stark von der Konjunktur Deutschlands abhängig.

Ähnlich war die Situation in der DDR: in den 1960er Jahren engagierte man Vertragsarbeiter aus Mitteleuropa, Kuba oder Vietnam. Auch hier verfolgte man das Rotationsprinzip, jedoch viel strenger als im Westen Deutschlands.²¹⁸ Fast alle Arbeitsmigranten kehrten nach dem Ablauf der Frist in ihre Heimatländer zurück. Deshalb spielte die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer für die DDR keine wichtige Rolle.²¹⁹

Die Arbeits- bzw. Aufenthaltserlaubnisse waren meistens auf ein Jahr beschränkt; das Rotationsprinzip führte zu einer hohen Zahl an Zu- und Fortzügen in den 1960er und 1970er Jahren.²²⁰ Das Rotationsmodell war aber nur bedingt „wirksam“: einerseits konnten viele „Gastarbeiter“ ihre finanziellen Vorstellungen oft nicht innerhalb so kurzer Zeit verwirklichen und auch für Betriebe war der ständige Wechsel von Arbeitskräften und die damit verbundenen Einschulungen ein großer Nachteil. Im Jahr 1971 wurde von der Bundesregierung ein Gesetz über die Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen erlassen. Die Arbeitsmigranten konnten sich nun erstmals länger in Deutschland niederlassen, was auch zu einem häufigeren Zuzug von Familienangehörigen führte. Damit verringerte sich aber die Möglichkeit der Regierung, die Zuwanderungen je nach Entwicklung des Arbeitsmarktes zu regulieren.²²¹

²¹⁷ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 36-37.

²¹⁸ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 37 f. nach: J. Dorbritz, W. Speigner: Die Deutsche Demographische Republik, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 1, 1990, S. 67-86.

²¹⁹ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 38 f.

²²⁰ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 37 f.

²²¹ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 40.

5.2.2 Anwerbestop und Zuwanderungswellen

Von 1955 bis zum Anwerbestop im Jahr 1973 kamen rund 14 Millionen Arbeitskräfte in die Bundesrepublik; davon kehrten etwa 11 Millionen wieder in ihre Heimatländer zurück. Bereits vor der Ölkrise und der damit einhergehenden wirtschaftliche n Rezession, kam es 1973 zu wesentlichen Beschränkungen in der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte: der „Anwerbestop“ von 1973 hatte zum Ziel, die Ausländerbeschäftigung in Deutschland zu verringern bzw. zu stabilisieren; dabei wurde entweder die Rückkehr der Arbeitsmigranten in ihre Heimat oder aber ihre Integration in Deutschland gefördert. Diese Maßnahmen begrenzten zwar die Zuwanderung, hatte aber Einfluss auf die Struktur der Zuwanderung und ihre Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland.²²²

Kurzfristig verringerte sich zwar die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in Deutschland, aber der Anteil ausländischer Bevölkerung in Deutschland stieg weiter an. Es kam zu einem Wandel der Gastarbeiterexistenz: mit dem „Anwerbestop“ konnte man entweder freiwillig in das jeweilige Heimatland zurückkehren, oder man entschied sich dazu in Deutschland zu bleiben und aus dem ursprünglich nur auf Zeit beschränkten Aufenthalt wurde eine dauerhafte Einwanderung, teilweise auch mit Familiennachzug.²²³

Der Anwerbestopp verstärkte also Tendenz zum Daueraufenthalt in Deutschland und forcierte den „Wandel vom Arbeitskräfteimport zum Einwanderungsproblem“²²⁴

Im Jahr 1980 lebten rund 4,5 Millionen Ausländer in Deutschland, die Zahl der Beschäftigten lag bei 2,1 Millionen, die meisten davon kamen aus der Türkei und Jugoslawien. Die Zahl der Ausländer ging in den nächsten Jahren nicht wirklich zurück, jedoch sank die Zahl der Beschäftigten auf 1, 6 Millionen im Jahr 1985.²²⁵

²²² vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 41 f.

²²³ vgl. K. Bade: Homo migrans, 1994, S. 39.

²²⁴ K. Bade: Einheimische Ausländer, in: K. Bade (Hg.): Deutsch im Ausland - Fremde in Deutschland, 1992, S. 396.

²²⁵ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 42.

Dies hatte mehrere Gründe: einerseits verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze in Branchen, in denen Ausländer eine Arbeitsstelle fanden, wurden abgebaut und es kam außerdem infolge der Babyboom-Generation zu einer vermehrten Nachfrage am Arbeitsmarkt.²²⁶

Durch den Fall des Eisernen Vorhangs, Kriegen und ethnischen Verfolgungen im ehemaligen Jugoslawien sowie Konflikten bezüglich der kurdischen Volksgruppe in der Türkei, stieg die Zuwanderung nach Deutschland wieder an; außerdem kam es zu vermehrten Familienzusammenführungen bei Arbeitsmigranten aus den Krisengebieten. Aber auch der kurze Wirtschaftsboom infolge der deutschen Wiedervereinigung führte zur Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften. Es folgten Einwanderungen aus Polen, der Tschechischen Republik oder aus Staaten Ost- und Ostmitteleuropas. Diese Menschen kamen auf der Grundlage von Werkverträgen, als Saisonarbeiter oder zur beruflichen Qualifikation nach Deutschland. Der Aufenthalt in Deutschland wurde zeitlich befristet bzw. länderspezifische Kontingente wurden eingeführt. Insgesamt kamen im Zeitraum 1954-1995 22,7 Millionen Ausländer nach Deutschland, 16,2 Millionen Ausländer verließen das Land wieder; somit konnte Deutschland in diesem Zeitraum einen Wanderungsgewinn von 6,5 Millionen Personen verbuchen.²²⁷

5.2.3 Asylwerber und Flüchtlinge

Im Artikel 16 des Grundgesetzes der Zweiten Republik steht: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ International gesehen bietet dieses Recht einen relativ weitgefassten, individuellen Rechtsanspruch auf Asyl, ein „Unikat im internationalen Verfassungsvergleich“²²⁸. Doch die Realität sieht, besonders nach dem Anstieg der Flüchtlingsströme gegen Ende der 1980er Jahre, anders aus: unmenschliches Leid in der so genannten Dritten Welt, Konflikte in Osteuropa oder Kriege im Irak und Iran führten zu Tausenden an Flüchtlingen, die auf Asyl in Deutschland hofften. Neben Asylwerbern aus der Dritten Welt stieg auch die Zahl der Asylsuchenden aus Europa. Die

²²⁶ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 42, nach: R. Münz, R. Ulrich: Migration und Ausländerbeschäftigung in Deutschland, in: StadtBauwelt, 118, 1993, S. 1270-1273.

²²⁷ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 42-45.

²²⁸ vgl. K. Bade: „Politisch Verfolgte genießen...“, in: K. Bade (Hg.): Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland, 1992, S.411.

Hauptherkunftsländer waren Rumänien, Jugoslawien, die Türkei und der Libanon.²²⁹ Zwischen 1980 und 1990 hofften mehr als 70.000 Menschen Asyl in der Bundesrepublik.²³⁰

Innenpolitisch führte die wachsende Zahl der Asylanträge und auch die fehlende Integration der steigenden ausländischen Bevölkerung zu Diskussionen und wurde auch zum Wahlkampfthema. Die SPD-geführte Regierung der 1970er und frühen 1980er Jahre war auf der einen Seite bemüht, die Ausländer in die Gesellschaft zu integrieren und ihre Chancen auf sozialen Aufstieg in der Bundesrepublik zu verbessern, andererseits betrachtete man die „Ausländerproblematik“ nur als vorübergehenden Diskussionspunkt, da man stets damit rechnete, dass sie in ihre Heimatländer zurückkehrten.²³¹

Neben der Integrations-Diskussion wurde auch das „Asylantenproblem“ medial „gepusht“. Dabei war hauptsächlich die Annahme, viele Asylbewerber wären keine politisch Verfolgten, sondern wollten nur aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen, ausschlaggebend. In diesem Zusammenhang wurde oft von „Missbrauch des Asylrechts“ oder „Wirtschaftsasylanten“ gesprochen.²³² Ein Beweis dafür könnte die geringe Anerkennungsquote bei den Asylanträgen sein.²³³

Dies ist jedoch, so Klaus Bade, ein „Kurzschluss“: im Asylverfahren wird nämlich nur geprüft, „ob die erlittene Verfolgung aus der Sicht des Verfolgerstaates politisch motiviert“ war, denn der Flüchtling kann auch „objektiv an Leib, Leben und Freiheit bedroht sein“, durch Folter, Hunger, Bürgerkrieg oder Terror; es handelt sich jedoch hierbei um „asylfremde Gründe“.²³⁴ So erklärt sich auch die hohe Zahl an abgelehnten

²²⁹ vgl. K. Bade: „Politisch Verfolgte genießen...“, in: K. Bade (Hg.): Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland, 1992, S.412 f.

²³⁰ vgl. L. Sippel, R. Klingholz: Asylbewerber in der BRD, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2009, online unter <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungspolitik/deutschland/asylbewerber-in-der-brd.html> (13.2.2014)

²³¹ vgl. L. Sippel, R. Klingholz: Asylbewerber in der BRD, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2009, online unter <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungspolitik/deutschland/asylbewerber-in-der-brd.html> (13.2.2014)

²³² K. Bade: „Politisch Verfolgte genießen...“, in: K. Bade (Hg.): Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland, 1992, S.412 416 f.

²³³ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 46 f.

²³⁴ K. Bade: „Politisch Verfolgte genießen...“, in: K. Bade (Hg.): Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland, 1992, S.417.

Anträgen. Diese Personen werden aber auf Grund der Genfer Flüchtlingskonvention nicht abgeschoben, sondern durften in Deutschland bleiben.

In den 1980er Jahren werden die Bestimmungen bezüglich eines Anspruchs auf Asyl immer strenger, die Möglichkeit in Deutschland Asyl zu beantragen wurde damit erschwert. Demnach haben nämlich diejenigen keine Chance auf Asyl, die aus „verfolgungsfreien“ Ländern stammen oder über „sichere Drittstaaten“ Europas einreisen.²³⁵ „Da Deutschland nur von sicheren Drittstaaten umgeben ist, bleibt für Asylwerber nur mehr der See- oder Luftweg oder eine illegale Einreise.“²³⁶ Deutschland schloss auch Abkommen mit Rumänien, Polen, der Schweiz, Bulgarien, der Tschechischen Republik und Vietnam, die Rückführungen regeln sollten.²³⁷ Not, Krieg oder Bürgerkrieg und Folter werden auch nicht unbedingt als Asylgründe angesehen.²³⁸

5.3 Fazit

Deutschland wurde vor allem nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von zahlreichen Wanderungsströmen beeinflusst; besonders nachhaltig geprägt wurde die Gesellschaft von der Zuwanderung infolge der Anwerbung von so genannten „Gastarbeitern“ ab den 1950er Jahren, aber auch durch Migrationen zwischen der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR.

Im Zuge des Nachzugs von Familienmitgliedern der nach Deutschland gekommenen Arbeitskräfte wurde Deutschland zunehmend zu einem „Einwanderungsland“ - auch wenn es sich dieser Rolle lange Zeit nicht bewusst werden wollte.

²³⁵ vgl. K. Bade: Homo migrans, 1994, S. 49 f.

²³⁶ R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 50.

²³⁷ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 50.

²³⁸ vgl. K. Bade: „Politisch Verfolgte genießen...“, in: K. Bade (Hg.): Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland, 1992, S.417-418.

6 Die ausländische Bevölkerung in Deutschland

Wann gilt man als „Ausländer“ und wann gilt man als Person „mit Migrationshintergrund“? In diesem Kapitel werden die beiden grundlegenden Begriffe geklärt. Augenmerk liegt auf der in Deutschland ansässigen Bevölkerung, die (noch) über keinen deutschen Pass verfügt, und deren Rechte und Möglichkeiten im Land.

6.1 Begriffsklärung „Ausländer“

Als „Ausländer“ bezeichnet man in Deutschland Personen, die keine Deutschen nach den im Artikel 116 Absatz 1²³⁹ verankerten Bestimmungen des Grundgesetzes sind. Dazu zählen auch Staatenlose oder Menschen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Man kann auch als Ausländer gelten, wenn man in Deutschland geboren oder nach Deutschland zugewandert ist. Unter bestimmten Umständen²⁴⁰ können Kinder von Ausländern bei der Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen; sie müssen sich allerdings zwischen ihrem 18. und 23. Lebensjahr für die deutsche Staatsbürgerschaft oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden.²⁴¹

6.1.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Im Jahr 2005 wurde neben der Unterscheidung zwischen Deutsche und Ausländer auch noch die Unterscheidung in Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund eingeführt. Hintergrund dieser Unterscheidung war die Frage nach dem tatsächlichen

²³⁹ Artikeln 116 des Grundgesetzes: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“ online unter http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_116.html (11.2.2014)

²⁴⁰ als Voraussetzung für eine deutsche Staatsbürgerschaft gilt beispielsweise die deutsche Staatsbürgerschaft eines Elternteils; wenn ein Kind in Deutschland aufgefunden wird, gilt es bis zum Beweis des Gegenteils als Kind eines Deutschen; wenn ein Elternteil seit acht Jahren rechtmäßig in Deutschland ansässig ist oder ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt, kann das Kind die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben. (vgl. online unter http://www.gesetze-im-internet.de/rustag/_4.html, 11.2.2014)

²⁴¹ vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Ausländische Bevölkerung, online unter http://www.bib-demografie.de/DE/Service/Glossar/_Functions/glossar.html?lv2=3071656&lv3=3074174 (11.2.2014)

Maß an Integration von Personen, die als deutsche Staatsbürger gelten, jedoch auch über einen Migrationshintergrund verfügen.²⁴²

Als Personen mit Migrationshintergrund gelten Personen, „die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer/-innen und alle in Deutschland Geborenen mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Der Migrationsstatus einer Person wird hierbei aus seinen persönlichen Merkmalen zu Zuzug, Einbürgerung und Staatsangehörigkeit, sowie aus den entsprechenden Merkmalen seiner Eltern bestimmt. Dies bedeutet, dass in Deutschland geborene Deutsche einen Migrationshintergrund haben können, sei es als Kinder von (Spät-) Aussiedlern, (...) als Kinder ausländischer Eltern oder als Deutsche mit einseitigem Migrationshintergrund. Dieser Migrationshintergrund leitet sich dann ausschließlich aus den Eigenschaften der Eltern ab. Die Betroffenen können diesen Migrationshintergrund aber nicht an ihre Nachkommen „vererben“. Dies ist dagegen bei den Zugewanderten und den in Deutschland geborenen AusländerInnen der Fall. Nach den heutigen ausländerrechtlichen Vorschriften umfasst diese Definition somit üblicherweise Angehörige der 1. bis 3. Migrantengeneration.“²⁴³

Im Jahr 2011 lebten entsprechend dieser Definition 16 Millionen Menschen (19,5 % der Wohnbevölkerung) mit Migrationshintergrund in Deutschland.²⁴⁴

Demographisch interessant ist, dass Personen mit Migrationshintergrund im Schnitt jünger sind als Personen ohne Migrationshintergrund (35,0 gegenüber 45,9 Jahre). Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist demnach vor allem in den jüngeren Jahrgängen vertreten; immerhin können 34,9 % der unter 5-jährigen Kinder einen Migrationshintergrund aufweisen. In der Altersgruppe bis 45 Jahren liegt der Prozentsatz bei 20; in der Altersgruppe 65 Jahre und älter sinkt der Anteil auf 8,6 %.

²⁴² vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, online unter: http://www.bib-demografie.de/DE/Service/Glossar/_Functions/glossar.html?lv2=3071658&lv3=3074176 (11.2.2014)

²⁴³ Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 2.2, Migration in Deutschland 2010, S. 6, online unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220107004.pdf?__blob=publicationFile (11.2.2014)

²⁴⁴ vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Bevölkerung mit Migrationshintergrund, online unter http://www.bib-demografie.de/DE/Service/Glossar/_Functions/glossar.html?lv2=3071658&lv3=3074176 (11.2.2014)

Demnach bedeutet die jüngere Altersstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, dass der Fokus politischer und sozialer Maßnahmen vorwiegend auf die frühere Phase im Lebenslauf, wie Schule oder Ausbildung, gelegt war. Erst später wurde das Alter und der Ruhestand von Menschen mit Migrationshintergrund thematisiert.²⁴⁵

6.2 Ländergruppen

Bis ins Jahr 1970 kamen die meisten Migranten aus Italien, Griechenland, Spanien oder Österreich; erst später steigerte sich der Zuzug von Menschen aus der Türkei, Polen oder den Ländern Ex-Jugoslawiens. Die größte Gruppe bilden türkischen Staatsbürger mit knapp 2 Millionen Zuwanderern oder einem Anteil von 28 % gemessen an der gesamten ausländischen Wohnbevölkerung, gefolgt von Bürgern ehemaliger Länder Jugoslawiens mit 18 %; danach kommen die Italiener mit 8 %, die Griechen mit 5 % und polnische Einwanderer mit 4 %.²⁴⁶

6.2.1 Staatsangehörigkeit

„Die Staatsangehörigkeit beschreibt rechtlich-formal die Zugehörigkeit einer Person zu einem Staat. Sie wird auch als rechtliches Band zwischen einem Staat und seinem Angehörigen bezeichnet und beinhaltet gegenseitige Rechte und Pflichten.“²⁴⁷

Man wird also von einem Individuum zu einem Teil eines Staatsverbands. Grundsätzlich werden durch die Staatsangehörigkeit Inländer von Ausländern unterschieden; hat man die Staatsangehörigkeit, so wirkt sich das vor allem auf ein politisches Mitwirkungsrecht und die Nutzung der Rechte innerhalb einer Nation aus. Es gibt aber verschiedene Sichtweisen bezüglich des Nationsverständnisses. In Deutschland beispielsweise basiert dieses Verständnis auf der „Zugehörigkeit zur ethnischen, kulturellen und sprachlichen Gemeinschaft“; in anderen Ländern hingegen

²⁴⁵ vgl. 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, 2012, S. 31-32, online unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-06-27-neunter-lagebericht.pdf?__blob=publicationFile (26.2.2014)

²⁴⁶ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 52.

²⁴⁷ vgl. F. Lämmermann: Staatsangehörigkeit, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 113.

kommt es nur darauf an, ob man sich mit einem Staat identifizieren kann und möchte.²⁴⁸

Bis zum Jahr 1993 hatten Ausländer in Deutschland keinen Anspruch auf Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft; darüber entschieden allein die Behörden. Danach wurde das Staatsangehörigkeitsgesetz reformiert und erstmals eingeführt, dass man, sobald man sich 15 Jahre (8 Jahre bei jungen Erwachsenen zwischen 16 und 25 Jahren) rechtmäßig und dauerhaft in der Bundesrepublik aufgehalten hat, einen Anspruch auf Einbürgerung hat. Im Jahr 2000 wurde die Mindestaufenthaltsdauer auf 8 Jahre gesenkt. Weiters müssen ausreichende Sprachkenntnisse, Straflosigkeit, Verfassungstreue und Finanzierung des Lebensunterhalts vorgewiesen werden.²⁴⁹

Bis zum Jahr 1990 wurden jährlich zwischen 10.000 und 20.000 Menschen eingebürgert; nach einem zwischenzeitlichen Höchststand im Jahr 2000 (186.688) und einer kontinuierlichen Abnahme ab dem Jahr 2005 (117.241)²⁵⁰, stieg die Zahl ab dem Jahr 2009 wieder an (2010: 101.570 Einbürgerungen).²⁵¹ Bezüglich der Ländergruppen nimmt die Türkei bei der Zahl der Eingebürgerten die Spitzenposition ein, gefolgt von Serbien und Montenegro und Polen.²⁵²

6.2.2 Zuwanderungsgesetz 2005

In den Jahren 2001-2004 wurde von der Bundesregierung in Deutschland ein neues Zuwanderungsgesetz beschlossen, dass am 1.1.2005 in Kraft trat („Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern“). Es handelt sich hierbei um ein so

²⁴⁸ vgl. F. Lämmermann: Staatsangehörigkeit, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 113-114.

²⁴⁹ vgl. V. Özcan: Staatsangehörigkeit, Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/57552/staatsangehoerigkeit> (13.2.2014)

²⁵⁰ gl. V. Özcan: Staatsangehörigkeit, Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/57552/staatsangehoerigkeit> (13.2.2014)

²⁵¹ vgl. 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, 2012, S. 470, online unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-06-27-neunter-lagebericht.pdf?__blob=publicationFile (26.2.2014)

²⁵² gl. V. Özcan: Staatsangehörigkeit, Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/57552/staatsangehoerigkeit> (13.2.2014)

genanntes Artikelgesetz; das bedeutet, dass bestehende Vorschriften geändert und gleichzeitig auch neue Gesetze geschaffen wurden. Es enthält Regelungen der Einreise und des Aufenthalts von Ausländern in Deutschland, sowie Vorschriften bezüglich der Aufenthaltszwecke, der Aufenthaltsbeendigung und des Asyls.²⁵³

6.2.2.1 Aufenthaltserlaubnis

Durch die Erneuerung des Gesetzes unterschied man ab 2005 zwischen „befristeter Aufenthaltserlaubnis“ und „unbefristeter Niederlassungserlaubnis“. Die Aufenthaltserlaubnis richtet sich nach dem Motiv des Migranten, sich in Deutschland aufzuhalten. Sei es wegen der Ausbildung (Studium), der Erwerbstätigkeit, aus humanitären (Asyl, Flucht) oder familiären Gründen (Familienzusammenführung).²⁵⁴

6.2.2.2 Niederlassungserlaubnis

Um die Niederlassungserlaubnis zu erhalten, sind viele Voraussetzungen zu erfüllen; man ist aber dadurch gegen eine Ausweisung geschützt und hat das Recht, sich auf Dauer in Deutschland niederzulassen und kann fast unbeschränkt der Erwerbstätigkeit nachkommen. Außerdem ist sie im Gegensatz zur Aufenthaltserlaubnis nicht zweckgebunden und man kann nach ein paar Jahren die Einbürgerung anstreben. Um die Niederlassungserlaubnis zu erhalten, muss man ein Einkommen sowie einen angemessenen Wohnraum für die eigenen Familie nachweisen; man muss straffrei sein und über ein ausreichendes Maß an Sprachkenntnissen verfügen. Ebenfalls muss man einen vorherigen Besitz einer Aufenthaltserlaubnis von mindestens fünf Jahren vorweisen.²⁵⁵

²⁵³ vgl. J. Schneider: Rückblick: Zuwanderungsgesetz 2005, 2007, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56351/zuwanderungsgesetz-2005?p=all> (18.2.2014)

²⁵⁴ vgl. J. Schneider: Rückblick: Zuwanderungsgesetz 2005, Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56351/zuwanderungsgesetz-2005?p=all> (18.2.2013)

²⁵⁵ vgl. J. Schneider: Rückblick: Zuwanderungsgesetz 2005, Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56351/zuwanderungsgesetz-2005?p=all> (18.2.2013)

6.2.2.3 Arbeitsmigration „neu“

Ausgenommen von diesen Regelungen sind hoch qualifizierte Fachkräfte (Wissenschaftler, Ingenieure, Computerspezialisten) oder Selbstständige und deren Familien aus dem Ausland; diese Personen können früher mit einer Niederlassungserlaubnis rechnen. Dennoch gilt grundsätzlich immer noch der Anwerbestopp der 1970er Jahre.²⁵⁶

6.2.2.4 Integration

Erstmals wurde die Integration von Migranten gesetzlich im Zuwanderungsgesetz von 2005 verankert. Hierbei verpflichten sich Zuwanderer an Integrationskursen teilzunehmen; hier wird besonders auf den Spracherwerb Wert gelegt, aber es gibt auch Kurse, die den Migranten rechtliches und wirtschaftliches Wissen bezüglich Deutschland näher bringen sollen. Auch Personen, die bereits länger in der Bundesrepublik leben, können ebenfalls an diesen Kursen teilnehmen oder werden dazu verpflichtet, sofern diese „integrationsbedürftig“ sind oder Arbeitslosengeld beziehen.²⁵⁷

6.2.2.5 Asylsuchende und Flüchtlinge

Wie bereits in Kapitel 5 besprochen, gibt es in Deutschland - international gesehen - ein sehr frei formuliertes Asylgesetz. Die Gründe, als Flüchtling oder Asylsuchender anerkannt zu werden, unterschieden sich von jenen anderer Staaten. Zudem wurde Flüchtlingen, die aufgrund unsicherer Verhältnisse nicht in ihre Heimatländern zurückkehren konnten, keine sichere Aufenthaltserlaubnis erteilt. Die Erneuerung des Gesetzes sicherte die Unterstützung dieser Flüchtlinge. Nach der Genfer Konvention gewährt man auch bei nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung den

²⁵⁶ vgl. J. Schneider: Rückblick: Zuwanderungsgesetz 2005, Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56351/zuwanderungsgesetz-2005?p=all> (18.2.2013)

²⁵⁷ vgl. J. Schneider: Rückblick: Zuwanderungsgesetz 2005, Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56351/zuwanderungsgesetz-2005?p=all> (18.2.2013)

Status als Flüchtling. Diese Gesetzesänderungen beruhen auf Vorgaben der Europäischen Union.²⁵⁸

6.2.2.6 Migration

Im Zuge der terroristischen Anschläge am Beginn des 21. Jahrhunderts, enthält das Zuwanderungsgesetz auch Anordnungen bezüglich Abschiebungen im Sinne der staatlichen Sicherheit sowie Verschärfungen der Zuwanderung. Die Abschiebungsanordnung erleichtert die Abschiebung einer Person, die eine Gefahr für die Bundesrepublik darstellen könnte. Auch Personen, die Zuwanderer illegal nach Deutschland bringen („Schleuserkriminalität“), können ausgewiesen werden.²⁵⁹

6.2.2.7 Fazit

Das Zuwanderungsgesetz von 2005 löste zwar nicht alle Probleme, brachte aber Verbesserungen vor allem im Bereich der Integration.

6.2.3 Zuwanderungsgesetz „neu“ 2007

Am 28.8.2007 trat die Reform des Zuwanderungsgesetzes in Kraft. Die „Kernpunkte der Reform sind die Umsetzung von elf aufenthalts- und asylrechtlichen Richtlinien der Europäischen Union, Regelungen zur Bekämpfung von Schein- und Zwangsehen, eine Stärkung der inneren Sicherheit, die Umsetzung staatsangehörigkeitsrechtlicher Beschlüsse der Innenministerkonferenz, die Erleichterung des Zuzugs von Firmengründern sowie vor allem Maßnahmen zur Förderung der Integration von legalen Zuwanderern.“²⁶⁰

²⁵⁸ vgl. J. Schneider: Rückblick: Zuwanderungsgesetz 2005, Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56351/zuwanderungsgesetz-2005?p=all> (18.2.2013)

²⁵⁹ vgl. J. Schneider: Rückblick: Zuwanderungsgesetz 2005, Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56351/zuwanderungsgesetz-2005?p=all> (18.2.2013)

²⁶⁰ vgl. Auswärtiges Amt: Zuwanderungsgesetz, 2012, online unter http://www.auswaertiges-amt.de/DE/EinreiseUndAufenthalt/Zuwanderungsrecht_node.html (18.2.2014)

Bezüglich des Bleiberechts wurde eine gesetzliche Übergangsregelung verabschiedet, die es Flüchtlingen ermöglicht, ein Aufenthaltsrecht zu bekommen, wenn sie sich bis zum Stichtag (1.7.2007) seit mindestens acht Jahren, im Falle von minderjährigen Kindern im Haushalt mindestens sechs Jahre, in Deutschland befinden. Voraussetzung wie Wohnraum, vorweisbare Sprachkenntnisse sowie der Schulbesuch der Kinder gelten weiterhin; die Betroffenen müssen ebenfalls vorweisen, dass sie weitgehend straffrei sind und keiner extremistischen oder terroristischen Organisation angehören. Wenn all diese Voraussetzungen erfüllt sind, dann bekommen die Betroffenen eine Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“; Bedingung für die Verlängerung ist der eigenständige Erwerb des Lebensunterhalts. Personen, die diesen Aufenthaltstitel nicht erhalten, dürfen auch in Deutschland bleiben und erhalten Zugang zum Arbeitsmarkt, wenn sie seit mehr als vier Jahren im Land leben.

Auch das Aufenthalts- und Integrationsrechts wurden reformiert; beispielsweise muss man mit finanziellen Strafen (wie einer Kürzung der Sozialleistungen) rechnen, wenn man nicht an den integrationsfördernden Kursen teilnimmt. Für Migranten unter 23 Jahren gelten für eine Einbürgerung die gleichen Voraussetzungen wie für Erwachsene, auch in Bezug auf die Finanzierung des Lebensunterhaltes. Ehepartner aus dem Ausland dürfen außerdem erst nach Deutschland ziehen, wenn sie die Volljährigkeit erreicht haben und Sprachkenntnisse vorweisen können. Diese Maßnahme soll arrangierten Ehen entgegenwirken und die Integration in Deutschland erleichtern.²⁶¹

6.3 Demographische Merkmale der ausländischen Bevölkerung

Wie bereits besprochen, hatte in den 1950er und 1960er Jahren vor allem das Rotationsprinzip großen Einfluss auf die Einwanderungsströme in die Bundesrepublik; anfangs verzeichnete man hauptsächlich einen Zuzug von jungen Männern, erst in den 1970er Jahren kam es im Zuge von Familienzusammenführungen zu einem Nachzug von Frauen und Kindern. Dennoch gibt es bei der ansässigen ausländischen Bevölkerung einen klaren Überschuss an Männern. Seit den 1970er Jahren entschieden sich die Einwanderer für einen immer längeren andauernden Aufenthalt in der Bundesrepublik, was im späteren Verlauf auch zu einem höheren Anteil an älteren

²⁶¹ vgl. J. Schneider: Die Novellierung des Zuwanderungsgesetzes 2007, Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56350/zuwanderungsgesetz-2007> (18.2.2014)

Ausländern führte - verglichen mit der deutschen Bevölkerung ist der Anteil älterer Altersgruppen jedoch deutlich geringer.²⁶²

Im Jahr 1994 betrug der Anteil der über 60jährigen 18% bei den deutschen Männern und 26% bei den deutschen Frauen. Im Vergleich dazu waren nur 6% der ausländischen Männer und Frauen über 60 Jahre alt. Die besonders starke Zuwanderung junger Erwachsener führte dazu, dass vor allem der Ausländeranteil der 16-25-Jährigen besonders ausgeprägt ist.²⁶³

Wie in Kapitel 3 bereits besprochen wurde, haben die demographischen Merkmale einer Bevölkerung Einfluss auf soziale Leistungen eines Staates oder auch auf den Arbeitsmarkt. Besonders der immer zunehmende Anteil an älteren Personen nimmt vermehrt die Leistungen der Gesundheitsversorgung in Anspruch, zu Lasten der erwerbstätigen Bevölkerung. Während jedoch die Altenlastquote²⁶⁴ der deutschen Bevölkerung im Jahr 1994 30 (Männer) bzw. 48 (Frauen) beträgt, lag die Altenlastquote bei der ausländischen Bevölkerung bei 9 bezüglich der über 60-jährigen.²⁶⁵

Man kann also daraus schließen, dass sich die Anzahl ausländischer Personen in Deutschland für die deutschen Renten- und Krankenversicherungen anfangs positiv auswirkte, da sie viele zusätzliche Beitragszahler darstellen und tendenziell weniger Leistungen (ob ihrer jungen Altersstruktur) in Anspruch nehmen.²⁶⁶

Da die Struktur einer Bevölkerung auch zu einem großen Teil von der Fertilität beeinflusst wird, ist auch die Familienbildung der Migranten ausschlaggebend für die Entwicklung einer Population: vor allem in der ersten Generation von Immigranten spielen die traditionellen Wertvorstellungen ihrer Heimatländer noch eine große Rolle; tendenziell hatten beispielsweise in den 1960er Jahren ausländische Paare mehr Kinder als deutsche. Hier ist aber zu vermerken, dass das deutsche Durchschnittspaar damals auch mehr als 2 Kinder hatte.²⁶⁷ Seitdem kam es zu einem Wandel des

²⁶² vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 54 f.

²⁶³ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 55.

²⁶⁴ Altenlastquote: Zahl der Menschen über 60 Jahre je 100 Personen

²⁶⁵ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 56 f.

²⁶⁶ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 57.

²⁶⁷ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 57-58.

Fertilitätsverhaltens in nahezu allen Ländern Europas: weltweit gesehen ist Europa die Region mit der niedrigsten Fertilitätsrate.²⁶⁸ Dieser Trend lässt sich auch bei der Kinderzahl ausländischer Frauen beobachten: von durchschnittlich 2,4 Kindern in den 70er Jahren, sank die Kinderzahl auf durchschnittlich 1,5 Kinder pro Frau in den 90er Jahren. Bezüglich der Fruchtbarkeit der verschiedenen Nationen in Deutschland ist zu beobachten, dass, je länger sich eine Ländergruppe in Deutschland befindet, die länderspezifischen Unterschiede verschwinden. Einzig die türkische Volksgruppe sticht mit ihrer tendenziell hohen Kinderanzahl aus den übrigen Ausländergruppen heraus.²⁶⁹

6.4 Regionale Verteilung

Bei der regionalen Verteilung der ausländischen (oder ausländisch-stämmigen) Bevölkerung in Deutschland sind vor allem die Wirtschaftsstrukturen und die damit verbundenen Jobmöglichkeiten für Migranten ausschlaggebend. Natürlich spielt auch der Wohnungsmarkt oder eine bereits ansässige (ethnische) Gemeinschaft eine Rolle.²⁷⁰ Personen, die als Arbeitskräfte nach Deutschland kamen, zog es hauptsächlich in industrielle Ballungsgebiete, durch Familienzusammenführungen konzentrierten sich auch spätere Einwanderungen auf diese Regionen. Asylsuchende Personen tendieren dazu, sich bereit bestehenden Netzwerken anzuschließen.²⁷¹

Die regionale Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist auf die Geschehnisse der verschiedenen historischen Einwanderungsströme zurückzuführen. Die Unterschiede begründen sich auf verschiedene Migrationswellen und Bleibeoptionen in den verschiedenen Ländern.²⁷²

²⁶⁸ vgl. R.E. Ulrich: Kontrazeption in Europa, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2007, online unter <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/kontrazeption-in-europa.html> (12.2.2014)

²⁶⁹ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 58 f.

²⁷⁰ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 59.

²⁷¹ vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Die soziale Situation in Deutschland, 28.11.2012, online unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61625/auslaendische-bevoelkerung-nach-laendern> (12.2.2014)

²⁷² vgl. 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, 2012, S. 34, online unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-06-27-neunter-lagebericht.pdf?__blob=publicationFile (3.1.2014).

Die Verteilung der 7,37 Millionen Ausländer (2011) in Deutschland konzentriert sich sehr unterschiedlich auf einzelne Bundesländer Deutschlands: ungefähr jeder vierte Ausländer lebt in Nordrhein-Westfalen (25,8 %), gefolgt von Baden Württemberg (17,7 %) und Bayern (16,7 %). Insgesamt leben in diesen drei Bundesländern rund 60 % aller in Deutschland ansässiger Ausländer. Im Osten Deutschlands (ohne Berlin) fällt der Anteil der ausländischen Bevölkerung geringer aus (15,7 %). Der prozentuelle Anteil der ausländischen Bevölkerung in den Städten war in Berlin (14 %), Hamburg (13,7 %) und Bremen (12,6 %) am größten. Auch in der „Städte-Verteilung“ zeigt sich, dass der Anteil in den ostdeutschen Bundesländern am niedrigsten ist (Sachsen-Anhalt: 1,9 %; Thüringen: 2,3 %).²⁷³

Auffällig ist der große Unterschied zwischen der Verteilung in den „alten“ und „neuen“ Ländern.

²⁷³ vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Die soziale Situation in Deutschland, 28.11.2012, online unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61625/auslaendische-bevoelkerung-nach-laendern> (12.2.2014)

Abb.: Ausländische Bevölkerung nach Ländern (Stand 2011)²⁷⁴

| | Gesamtbevölkerung | Ausländische Bevölkerung | Anteil an der Gesamtbevölkerung |
|-------------------------------|-------------------|--------------------------|---------------------------------|
| | Anzahl | | in Prozent |
| Berlin | 3.490.445 | 488.680 | 14,0 |
| Hamburg | 1.796.077 | 245.930 | 13,7 |
| Bremen | 660.042 | 83.430 | 12,6 |
| Baden-Württemberg | 10.783.791 | 1.303.291 | 12,1 |
| Hessen | 6.087.166 | 695.627 | 11,4 |
| Nordrhein-Westfalen | 17.844.472 | 1.900.162 | 10,7 |
| Bayern | 12.583.538 | 1.233.872 | 9,8 |
| Deutschland | 81.830.839 | 7.369.909 | 9,0 |
| Saarland | 1.014.166 | 87.420 | 8,6 |
| Rheinland-Pfalz | 4.000.461 | 314.493 | 7,9 |
| Niedersachsen | 7.920.456 | 548.344 | 6,9 |
| Schleswig-Holstein | 2.837.738 | 148.782 | 5,2 |
| Sachsen | 4.137.330 | 116.888 | 2,8 |
| Brandenburg | 2.497.828 | 68.691 | 2,8 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 1.636.303 | 40.138 | 2,5 |
| Thüringen | 2.223.610 | 50.263 | 2,3 |
| Sachsen-Anhalt | 2.317.416 | 43.898 | 1,9 |

6.4.1 Aufenthaltsdauer

Durchschnittlich halten sich Menschen mit Migrationserfahrung etwa 21,2 Jahre in Deutschland auf; die Aufenthaltsdauer ist einerseits abhängig von den geschlossenen Anwerbeverträgen, sie variiert aber auch von Herkunftsland zu Herkunftsland. Mit einer

²⁷⁴ Bundeszentrale für politische Bildung: Die soziale Situation in Deutschland, 28.11.2012, online unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61625/auslaendische-bevoelkerung-nach-laendern> (12.2.2014)

durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 30,6 Jahren sind italienische Migranten die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund, die am längsten in Deutschland ansässig ist; danach folgen Zuwanderer aus Kroatien (30,4 Jahre), Griechenland (29,0 Jahre) und der Türkei (26,1 Jahre).²⁷⁵

6.5 Fazit

Im Zuge der Diskussionen über Zuwanderungsgesetze und Einbürgerungen von Migranten ist neben dem Thema „Arbeit“ auch die „Integration“ immer wichtiger geworden; besonders wichtig ist hier der Erwerb der deutschen Sprache, denn Sprachkenntnisse erleichtern die Integration in die deutsche Aufnahmegesellschaft erheblich.

Die „Integrationsdebatte“ ist deshalb von so großer Bedeutung, weil ein erheblicher Anteil der in Deutschland ansässigen Personen einen Migrationshintergrund aufweist, was unter anderem eine Folge der Gastarbeitermigration und der Familienzusammenführungen ab den 1970er Jahren zu deuten ist. Dies wirkt sich natürlich auch auf die staatlichen Sozialleistungen und die demographische Entwicklung Deutschlands aus.

²⁷⁵ vgl. 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, 2012, S. 34 f, online unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-06-27-neunter-lagebericht.pdf?__blob=publicationFile (3.1.2014).

7 Einwanderungsland Deutschland? - Probleme und Perspektiven

Integration wird in Deutschland zu einem immer wichtigeren Begriff der Politik und Gesellschaft. Dem war aber nicht immer so: lange Zeit wollte Deutschland seine Situation als Einwanderungsland nicht anerkennen und hielt - gedanklich - am Rotationsmodell fest. Man sah keine Notwendigkeit darin, die ausländischen Arbeitskräfte, die (zunächst) nur der Arbeit wegen nach Deutschland kamen, in der Gesellschaft zu integrieren; man sah sie - wie der Name schon sagt - nur als „Gäste“ im Land an, die nach erledigter Arbeit wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden.

7.1 „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland.“

Im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickelte sich Deutschland von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungsland. Die Einwanderungsströme nach Deutschland kann man in verschiedene Phasen unterteilen: in einer ersten Phase nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges suchten Millionen von Vertriebenen den Weg nach Deutschland; durch den wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Krieg kam es durch Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zu einem regen Anstieg des Ausländeranteils in der Bevölkerung. Durch die wirtschaftliche Rezession am Ende der 1960er Jahre ging die Ausländerbeschäftigung in den 1970er Jahren zurück; durch den Ölpreisschock Anfang der 1970er Jahre wurde diese Tendenz noch verstärkt. Die zweite Phase der Ausländerpolitik ist gekennzeichnet durch den Anwerbestopp von 1973, der den staatlich organisierten Zuzug von ausländischen Arbeitskräften beenden sollte.²⁷⁶ Diejenigen, die nach dem Anwerbestopp ihren Arbeitsplatz verloren hatten, verloren gleichzeitig auch ihre Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis in Deutschland und mussten in ihre Heimatländer zurückkehren. Zudem wurde die Visumspflicht für die Einreise ins Land eingeführt.²⁷⁷

In den Jahren 1973-1979 kamen überwiegend Familienangehörige ins Land, die eine Aufenthalts- und Zuzugsgenehmigung erhielten. Diese Form von Migration war die

²⁷⁶ vgl. C. Butterwege: Von der „Gastarbeiter“-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz, Bundeszentrale für politische Bildung, 2005, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56377/migrationspolitik-in-der-brd?p=all> (20.2.2014)

²⁷⁷ vgl. S. Hans: Assimilation oder Segregation, 2010, S. 29.

einzig zugelassene Form von Migration nach Deutschland. Die Regierung versuchte erstmals, die Migrantenfamilien in der Gesellschaft zu integrieren. Durch den Nachzug von Kindern und Jugendlichen wird zum ersten Mal auch die Bildungssituation zu einem wichtigen Punkt der Ausländerpolitik; auch hier ergreift man Maßnahmen zur Förderung der Integration, wie Förder- oder Ausländerklassen. 1979 forderte der erste Ausländerbeauftragte Heinz Kühn von der SPD die „Anerkennung der faktischen Einwanderungssituation“ durch die Regierung und eine geregelte Integrationspolitik. Die Integration sollte auch durch die Gleichberechtigung der ausländischen Bevölkerung, vor allem der zweiten Generation, im Bezug auf Ausbildung, Bildung und Arbeit erfolgen; ebenso wurde ein regionales Wahlrecht für ansässige Ausländer und der Erhalt der Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder gefordert. Diese Maßnahmen sollten auch eine politische Integration fördern. In den 1980er Jahren kam es daraufhin zu heftigen Diskussionen bezüglich der Integration und Integrationswilligkeit von Migranten in Deutschland. Die damalige SPD/FDP Regierung kam den Forderungen des Ausländerbeauftragten nicht genügend nach; die Ausländerpolitik war weiterhin auf keinen dauerhaften Aufenthalt der Migranten ausgelegt; der Integration dienliche Maßnahmen überließ die Regierung den kommunalen Verwaltungen, ein einheitliches Konzept wurde nicht erstellt.²⁷⁸

Von 1981 bis 1990 kamen weiterhin vorwiegend Familienmitglieder von bereits zugewanderten Menschen nach Deutschland; hinzu verzeichnete man einen Anstieg von Asylsuchenden und Flüchtlingen. Steigende Arbeitslosenzahlen, andauernder Zuzug von Ausländern und öffentlich geführte Debatten über Ausländerpolitik endeten im Juli 1982 in einem Beschluss zur Rückkehrförderung der SPD/FDP- Bundesregierung, die die Rückkehr von Arbeitsmigranten in ihre Heimatländer und den Zuzug von Familienmitgliedern regeln sollte. Unter der nächsten Bundesregierung wurde daraus ein „Gesetz zur befristeten Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern“.²⁷⁹

²⁷⁸ vgl. C. Butterwegge: Von der „Gastarbeiter“-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz, Bundeszentrale für politische Bildung, 2005, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56377/migrationspolitik-in-der-brd?p=all> (19.2.2014)

²⁷⁹ vgl. C. Butterwegge: Von der „Gastarbeiter“-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz, Bundeszentrale für politische Bildung, 2005, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56377/migrationspolitik-in-der-brd?p=all> (19.2.2014)

Unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) wurde die Arbeit an der Ausländerpolitik forciert; zentrale Themen waren die „Aufrechterhaltung des Anwerbestopps, die Einschränkung des Familiennachzuges und die Förderung der Rückkehrbereitschaft“ in die Herkunftsländer. Daneben forderte er Integrationsmaßnahmen für Migranten in Deutschland, aber erst unter Bundesminister Wolfgang Schäuble kam es im Jahr 1990 zu einem ersten Entwurf für ein zeitgemäßes Ausländergesetz, in dem unter anderem der Familiennachzug, die Rechtsansprüche und Regelungen die Einbürgerung betreffend festgelegt wurden. Gleichzeitig wurden die Ausweisbefugnisse verschärft, wodurch die Behörden mehr Einfluss bekamen. Die Reaktionen auf dieses Gesetz waren unterschiedlich: einerseits stellte es einen Fortschritt in der Ausländerpolitik dar; andererseits war es sehr kompliziert und teilweise ambivalent; so war der 1973 verabschiedete Anwerbestopp weiterhin gültig, es gab jedoch Ausnahmeregelungen für bestimmte Arbeitskräfte. Die Bundesregierung hielt weiterhin an dem „Leitspruch“ fest, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei.²⁸⁰

Infolge des Mauerfalls und der Grenzöffnungen der ehemaligen Ostblockstaaten kam es wieder zu einer weiteren Einwanderungswelle von Aussiedlern und Flüchtlingen nach Deutschland; Asylsuchende aus Asien und Afrika sowie Kriegsflüchtlinge durch den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien folgten in den neunziger Jahren. Innerhalb Deutschlands gab es Diskussionen über die Situation der bereits seit längerem in den Bundesländern lebenden ausländischen Arbeitskräfte, ihren Kindern und deren Einbürgerung. Die Zuwanderung von Migranten und Asylwerbern wurde in der Bevölkerung als ungelöstes Problem wahrgenommen und führte zu Diskussionen und Gewalttaten gegen Migranten. Vielen Asylbewerbern wurden als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnet; man forderte eine Überarbeitung des Asylgesetzes, das im Jahr 1992 beschlossen wurde. Kennzeichnend für diese Zeit war aber immer die Ablehnung des Begriffes „Einwanderungsland“ in Bezug auf Deutschland, die Integrationspolitik wurde aber zunehmend reformiert, doch zentrale Probleme in der Integrationsdebatte wurden nicht gelöst.²⁸¹

²⁸⁰ vgl. C. Butterwegge: Von der „Gastarbeiter“-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz, Bundeszentrale für politische Bildung, 2005, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56377/migrationspolitik-in-der-brd?p=all> (19.2.2014)

²⁸¹ vgl. C. Butterwegge: Von der „Gastarbeiter“-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz, Bundeszentrale für politische Bildung, 2005, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56377/migrationspolitik-in-der-brd?p=all> (19.2.2014)

In den 1990er Jahren wurden wie bereits erwähnt das Asylrecht, das Ausländerrecht und das Staatsangehörigkeitsrecht (siehe Kapitel 6) in Deutschland reformiert; dadurch wurde erstmals die bestehende Einwanderungssituation anerkannt. Ein weiterer Schritt in Richtung einer aktiven Migrations- und Integrationspolitik war damit getan; erstmals erkannte man den prägenden Einfluss der Zuwanderung und (Nicht-)Integration auf die Gesellschaft Deutschlands hatten, öffentlich an. Die Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte und die Einführung der damit verbundenen „Green-Card“-Regelung war ein weiterer Meilenstein in der Geschichte der Ausländerpolitik: durch gesteuerte (und erleichterte) Zuwanderung sollten arbeitsmarktpolitische Probleme gelöst werden; außerdem würde durch zunehmende Zuwanderung aus dem Ausland der demographische Wandel beeinflusst werden. Im Jahr 2005 beschloss man ein neues Zuwanderungsgesetz welches 2007 noch ein weiteres Mal überarbeitet wurde.²⁸²

7.1.1 Begriffsklärung „Einwanderungsland“

Deutschland verzeichnet eine lange Geschichte von Zuwanderung - wenn dies auch lange Zeit verneint wurde und in den politischen Programmen keine Beachtung fand. Seit den 1990er Jahren fand aber ein Umdenken statt und die Rolle Deutschlands als „Einwanderungsland“ wurde durch zahlreiche Reformen bezüglich der Aufenthaltserlaubnis oder der Verleihung der Staatsbürgerschaft akzeptiert. Außerdem sollen zahlreiche Programme für Zuwanderer die Integration in der deutschen Gesellschaft erleichtern.

Der Begriff „Einwanderungsland“ ist kennzeichnend dafür, dass über einen längeren Zeitraum mehr Zuwanderungen als Abwanderungen stattgefunden haben, was in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges definitiv der Realität entspricht. Man kann ein „Einwanderungsland“ aber auch dadurch definieren, dass es zu dauerhaften Niederlassungen und infolgedessen zu Einbürgerungen von Migranten kam. Politisch gesehen zeichnet sich ein „Einwanderungsland“ auch dadurch aus, dass eine aktive Ausländerpolitik betrieben wird; dazu zählen Integrationsprogramme oder Regelungen für einen (dauerhaften) Aufenthalt im Land. Ebenso zählt die Aufnahme

²⁸² vgl. C. Butterwegge: Von der „Gastarbeiter“-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz, Bundeszentrale für politische Bildung, 2005, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56377/migrationspolitik-in-der-brd?p=all> (19.2.2014)

spezifischer Kategorien von Migranten, wie beispielsweise Aussiedler oder Flüchtlinge.²⁸³

7.2 Vom Gastarbeiter zum Einwanderer

Im Zuge der Gastarbeiterperiode (1955-1973) kamen viele Menschen aus vorwiegend ökonomischen Motiven nach Westdeutschland; aufgrund des Arbeitskräftemangels, übernahmen ausländische Arbeitskräfte eine „Ersatz-, Erweiterungs und Pufferfunktion“ im Arbeitsmarktgeschehen; ihr Aufenthalt war zeitlich begrenzt und nicht auf Dauer ausgelegt.²⁸⁴ Aus diesem Grund wurde die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte in der Gesellschaft auch akzeptiert, denn sie fungierten nur als „Konjunkturpuffer“; es bedarf also keiner Integration.²⁸⁵

Nach dem Anwerbestopp änderte sich aber die Situation für die Gastarbeiter (siehe Kapitel 5). Viele Arbeitsmigranten entschieden sich, teilweise trotz Arbeitslosigkeit, für einen dauerhaften Aufenthalt in der Bundesrepublik, was wie bereits erwähnt zu zahlreichen Familienzusammenführungen führte. Das Rotatsmodell war also gescheitert.

Aus Personen, die eigentlich nur auf Zeit, als Gäste, in ein für sie fremdes Land gekommen waren, sind „Dauergäste“, und somit Personen in einer „echten Einwanderungssituation“ geworden.²⁸⁶ Trotzdem streut sich die Bundesrepublik gegen den Begriff „Einwanderungsland“. Sicher ist jedoch, dass sich ein Teil der ehemaligen „Gastarbeiterbevölkerung“ in einer paradoxen Lage befindet: viele haben ihren Lebensmittelpunkt schon seit Jahrzehnten in die Bundesrepublik verlegt, haben Kinder

²⁸³ vgl. J. Oltmer: Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 225-226.

²⁸⁴ vgl. K.J. Bade: Einheimische Ausländer, in: K.J. Bade: Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland, 1992, S. 393-395.

²⁸⁵ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 63.

²⁸⁶ vgl. K.J. Bade: Einheimische Ausländer, in: K.J. Bade: Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland, 1992, S. 398.

und Enkelkinder bekommen; sie gelten dennoch als Ausländer oder als „Einheimische mit fremden Pass“.²⁸⁷

7.3 Ökonomische Aspekte: Gegenwart und Zukunft am Arbeitsmarkt

7.3.1 Bildungssituation

Aufgrund der fehlenden Integration ist es vor allem für die erste Generation von Zuwanderern schwer, in der Aufnahmegesellschaft Fuß zu fassen; der Mangel an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen erschwert dies noch zusätzlich. Auch ihre Nachkommen haben mit Problemen zu kämpfen: das selektive deutsche Bildungssystem bietet kaum Chancen auf einen sozialen Aufstieg.²⁸⁸

Mitte der 1990er Jahre hatte fast ein Viertel der ausländischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter keinen Schulabschluss; lediglich 10 % der Erwachsenen konnten einen in Deutschland erworbenen Bildungsabschluss vorweisen. Generell ist die schulische Ausbildung der zweiten Generation höher als jene ihrer Eltern wenn sie eine deutsche Schule besuchen; doch im Vergleich zu gleichaltrigen Kindern mit deutscher Staatsangehörigkeit schneiden Jugendliche aus Migrantenfamilien dennoch schlechter ab.²⁸⁹ Auch Pisa-Ergebnisse bestätigen diese Tendenz. Auch wenn die Zahl an Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die über das Abitur verfügen, zunimmt, so ist die Zahl der deutschen Jugendlichen immer noch fast drei mal so hoch. Ähnlich verhält es sich auch bei der Zahl der Studierenden an den Universitäten; dies ist vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, dass Studenten mit Migrationshintergrund meist aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien stammen und somit finanziell mit einer geringerer Unterstützung rechnen können.²⁹⁰

²⁸⁷ vgl. K.J. Bade: Einheimische Ausländer, in: K.J. Bade: Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland, 1992, S. 398.

²⁸⁸ vgl. I. Hoßmann, M. Karsch: Deutschlands Integrationspolitik, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Juni 2011, online unter <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungspolitik/deutschland/deutschlands-integrationspolitik.html?type=98> (12.2.2014)

²⁸⁹ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 66-68.

²⁹⁰ vgl. I. Hoßmann, M. Karsch: Deutschlands Integrationspolitik, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Juni 2011, online unter <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungspolitik/deutschland/deutschlands-integrationspolitik.html?type=98> (12.2.2014)

Als einflussreichsten Faktor bezüglich des Ausbildungsgrades ausländischer Jugendlicher könnte man deshalb die soziale Stellung der Eltern nennen. Die meisten Arbeitsmigranten kommen häufig aus den unteren sozialen Schichten ihrer Heimatländer und haben auch in Deutschland kaum Möglichkeit auf sozialen Aufstieg. Dies hat wiederum Einfluss auf den Werdegang ihrer Kinder. Hinzu können Sprachprobleme kommen; verstärkt werden diese dadurch, dass auch die Eltern die Sprache der Aufnahmegesellschaft nicht oder nicht ausreichend lernen und so ihre Kinder beim Lernen nicht unterstützen können.²⁹¹ Laut OECD ist in Deutschland die Wahrscheinlichkeit, dass es ein Kind aus einem schwachen sozialen Umfeld schafft, durch Bildung einen sozialen Aufstieg zu erreichen, sehr gering.²⁹²

Auch bezüglich der beruflichen Ausbildung bestätigt sich dieser Trend: jeder dritte Zuwanderer zwischen 25 und 34 Jahren verfügt über keinen Berufschulabschluss. Das niedrige Ausbildungsniveau der Migranten führt dazu, dass diese häufig nur (befristete) Jobs bekommen, die eine geringe Qualifikation erfordern. Personen mit Migrationshintergrund werden auch der öffentlichen Verwaltung Deutschlands „vernachlässigt“: es gibt etwa nur 3 %, die als Lehrer in öffentlichen Schulen, Polizisten oder in Behörden tätig sind. Die schlechten Aufstiegsmöglichkeiten und die mangelnde Ausbildung von Personen mit Migrationshintergrund führt dazu, dass sich diese Menschen häufig in Netzwerke der eigenen Migrantengruppe zurückziehen. Die Abgrenzung von der Aufnahmegesellschaft verhindert die Möglichkeit, am sozialen, kulturellen und ökonomischen Leben teilzuhaben.²⁹³

7.3.2 Berufliche Situation

Die Integration ausländischer Bevölkerung wird auch durch die aktive Teilhabe am Berufsleben gefördert. So gilt man also „ökonomisch integriert“, wenn man im Laufe seines Berufslebens Steuern und Abgaben in das staatliche System einzahlt bis man im

²⁹¹ vgl. R. Münz; W. Seifert; R. Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland, 1997, S. 69.

²⁹² vgl. Sustainable Governance Indicators 2011: Soziale Gerechtigkeit in der OECD - Wo steht Deutschland?, 2010, S.18, online unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33013_33014_2.pdf (12.2.2014)

²⁹³ vgl. I. Hoßmann, M. Karsch: Deutschlands Integrationspolitik, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Juni 2011, online unter <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungspolitik/deutschland/deutschlands-integrationspolitik.html?type=98> (12.2.2014)

Rentenalter zum Empfänger staatlicher Leistungen wird. Dem stehen die staatlichen Leistungen gegenüber, die ein Bürger bis zum 20. Lebensjahr empfängt. Darunter fallen die Kosten für Kindergeld, Schule, Ausbildung oder Studium. Vergleicht man die Kosten, für die der Staat aufkommen muss, mit den Abgaben, die jeder ausländischer Arbeitnehmer leisten muss, so kommt man zu dem Ergebnis, dass durchschnittlich gesehen ein Zuwanderer mehr finanzielle Leistungen vom Staat empfängt, als er selbst für ein funktionierendes Gemeinwesen einzahlt. Nur die Gastarbeitergeneration, die gezielt vom deutschen Arbeitsmarkt angeworben wurde, kann eine positive fiskale Bilanz aufweisen. Ungesteuerte Zuwanderung wiederum wirkt sich negativ auf den Staatshaushalt aus und ist somit eine Belastung für die Gesellschaft, auch wenn sich die Zuwanderung generell positiv bzw. „verjüngend“ auf die Altersstruktur in Deutschland auswirkt und die Fertilität dadurch erhöht wird.²⁹⁴

7.3.2.1 Erwerbslosigkeit und Arbeitslosigkeit von Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund

Zuwanderung hat viele Vorteile oder positive Auswirkungen auf eine Gesellschaft und ein Land - vorausgesetzt die Integration der Migranten funktioniert, was wiederum durch den Staat ausreichend gefördert werden sollte. Hinzu kommt auch, dass Migranten in den heimischen Arbeitsmarkt in Deutschland integriert werden sollten. Tatsache ist aber, dass Ausländer über eine in etwa doppelt so hohe Arbeitslosenquote verfügen wie Deutsche und demnach auch häufiger staatliche Sozialhilfe in Anspruch nehmen.²⁹⁵

7.3.2.1.1 Erwerbslosigkeit

Das Statistische Bundesamt erhob stichprobenartig Daten zur Erwerbslosigkeit in der deutschen Bevölkerung. Eine Person gilt als erwerbslos, wenn sie „mindestens 15 Jahre

²⁹⁴ vgl. S. Kröhnert: Zuwanderung, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2005, online unter http://www.berlin-institut.org/publikationen/artikel-vortraege-poster/zuwanderung.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=103&tx_ttnews%5Btt_news%5D=42&cHash=b2d4a7d7e6fccf7dbe742d06bdfc60cf (13.2.2014)

²⁹⁵ vgl. S. Kröhnert: Zuwanderung, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2005, online unter http://www.berlin-institut.org/publikationen/artikel-vortraege-poster/zuwanderung.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=103&tx_ttnews%5Btt_news%5D=42&cHash=b2d4a7d7e6fccf7dbe742d06bdfc60cf (13.2.2014)

alt ist, keine Beschäftigung ausübt und eine Beschäftigung von mindestens einer Stunde pro Woche sucht.“²⁹⁶

Laut Mikrozensus 2010, der nach Migrationsstatus der erfassten Personen unterscheidet, verfügten von den etwa 2,95 Millionen Erwerbslosen rund 30 % über einen Migrationshintergrund; davon hatten etwa 60 % eine ausländische Staatsangehörigkeit. Doch generell ist die Erwerbslosigkeit von Personen mit Migrationshintergrund gesunken: waren im Jahr 2005 noch 18,1 % arbeitslos, so ist der Anteil bis zum Jahr 2010 auf 11,8 % gefallen. Im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund (etwa 6,1 % gelten als erwerbslos) ist die Quote jedoch immer noch fast doppelt so hoch. Auffällig ist, dass 2010 mehr als die Hälfte der erwerbslosen Personen mit Migrationshintergrund über keinen berufsqualifizierenden Abschluss verfügten; bei Personen ohne Migrationshintergrund traf das nur auf etwa 26,1 % zu.²⁹⁷

7.3.2.1.2 Arbeitslosigkeit

Als arbeitslos gilt eine Person, wenn sie „zwischen 15 und 65 Jahre alt ist, weniger als 15 Stunden pro Woche arbeitet, Arbeit sucht, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und bei einer Agentur für Arbeit oder einem Träger der Grundsicherung arbeitslos gemeldet ist.“²⁹⁸

Im Jahr 2005 gab es mit durchschnittlich 673.000 arbeitslosen Ausländern den bisherigen Höchststand in Deutschland. Seitdem ist die durchschnittliche Zahl, ausgenommen von einem Anstieg im Jahr 2009 auf 522.000, bis zum Jahr 2011 auf

²⁹⁶ 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, 2012, S. 265, online unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-06-27-neunter-lagebericht.pdf?__blob=publicationFile (3.1.2014).

²⁹⁷ vgl. 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, 2012, S. 266, online unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-06-27-neunter-lagebericht.pdf?__blob=publicationFile (3.1.2014).

²⁹⁸ 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, 2012, S. 267, online unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-06-27-neunter-lagebericht.pdf?__blob=publicationFile (3.1.2014).

470.221 gesunken. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote von Ausländern betrug im Jahr 2011 16,9 % (die der Deutschen dagegen 7,2 %).²⁹⁹

Ein Grund für die höhere Arbeitslosigkeit von Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Deutschen ist die Tatsache, dass drei von vier ausländischen Arbeitslosen über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten. Dabei ist auffällig, dass der Ausbildungsgrad von Nation zu Nation sehr unterschiedlich ist. Zusätzlich zur tendenziell schlechteren beruflichen Ausbildung der Ausländer kommt noch ein im Vergleich niedrigere Bildungsstand, mangelnde Sprachkompetenzen oder die bevorzugten Berufsbereiche.³⁰⁰

Außerdem ist die Erwerbstätigkeit von Männer mit Migrationshintergrund wesentlich höher als der der Frauen.³⁰¹

7.3.2.2 Deutschlands Suche nach qualifizierten Fachkräften

Die demographischen Veränderungen Deutschlands und der zunehmende Rückgang der Erwerbsbevölkerung führen dazu, dass immer mehr hoch qualifizierte Zuwanderer benötigt werden. Nicht nur Deutschland ist mit dem Problem demographischer Alterung oder dem einer „schrumpfenden“ Gesellschaft konfrontiert; viele Länder sind auf qualifizierte, arbeitswillige Migranten angewiesen. Im internationalen Vergleich weist Deutschland ein sehr strenges Einwanderungs- und Niederlassungsrecht auf, wohingegen andere Länder Zuwanderern und ihren Familien attraktivere Bedingungen bieten können.³⁰²

²⁹⁹ vgl. Bundesagentur für Arbeit: Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer. Jänner 2012, S. 27, online unter <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Analytikreports/Zentrale-Analytikreports/Monatliche-Analytikreports/Generische-Publikationen/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender-201201.pdf> (4.2.2014)

³⁰⁰ vgl. Statistisches Bundesamt: Strukturdaten und Integrationsindikatoren über die ausländische Bevölkerung in Deutschland 2003, 2005, S. 28 ff, online unter http://www.bteu.de/download/2003_STRUKTURDATEN_UND_INTEGRATIONSINDIKATOREN.pdf (13.2.2014)

³⁰¹ vgl. H.D. von Loeffelholz: Arbeitsmarkt, Fachkräftemangel und Anerkennungsgesetz, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 99.

³⁰² vgl. S. Kröhnert: Zuwanderung, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2005, online unter http://www.berlin-institut.org/publikationen/artikel-vortraege-poster/zuwanderung.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=103&tx_ttnews%5Btt_news%5D=42&cHash=b2d4a7d7e6fccf7dbe742d06bdfc60cf (13.2.2014)

Deutschland laboriert immer noch an den Folgen des „Anwerbestopps“ Anfang der 1970er Jahre, der auf dem Papier bis heute gilt. Das Fehlen von qualifizierten Arbeitskräften in verschiedenen Branchen führte im Jahr 1991 zur so genannten „Anwerbestoppausnahmeordnung“, die es Arbeitgebern erlaubt, qualifizierte Ausländer zu beschäftigen, sofern kein einheimischer, gleichermaßen qualifizierter Arbeitnehmer zur Verfügung steht. Nur dann wird eine Arbeitserlaubnis erteilt. Aber auch diese Verordnung führte zu keiner Verbesserung der Situation. Auch die Green-Card-Regelung, die im Jahr 2000 eingeführt wurde um ausländische Experten der IT-Branche nach Deutschland zu holen, war einerseits sehr umstritten und führte nicht zum gewünschten Ergebnis, was wiederum darauf schließen lässt, dass Deutschland für hochqualifizierte Fachkräfte nicht sehr anziehend erscheint.³⁰³

Auch im Bereich der Pflegewissenschaften ist ein Mangel an Arbeitskräften in Deutschland zu verzeichnen, auch in Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung (mit Migrationshintergrund). Es ist daher notwendig, interessierten Zuwanderern eine dauerhafte Einwanderung nach Deutschland schmackhaft zu machen.

Im April 2012 verabschiedet die Regierung das Anerkennungsgesetz, mit dem ein „Verfahren zur Bewertung ausländischer Berufsqualifikationen im Zuständigkeitsbereich des Bundes weiter geöffnet, vereinfacht und verbessert (wird)“. Denn viele Akademiker oder Personen mit Berufsabschluss aus dem Ausland müssen Arbeiten unterhalb ihrer Qualifikationen verrichten; so ist es das Ziel dieses Anerkennungsgesetzes, Zuwanderern den Einstieg in einen adäquaten Beruf zu erleichtern und somit den Zuzug nach Deutschland schmackhafter zu machen. Die im Ausland erworbenen Qualifikationen werden mit jenen im Inland verglichen um so den Anforderungen gerecht werden zu können.³⁰⁴

³⁰³ vgl. H. Kolb: Die deutsche „Green Card“, Focus Migration, 2005, online unter http://focus-migration.hwwi.de/typo3_upload/groups/3/focus_Migration_Publikationen/Kurzdossiers/KD03_Green_Card.pdf (13.2.2014)

³⁰⁴ vgl. H.D. von Loeffelholz: Arbeitsmarkt, Fachkräftemangel und Anerkennungsgesetz, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 101.

7.3.2.3 Berufliche Stellung ausländischer Arbeitnehmer: Wirtschaftsbereiche

Untersucht man die Verteilung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten auf die verschiedenen Wirtschaftszweige, so zeigt es, dass ausländische Beschäftigte im Vergleich zu deutschen Beschäftigten häufiger im Gastgewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind. Im Vergleich zu den Tätigkeitsbereichen der „Gastarbeiter“ der 1950er bis 1970er Jahre ist eine klare Verschiebung hin zum Dienstleistungssektor und weg vom Baugewerbe und der verarbeitenden Industrie erkennbar. Spätere Generationen von Zuwanderern sind vermehrt im Angestelltenverhältnis tätig, besonders jüngere Frauen. Erwerbstätige mit Migrationshintergrund sind häufiger in schlechter entlohnenden oder wenig prestigeträchtigen Tätigkeiten zu finden als deutsche Beschäftigte. 2010 gibt es insgesamt etwa 680.000 Selbstständige mit Migrationshintergrund in Deutschland; davon haben ca. 335.000 keine deutsche Staatsbürgerschaft.³⁰⁵

7.4 Soziale Aspekte: Integration im Einwanderungsland?

Deutschland wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu einem der wichtigsten Einwanderungsländern in Europa. In den 1950er und 1960er Jahren war vor allem die Zuwanderung in Form von Arbeitsmigration von Bedeutung, die in den 1970er Jahren zu einer zahlreichen Zuwanderung von Familienmitgliedern führte. In den 90er Jahren sind es Wanderungsgruppen wie Asylsuchende, Flüchtlinge oder (Spät-)Aussiedler, die Zuflucht in Deutschland suchten.³⁰⁶

Die Gesellschaft Deutschlands wurde also von zahlreichen Einwanderungsströmen aus den verschiedensten Ländern und somit mit verschiedenen Kulturen und Traditionen konfrontiert. Wie aber geht der Staat mit dieser Vielfalt um? Immerhin verfügt beinahe jeder fünfte Einwohner in Deutschland über einen Migrationshintergrund. Dennoch wehrten sich die Bundesregierungen gegen die Bezeichnung „Einwanderungsland“, da

³⁰⁵vgl. H.D. von Loeffelholz: Arbeitsmarkt, Fachkräftemangel und Anerkennungsgesetz, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 99-100.

³⁰⁶ vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Zu- und Abwanderung von Ausländern, online unter <http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/Wanderungen/Abbildungen/aussenwanderung.html?nn=3072754> (17.2.2014)

man lange Zeit davon aus ging, dass die Menschen, die als Arbeitsmigranten in die Bundesrepublik gekommen waren, irgendwann wieder in ihr Heimatland zurückkehren würden. Doch durch das Scheitern des Rotationsmodells und zahlreichen Familienzusammenführungen bauten sich die ursprünglich nur vorübergehend angeworbenen Arbeitskräfte eine Existenz in Deutschland auf. Die Politik ergriff erst spät Maßnahmen, die die Integration der eingewanderten Familien in die deutsche Gesellschaft förderten.³⁰⁷

7.4.1 Integration

In den Staaten der westlichen Welt hat jeder Mensch das Recht, sein Leben individuell zu gestalten, dies ist in der Verfassung fest verankert. Das bedeutet, dass „die Republik keine für alle Bürger verbindliche kollektive Religion oder Kultur haben und sich auf sie berufen kann. Jeder Versuch, einem Deutschen oder Amerikaner eine bestimmte Religion, Konfession oder Kultur als nationale Pflicht oder Eigenschaft vorzuschreiben, wäre ein Anschlag auf den Geist und die Bestimmungen ihrer Verfassungen“.³⁰⁸ Die Verfassungen westlicher Länder geben jedoch die Gesetze vor, an die sich jeder Bürger zu halten hat, sie lassen jedoch „multi-kulturelle-Pluralität“ zu.³⁰⁹

7.4.1.1 Integration in klassischen Einwanderungsländern

Die klassischen Einwanderungsländer wie die Vereinigten Staaten, Kanada oder Australien begegnen ethnisch-kulturellen Differenzen mit dezidiert offener Haltung der persönlichen Entfaltung gegenüber. Die „ethnische Pluralität“ wird als „integraler Bestandteil (der) nationalen Einheit“ gesehen; diese Denkweise ermöglicht es Einwanderern, sich sowohl als Amerikaner definieren zu können, ohne jedoch ihre Herkunft verleugnen zu müssen. Es entstanden Begriffe wie Irish-American oder

³⁰⁷ vgl. I. Hoßmann, M. Karsch: Deutschlands Integrationspolitik, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Juni 2011, online unter <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungspolitik/deutschland/deutschlands-integrationspolitik.html?type=98> (12.2.2014)

³⁰⁸ vgl. D. Oberndörfer: Integration oder Abschottung?, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, Jg. 18, Nr. 1, 1998, S. 4.

³⁰⁹ vgl. B. Santel: Integration, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2003, online unter http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/integration.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=140&tx_ttnews%5Btt_news%5D=37&cHash=67fe4f6af05bbf39bd769b565401b2d8 (17.2.2014)

Chinese-American, bei denen der Fokus auch auf ihrer Herkunft liegt, denn eine Nation definiert sich nicht ethnisch, sondern politisch. In diesen Ländern gelten Einwanderer nicht als Ausländer, sondern als zukünftige Bürger - sie sind „aktive Einbürgerungsländer“, in denen es für alle möglich ist, nach wenigen Jahren die Staatsangehörigkeit zu erwerben; auch die Kinder von Einwanderern bekommen automatisch die Staatsbürgerschaft, wenn sie im Land geboren worden sind, unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Eltern.³¹⁰

7.4.1.2 Integration in europäischen Ländern

Die europäischen Länder wurden sich erst im Zuge kolonialer Zuwanderung (Großbritannien, Belgien, Niederlande) oder Anwerbung von Arbeitskräften ihrer Rolle als Einwanderungsland bewusst. Dabei wurde auf die Integration von Personen anderer Herkunft kein Wert gelegt, da sie zwar als Arbeitskräfte im Land erwünscht waren, jedoch nach Ablauf ihrer Verträge wieder in ihre Heimatländer zurückkehren sollten. Ausländische Arbeitskräfte sollten „Gäste“ im Land bleiben, ein dauerhafter Aufenthalt war nicht vorgesehen. Diese Einstellung Einwanderern gegenüber zeigt sich ganz deutlich in der Tatsache, dass zwar in den 1950er Jahren ausländische Arbeitskräfte angeworben, aber erst in den 1960er Jahren gesetzliche Rahmenbedingungen für ihren Aufenthalt festgesetzt wurden. Auch im Bezug auf die Einbürgerung von Einwanderern oder der Vergabe von Staatsbürgerschaften tendieren die europäischen Länder dazu, ethnische und kulturelle Vielfalt als „Nachteil“ für die Nation anzusehen.³¹¹

7.4.1.3 Integration in Deutschland

Durch die Anerkennung als Einwanderungsland gab es in Deutschland zahlreiche Maßnahmen der Politik, die Integration im Land zu fördern. Landesministerien haben eigene Fachabteilungen eingerichtet; im Jahr 2006 gab es den ersten

³¹⁰ vgl. B. Santel: Integration, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2003, online unter http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/integration.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=140&tx_ttnews%5Btt_news%5D=37&cHash=67fe4f6af05bbf39bd769b565401b2d8 (17.2.2014)

³¹¹ vgl. B. Santel: Integration, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2003, online unter http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/integration.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=140&tx_ttnews%5Btt_news%5D=37&cHash=67fe4f6af05bbf39bd769b565401b2d8

„Integrationsgipfel“ im Bundeskanzleramt, an dem neben den vertretenen Parteien, Gewerkschafts- und Religionsvertreter auch Mitglieder von Migrantenorganisationen teilnahmen. Ziel war es, einen „Nationalen Integrationsplan“ zu entwerfen, der die Integration in Deutschland nachhaltig beeinflussen und verbessern soll. Darin verpflichteten sich der Bund, die Länder, Kommunen und Verbände dazu, Integrationsmaßnahmen zu ergreifen.³¹² Auch mit der 2006 stattgefundenen Islamkonferenz positionierte sich Deutschland eindeutig als Einwanderungsland und signalisierte Offenheit und Akzeptanz gegenüber anderen Kulturen, Religionen und ihren 16 Millionen Migranten.³¹³

Augenmerk der zahlreichen Programme liegt eindeutig auf dem Erlernen der deutschen Sprache; dadurch sollen die Migranten besser in die deutsche Gesellschaft integriert werden und auch am deutschen Bildungssystem teilhaben können. Die (Aus-)Bildung von Migranten oder Kindern von Migranten soll verbessert werden, um ihnen eine gute Ausgangsbasis für ihre spätere Berufslaufbahn bieten zu können. Eine höhere Bildung und eine bessere Sprachausbildung sind die beiden Kernthemen der Integrationspolitik. Die Förderung soll schon von Kindesbeinen an geschehen, ist aber auch an ältere Migranten gerichtet. Ziel all dieser Initiativen ist es, den Menschen mit Migrationshintergrund die gleichen Chancen in Deutschland bieten zu können wie deutschen Bürgern; durch die Integration soll auch gesellschaftliche Akzeptanz geschaffen und somit eine Spaltung der Gesellschaft verhindert werden.³¹⁴

7.5 Soziale Spannungen: Integration oder Segregation?

Wie bereits erwähnt, ist der Anteil arbeitsloser Ausländer im Vergleich zu deutschen Arbeitnehmern höher, was auch damit zusammenhängt, dass sie tendenziell eine weniger gute schulische oder berufliche Ausbildung vorweisen können, hinzu kommen sprachliche Defizite.

³¹² vgl. K. Weiss, B. Alan: Integrationsgesetze in den Bundesländern, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 125.

³¹³ vgl. I. Hoßmann, M. Karsch: Deutschlands Integrationspolitik, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Juni 2011, online unter <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungspolitik/deutschland/deutschlands-integrationspolitik.html?type=98> (20.2.2014)

³¹⁴ vgl. I. Hoßmann, M. Karsch: Deutschlands Integrationspolitik, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Juni 2011, online unter <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungspolitik/deutschland/deutschlands-integrationspolitik.html?type=98> (21.2.2014)

Ausländische Arbeitskräfte waren ursprünglich zum Ausgleich der Angebot-Nachfrage-Spannung auf dem Arbeitsmarkt und zur Steigerung des Sozialprodukts nach Deutschland gekommen. Die hohen Arbeitslosenzahlen der ausländischen Arbeitnehmer verursachen aber heute enorme Kosten; die Kosten für Schulausbildung oder Sozialhilfe übersteigen die Kosten, die durch Abgaben in das staatliche System fließen. Diese Entwicklung führt zu wenig Toleranz in der deutschen Gesellschaft und „Fremdenhass“ ausländischen Arbeitnehmern (oder generell Zuwanderern) gegenüber. Es kam auch zu einem „Stimmungsumschwung“ bezüglich der Vergabe von Arbeitsplätzen: deutsche Arbeitskräfte fürchten um ihre Arbeitsplätze und sehen die ausländischen Arbeitnehmer als Konkurrenz an. Diese aufkommende „Ausländerfeindlichkeit“ richtet sich gegen alle Bevölkerungsgruppen. Trotz vieler Bemühungen, die Integration von Personen mit Migrationshintergrund zu stärken, kommt es sehr oft zu einer „sozialen Segregation“³¹⁵, was die Spannungen in der Gesellschaft weiter verstärkt. Die Verlagerung der Wohnschwerpunkte von Ausländern in städtische Siedlungsgebiete führt zu einer Überlastung der sozialen Infrastruktur; der Zuzug von Familienangehörigen und der gleichzeitige Wegzug der deutschen Bevölkerung verstärkt die „Ausländerkonzentration“ noch weiter.³¹⁶

Auch im Bereich des Altersaufbaus der ausländischen Bevölkerung kam es zu Veränderungen: der Anteil ausländischer Schüler in Deutschlands Schulen ist seit den 1970er Jahren drastisch gestiegen. Dabei ist zu beobachten, dass es auch hier zu einem erhöhten Ausländeranteil in wirtschaftlichen Verdichtungsräumen kommt; dies führt zu Schulklassen mit besonders hohem Ausländeranteil. Diese Entwicklung hat nicht nur mit einem Zuwachs an Geburten oder einem vermehrten Zuzug in diese Gebiete zu tun, sondern auch mit der Tatsache, dass viele deutsche Eltern mit ihren Kindern von diesen Gebieten wegziehen oder ihre Kinder an Privatschulen mit geringerer Konzentration ausländischer Schüler anmelden. Durch all diese Faktoren wird die Segregation auch im schulischen Bereich verstärkt; Klassen mit bis zu 70 % Ausländeranteil sind in deutschen Hauptschulen keine Seltenheit mehr. Die Tatsache,

³¹⁵ Soziale Segregation: unter Segregation versteht man die „räumliche Abbildung sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft“. Bewohner unterschiedlicher sozialer Gruppen verteilen sich auf unterschiedlichen Wohnstandorte; dabei besteht ein Zusammenhang zwischen der Qualität der Unterkunft und dem sozialen Status der Gruppe. (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik: Difu-Berichte - Segregation, 1/2006, online unter <http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-12006/segregation.html>, 24.2.2014)

³¹⁶ vgl. K.J. Bade: Sozialhistorische Migrationsforschung, 2004, S. 397-399.

dass Deutsch bei vielen Schülern nicht mehr die Muttersprache darstellt, führt zu Problemen sowohl seitens der Lehrerschaft, als auch bei ausländischen Schülern, da diese den Anforderungen in den Schulen ob des sprachlichen Defizits nicht gerecht werden. Die Regierung hat darauf mit zahlreichen Sprachförderungsprogrammen reagiert, um den Jugendlichen eine gute Ausbildung und somit einen erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben ermöglichen zu können.³¹⁷

7.6 Fazit

Die Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte hatten erheblichen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Doch erst nach und nach reagierte die Politik auf diese besondere Einwanderungssituation mit zahlreichen Maßnahmen zur Integration von Ausländern oder Personen mit Migrationshintergrund.

Durch die zunehmende Verschiebung der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung hin zu einer „alternden Gesellschaft“, sieht Deutschland in der Zuwanderung aus dem Ausland sogar eine Chance, dem demographischen Wandel durch die gezielte Anwerbung ausländischer, qualifizierter Arbeitskräfte entgegenwirken zu können.

Tatsache ist jedoch, dass ausländische Personen oder Menschen mit Migrationshintergrund gesellschaftlich immer noch nicht gleichgestellt sind: sei es durch fehlende ökonomische Integration in Folge von einer prozentuell gesehen höheren Arbeitslosigkeit, die auch eine Folge von einer tendenziell schlechteren Aus- oder Schulbildung ist, oder durch mangelnde Sprachkenntnisse.

³¹⁷ vgl. K.J. Bade: Sozialhistorische Migrationsforschung, 2004, S. 400 f.

8 Alter(n) im Einwanderungsland

Die Gesellschaft Deutschlands wird seit Jahrzehnten von Migrationsbewegungen geprägt, was natürlich nicht ohne Folgen für die demographische Entwicklung bleibt - auch wenn sich Deutschland seiner Rolle als Einwanderungsland und der Bedeutung seiner Einwanderer nicht immer bewusst war.

Deutschlands Bevölkerung wird immer älter - und weniger. Diese Entwicklung kann allein durch Zuwanderung nicht aufgehalten oder rückgängig gemacht werden. Dennoch ist Deutschland - besonders der Arbeitsmarkt und das Sozialsystem - in Zukunft auf die Einwanderung von Migranten angewiesen.

Migranten wurden in Deutschland lange Zeit nicht als Mitglieder der Gesellschaft anerkannt, da man sie nur als vorübergehende Gäste im Land angesehen hatte; Migrationspolitik wurde nicht intensiv betrieben. Doch diese Sichtweise hat sich geändert. Im Jahr 2005 wurde im Zuge des Mikrozensus³¹⁸ erstmals neben der Staatsbürgerschaft die familiäre Migrationserfahrung erfasst. Das Ergebnis: im Jahr 2005 lebten rund 7 Millionen Ausländer in Deutschland - doch mehr als doppelt so viele (rund 15 Millionen Menschen) verfügten damals über einen Migrationshintergrund; - prozentuell gesehen etwa 20 % - und damit ein Fünftel - der Gesamtbevölkerung. Durch den wachsenden Anteil der ausländischen Bevölkerung bekommen Anerkennung und Integration in Deutschland mehr Bedeutung - auch in Bezug auf den Arbeitsmarkt und der Schaffung einer Chancengleichheit für Menschen mit Migrationshintergrund.³¹⁹

8.1 Migration und Demographie in Deutschland

Demographische Veränderungen und länderübergreifende Migrationsströme werden in politischer und wissenschaftlicher Hinsicht thematisiert, analysiert und miteinander verglichen. Wie bereits erwähnt, ist es die Gesamtheit an Faktoren, die einen Menschen zu einer Wanderung bewegen: die Situation am Arbeitsmarkt, das Rechtssystem, die

³¹⁸ Mikrozensus: statistische (stichprobenartige) Erhebung, deren Schwerpunkt auf der Untersuchung von bestimmten Kriterien liegt;

³¹⁹ vgl. F. Woellert, R. Klingholz, M. Karsch: Migration und demographischer Wandel. in: Handbuch Migration und Familie, 2009, online unter http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/2009_Handbuch_Familie_Woellert-Klingholz-Karsch.pdf (24.2.2014)

soziale Sicherheit sowie die Infrastruktur im Bildungs- und Gesundheitswesen spielen dabei in den Herkunfts- und Zielländern eine besonders große Rolle. All diese Bedingungen beeinflussen wiederum die Fertilität, den Gesundheitszustand und die Lebenserwartung der ansässigen Bevölkerung. In diesem Hinblick versuchen viele Industrieländer ihre Migrationspolitik so zu gestalten, dass die Zuwanderung den demographischen Anforderungen gerecht wird. In diesem Zusammenhang fällt oft der Begriff „Managing Migration“: Ziel ist es nicht nur, möglichst qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland ins Land zu holen, auch die Förderung von Jungen Einwanderern soll sich positiv auf die Wirtschaft - und gleichzeitig auch auf die demographische Situation - auswirken. Die OECD untersucht regelmäßig welchen Einfluss Migrationsbewegungen auf die Entwicklung von Industrieländern haben. Ein Bericht der Global Commission on International Migration (GCIM) aus dem Jahr 2005 verweist auf etwa 190 Millionen Menschen, die sich länger als ein Jahr außerhalb ihrer Heimatländer befinden; derzeit dürfte sich die Zahl auf etwa 200 Millionen Menschen belaufen. Die Migrationsströme werden aber von den Zielländern durch die nationale Migrationspolitik verstärkt gelenkt und kontrolliert: die Zuwanderung wird je nach ökonomischen und demographischen Bedürfnissen begrenzt.³²⁰

Die demographische Entwicklung Deutschlands wurde bereits in den 1970er Jahren erkannt und diskutiert; sie ist also nicht erst ein Phänomen der letzten Jahrzehnte, trat aber im Zuge der Deutschen Wiedervereinigung und Debatten über Aussiedler- und Asylzuwanderungen in den Hintergrund des Interesses. Berichte zwischen den Jahren 1992 und 2002 weisen aber auf eine zunehmende Alterung und Abnahme der deutschen Bevölkerung hin. Erst im vergangenen Jahrzehnt erfolgte eine politische Reaktion auf diese bereits länger andauernde Entwicklung: die Anzahl der Jahre, in denen eine Person erwerbstätig ist, sollen verlängert werden. Zum einen basiert diese Entscheidung darauf, dass die Lebenserwartung gestiegen ist, zum anderen resultiert sie auch aus der niedrigen Geburtenrate. Sollte dieser Entwicklung nicht entgegengesteuert werden und sollten Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und die Nettozahlen der Einwanderungen nach Deutschland gleich bleiben, wird die deutsche Bevölkerung bis ins Jahr 2060 spürbar zurückgehen und zwischen 62 und 77 Millionen Menschen liegen. Dieser

³²⁰ vgl. H. Dietrich Von Loeffelholz: Migration und Demographie, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 131.

„Trend“ wird außerdem erhebliche Auswirkungen auf die Altersstruktur - und damit dramatische Folgen für das Sozialsystem - haben: während heute 33 Personen im Alter von 65 oder mehr Jahren von 100 Personen „versorgt“ werden, die erwerbstätig sind und sich im Alter zwischen 20 und 65 Jahren befinden, so verdoppelt sich die Zahl bis 2060 auf 66 Personen (Dependency Ratio). Genau deshalb nimmt die Zuwanderung nach Deutschland einen so wichtigen Stellenwert in der Bevölkerungsentwicklung ein. Durch zahlreiche Migrationsströme wuchs der Ausländeranteil von 506.000 Menschen im Jahr 1951 auf etwa 7,4 Millionen (2011); außerdem leben etwa 8,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund im Land, die Tendenz ist steigend. Die Bevölkerung wird also einerseits immer älter - aber auch immer „bunter“, auch wenn die Migration vergleichsweise niedrig bleiben wird. Das Zusammenspiel von geringer (Netto-)Zuwanderung und der sich im Abnehmen befindlicher Zahl an jungen Personen bei gleichzeitiger Zunahme an Älteren, hat Auswirkungen auf alle Altersgruppen. Will man den momentanen Lebensstandard beibehalten, müssen auch private und öffentliche Investitionen getätigt werden. Um die deutsche Wirtschaft nachhaltig mit Arbeitskräften zu versorgen, nennt die Bundesagentur für Arbeit zehn verschiedene Handlungsfelder, um der momentanen Entwicklung bis 2025 entgegenwirken zu können: neben landesinternen Optionen wie die Steigerung und steuerrechtlicher Anpassung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Personen, soll die Zuwanderung gesteuert werden und auf eine gezielte Anwerbung fachlich qualifizierter Arbeitskräfte hinauslaufen (etwa 400.000-800.000 Arbeitskräfte). Bei der Anwerbung soll auf die Bedürfnisse des deutschen Arbeitsmarktes und bestimmten Kriterien wie Bedarf, Qualifizierung und Integrationsfähigkeit der Fachkräfte Rücksicht genommen werden. International gesehen versuchen Industrieländer mit organisierter Migrationspolitik ihren ökonomischen Bedarf an Menschen zu decken, vor allem vor dem Hintergrund, damit den demographisch schrumpfenden Arbeitsmarkt zu beeinflussen. Hierfür versucht man auch Studenten aus dem Ausland oder sich in Ausbildung befindene Personen ins Land zu holen.³²¹

Doch der demographische Wandel betrifft nicht nur die deutsche Mehrheitsbevölkerung - Alterung und Schrumpfung findet auch innerhalb der Bevölkerung mit

³²¹ vgl. H. Dietrich Von Loeffelholz: Migration und Demographie, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 132-133.

Migrationshintergrund statt, die prozentuell gesehen ungefähr ein Fünftel der Gesamtbevölkerung darstellt, in den jüngeren Altersgruppen wesentlich mehr. Der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund gemessen an der Gesamtzahl aller Erwerbspersonen in Deutschland beträgt in der Mitte des nächsten Jahrzehnts etwa 30%. Außerdem soll eine Lücke an Fachkräften von etwa 6,5 Millionen Menschen entstehen, die nur zu rund 10 % von ausländischen Arbeitskräften gedeckt werden kann. Auch durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die berufliche Förderung von weiblichen und älteren Arbeitern und Angestellten wird der bevorstehenden, demographisch bedingten Mangel an Arbeitskräften nicht aufgehalten, ebenso wenig wie die Verlagerungen von Arbeitsschritten ins Ausland oder Investitionen in eine arbeitssparende Produktion. Es bedarf einer ständigen Weiter- und vor allem besseren Ausbildung, um die Volkswirtschaft Deutschlands im internationalen Vergleich konkurrenzfähig zu machen.³²²

Neben der deutschen Mehrheitsbevölkerung sehen sich also auch die Menschen mit Migrationshintergrund mit Alterung und Schrumpfung konfrontiert: auch Personen mit Migrationshintergrund werden älter - und insgesamt weniger. Diese Tendenz wird verstärkt und beschleunigt, indem weniger (jüngere) Migranten nach Deutschland kommen um sozusagen die „Vorgängergeneration“ am Arbeitsmarkt zu ersetzen. Dadurch nehmen die jüngeren Generationen ab, während sich die Zuwanderer aus vergangenen Jahrzehnten auch im Altern befinden und somit die älteren Generationen zunehmen. Diese Entwicklung belastet, wie bereits erwähnt, die im Erwerbsleben stehenden Generationen. Nach dem Gebot der Generationengerechtigkeit sollten deshalb ältere Personengruppen länger aktiv bleiben und durch eine verlängerte Lebensarbeitszeit die jüngeren Generationen entlasten. Deshalb wäre es notwendig, für bessere Arbeitsbedingungen und Infrastrukturen für die älteren Arbeitnehmer zu sorgen. Eine effizientere Migrations- und Integrationspolitik könnten dafür sorgen, dass sich junge und qualifizierte Arbeitnehmer für eine Zuwanderung nach Deutschland entscheiden; auch dadurch würde die ansässige Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund entlastet werden.³²³

³²² vgl. H. Dietrich Von Loeffelholz: Migration und Demographie, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 133-134.

³²³ vgl. H. Dietrich Von Loeffelholz: Migration und Demographie, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 134 f.

8.2 Ältere Migranten in Deutschland

Insgesamt ist die Bevölkerung ausländischer Personen oder Personen mit Migrationshintergrund noch jünger als die einheimische. Die Zahl der Älteren in der ausländischen Bevölkerung hat aber in den letzten Jahren zugenommen.³²⁴ Die Zahl der über 65-Jährigen mit Migrationshintergrund betrug im Jahr 2011 über 1,5 Millionen Menschen; bis ins Jahr 2030 wird die Zahl auf ungefähr 3 Millionen ansteigen. Wenn man die Altersgruppe der Migranten ab 55 Jahren betrachtet, die somit kurz vor der Pensionierung stehen oder bereits in Rente sind, so beträgt die Zahl bereits 3,1 Millionen Menschen.³²⁵

Viele Migranten kamen ursprünglich nur als Arbeitskräfte nach Deutschland und das für begrenzte Zeit, doch viele verlagerten ihren Lebensmittelpunkt zur Gänze ins Land und machten es zu ihrer neuen Heimat. Durch den Zuzug von Familienmitgliedern wurden sie zu einem wichtigen Bestandteil der deutschen Gesellschaft.

Viele Migranten leben schon in der dritten oder vierten Generation in Deutschland und sind fest in diesem Land verwurzelt: sie haben einen Arbeitsplatz, eine Familie und gehen hier zur Schule. Sie sind also mit Deutschland mehr verbunden als ihre Eltern oder Großeltern; in den Heimatländern (ihrer Eltern oder Großeltern) haben sie oft nur mehr wenige Verwandte. Aber auch Migranten der „ersten Stunde“ entschieden sich oft dafür, auch ihren Lebensabend in Deutschland zu verbringen und nicht in ihre ehemalige Heimat zurückzukehren.³²⁶

8.2.1 Gesundheitliche Versorgung von Migranten

Neben zahlreichen migrationspolitischen Maßnahmen, die die Integration von Personen mit Migrationshintergrund in der deutschen Gesellschaft fördern sollen, muss sich auch

³²⁴ vgl. H.Baykara-Krumme: Ältere EinwanderInnen in Deutschland - ein Überblick zur demographischen Entwicklung, in: Heinrich Böll Stiftung: Dossier Altern in der Migrationsgesellschaft, 2012, S. 9, online unter http://www.migration-boell.de/web/integration/47_3099.asp (26.2.2014)

³²⁵ vgl. C. Özadali: Ältere Migranten in Deutschland, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 135.

³²⁶ vgl. C. Özadali: Ältere Migranten in Deutschland, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 135-137.

das Pflege- und Gesundheitswesen mit der zunehmenden Vielfalt zurechtfinden. Tendenziell nutzen Migranten seltener die Möglichkeiten der medizinischen Vorsorge und Versorgung; Gründe dafür sind einerseits unzureichende Deutschkenntnisse oder kulturelle Unterschiede, andererseits mangelnde Kenntnisse über das Gesundheitssystem in Deutschland. Hinzu kommen zu wenige Kenntnisse im Umgang mit Patienten mit Migrationshintergrund seitens der Personen, die im Gesundheitswesen tätig sind; auch hier gibt es zahlreiche Initiativen, die Integration von Migranten zu verbessern: es gibt mittlerweile viele Einrichtungen, die auf die Pflege und Behandlung von Personen mit Migrationshintergrund spezialisiert sind.³²⁷

In diesem Zusammenhang spricht man von „kultursensibler Pflege“ oder „interkultureller Öffnung der Pflege“; Pflegekräfte sollen mit der Sprache und den kulturellen und religiösen Gepflogenheiten der Patienten vertraut sein, vermehrt wird auch auf Fachkräfte mit Migrationshintergrund gesetzt.³²⁸

Denn durch den demographischen Wandel gibt es auch immer mehr ältere Personen mit Migrationshintergrund, die auf Pflege angewiesen sein werden.

8.3 Dilemma: Zurückkehren, pendeln oder bleiben?

Am Beginn ihrer Auswanderung nach Deutschland denken viele Menschen daran, im späteren Verlauf ihres Lebens wieder in ihre Heimatländer zurückzukehren. Doch die Gruppe derjenigen, die aus den unterschiedlichsten Motiven in Deutschland bleiben möchten oder zumindest für eine bestimmte Zeit, ist größer als diejenige, die eine Rückkehr konkret ins Auge fasst. Ausschlaggebend für die Entscheidung „Zurückkehren oder Bleiben“ sind neben sozialen und ökonomischen Faktoren auch die Zugehörigkeit oder auch Abgrenzung in der Aufnahmegesellschaft.³²⁹

Migration kann man als biografischen Prozess im Lebensverlauf eines Menschen verstehen. Mit dem Eintritt ins Rentenalter befindet man sich an einem Wendepunkt

³²⁷ vgl. 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, 2012, S. 314-315, online unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-06-27-neunter-lagebericht.pdf?__blob=publicationFile (26.2.2014)

³²⁸ vgl. C. Özadali: Ältere Migranten in Deutschland, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 136.

³²⁹ vgl. R. Paß: Alter(n)svorstellungen älterer Migrantinnen, 2006, S. 165 f.

seines Lebens - dies gilt besonders für viele ehemalige Migranten der „Gastarbeitergeneration“. Durch das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess stehen sie vor der Entscheidung, wie und vor allem wo sie ihr zukünftiges Leben verbringen wollen. Sie befinden sich in einem Spannungsverhältnis: wollen sie in ihr Heimatland zurückkehren oder wurde ihr ehemaliges Einwanderungsland zum Heimatland? Viele ältere Migranten fühlen sich in ihrer Gefühlswelt gespalten und zwischen „alter“ und „neuer“ Heimat hin- und hergerissen. Bleiben oder Remigration - auch wenn man sich prinzipiell für eine der beiden Optionen entschieden hat, kann die Verbindung zum jeweils anderen Bezugsort weiterhin aufrecht erhalten werden. Beide Optionen können miteinander verschränkt werden; dies führt dann zu verschiedenen Formen zirkulärer transnationaler Migration - „Pendeln“. Pendeln³³⁰ gilt im Alter als wichtigste Form von Transnationalität. Dies eröffnet sozusagen die Möglichkeit, in zwei „Welten“ zu leben. Daneben besteht aber auch die Möglichkeit, sich für ein weiteres Land und für eine weitere Migration zu entscheiden. Die nachberufliche Lebensführung hat auch Auswirkungen auf die sozialpolitischen Institutionen der Aufnahmeländer.³³¹

Tatsache ist jedoch, dass das Wanderverhalten und die Mobilität von Personen mit Migrationshintergrund an der „Schnittstelle“ zur Pensionierung häufig undokumentiert bleibt - besonders Pendeln oder die temporäre bzw. dauerhafte Remigration ins Heimatland.³³² Denn „die Aufmerksamkeit konzentriert sich fast ausschließlich auf die Gruppe derjenigen Migranten, die sich endgültig in den Aufnahmeländern niederlassen.“³³³

Tatsache ist jedoch, dass entgegen der stereotypen Vorstellung, ältere Menschen wären tendenziell weniger wanderungsbereit, nimmt die Migrationsbereitschaft im Alter generell zu.³³⁴ Immerhin haben Arbeitsmigranten schon einmal in ihrem Leben die

³³⁰ Pendeln: darunter versteht man in diesem Fall das „periodische Wechseln des Lebensmittelpunkts zwischen Herkunfts- und Migrationsland.“ (C. Reinprecht: Nach der Gastarbeit, 2006, S.131).

³³¹ vgl. C. Reinprecht: Nach der Gastarbeit, 2006, S. 129-132.

³³² vgl. C. Reinprecht: Nach der Gastarbeit, 2006, S. 132.

³³³ M. Dietzel-Papakyriakou: Einleitung: Mobilität und Migration. in: BAGIV (Hg.): Mobilität als Handlungsfähigkeit gegen Diskriminierung, 2002, S. 8.

³³⁴ vgl. C. Reinprecht: Nach der Gastarbeit, 2006, S. 141, nach: M. Dietzel-Papakyriakou: Wanderungen alter Menschen. in: G. Naegele, R.-M. Schütz (Hg.): Soziale Gerontologie, 1999, S. 141-156.

Entscheidung gefasst, in ein anderes Land zu emigrieren; die Verbesserungen der Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten beeinflussen die tatsächliche Umsetzung der Mobilitätspläne. Drei Motive spielen bei der räumlichen Mobilität älterer Migranten eine besonders tragende Rolle: Angehörige der ersten Migrantengeneration bleiben auch im Alter mobil, weil sie sowohl soziale Kontakte im Herkunfts- als auch im Aufnahmeland haben. Die Wanderungsbereitschaft ist bei Personen mit Migrationshintergrund außerdem so hoch, weil sie oft in ihrem Aufnahmeland mit ökonomischen oder sozialen Problemen zu kämpfen hatten und es nicht schafften, sich in der Gesellschaft des Ziellandes zu integrieren und in allen Bereichen „Fuß zu fassen“. Auch Diskriminierung oder Missachtung führen zu einer hohen Mobilität im Alter. Je besser eine Person im Aufnahmeland integriert ist und besser sie finanziell abgesichert ist, desto geringer ist der Wunsch, wieder in das jeweilige Heimatland zurückzukehren.³³⁵

8.4 Fazit

Der demographische Wandel und dessen Folgen wirken sich auf ganz Deutschland aus - und das bedeutet: auch Personen mit Migrationshintergrund, die in der Zwischenzeit zu einem fixen Bestandteil der deutschen Bevölkerung wurden, sind davon betroffen.

Viele Menschen haben Deutschland als neue Heimat gewählt und haben sich dazu entschlossen, auch die Jahre nach der Pensionierung im Land zu verbringen. Deutschland muss sich demnach auch mit den Anforderungen auseinandersetzen, die die zunehmend ältere Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit sich bringt. Denn Integration sollte auch in Bereichen des Gesundheitswesens stattfinden.

³³⁵ vgl. C. Reinprecht: Nach der Gastarbeit, 2006, S. 141-143, nach: Projekt zum Thema „Mobilität als Handlungsfähigkeit gegen Diskriminierung“ der Bundesamtsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland e.V. mit der Europäischen Union, 2002, online unter <http://www.bagiv.de/eu-projekt-mobilitaet-endbericht-deutsch.html> (27.2.2014)

9 Fazit: „Altersheim Deutschland“? Auswirkungen der Zuwanderung auf die Entwicklung Deutschlands

Die Menschen in Deutschland (und anderen Industriestaaten) werden immer älter. Der Anteil der älteren Generationen wächst im Vergleich zu den jüngeren immer mehr an und führt zu Veränderungen der Altersstruktur. Der so genannte Demographische Wandel wird aber nicht nur durch die gesteigerte Lebenserwartung, sondern auch durch den Rückgang an Geburten verursacht. Die deutsche Gesellschaft wird also von einem Zusammenspiel von einer „Überalterung“ einerseits - und einer „Unterjüngung“ andererseits beeinflusst. Dies führt zu veränderten Anforderungen an das staatliche Sozial- und Rentensystem und hat auch Auswirkungen auf den nationalen Arbeitsmarkt.³³⁶

Etwa zwei Jahrhunderte lang wuchs die Bevölkerung Deutschlands stetig an; Gründe dafür waren die sinkende Mortalitätsrate (vor allem der Rückgang der Säuglingssterblichkeit) und eine gesteigerte Lebenserwartung. Unterbrochen wurde diese Entwicklung nur kurzfristig durch den Ersten und den Zweiten Weltkrieg. Wann genau der demographische Wandel von einer wachsenden zu einer schrumpfenden Bevölkerung eingesetzt hat, kann nicht genau gesagt werden. Die im Jahr 2002 vom Statistischen Bundesamt angegebene Zahl von 82,538 Millionen Einwohnern beruhte aber auf Volkszählungen der DDR aus dem Jahr 1981 und der alten Bundesrepublik aus dem Jahr 1987. Bei der veröffentlichten Zahl handelte es sich um eine Bevölkerungsfortschreibung. Die Ergebnisse des Zensus im Jahr 2011 ergeben einen Bevölkerungsstand von 80,2 Millionen Menschen - und damit um etwa 1,5 Millionen Menschen weniger als vorausberechnet. Was aber waren die Gründe für diese Differenz? Tatsache ist, dass Deutschlands Bevölkerung im 19. Jahrhundert mit starken Zuwanderungsbewegungen konfrontiert wurde, besonders im Zuge der „Gastarbeitergeneration“ der 1950er und 1960er Jahre und dem Zuzug von Familienmitgliedern. Diese Daten über die Ab- und Rückwanderungen von Ausländern in ihre Herkunftsländer wurden aber oft nicht genau genug erfasst um verlässliche Zukunftsprognosen erstellen zu können. Die starke Zuwanderung dauerte in etwa bis in

³³⁶ vgl. U. Lehr: Die Jugend von gestern und die Senioren von morgen, in: Politik und Zeitgeschichte B20/2003, online unter <http://www.bpb.de/apuz/27632/die-jugend-von-gestern-und-die-senioren-von-morgen?p=all> (10.2.2014)

erste Hälfte der 1990er Jahre an. Es wird also vermutet, dass die Stagnation etwa um die Jahrtausendwende eingetreten sein muss, als die Migrationsströme schwächer wurden und erstmals mehr Menschen auswanderten als ein. Auch wenn Deutschland in Zukunft weiterhin von Migration geprägt sein wird, wird die Zahl an Zuwanderungen nicht ausreichen, um der aktuellen Kombination aus geringen Geburtenzahlen sowie immer älter werdender Personen und dem damit einhergehenden demographischen Wandel entgegensteuern zu können.³³⁷

Die Bevölkerung Deutschlands ist also mit einer Reihe von Veränderungen konfrontiert: das zentrale Problem ist der Wandel der Altersstruktur, denn Deutschland hat parallel mit zwei verschiedenen Entwicklungen zu kämpfen: die älteren Altersgruppen wachsen zahlenmäßig zunehmend an, während die jüngeren durch die geringen Geburtenzahlen abnehmen. In anderen Worten ausgedrückt: der „Bevölkerungsexplosion“ der Älteren steht eine „Bevölkerungsimplosion“ der Jüngeren gegenüber.³³⁸ Diese Entwicklung führt zu einem Mangel an Arbeitskräften und zu einer Überlastung des Sozial- und Rentensystems.

Ein weiterer wichtiger Punkt der im Laufe dieser Arbeit thematisiert wird, ist Deutschlands Rolle als Einwanderungsland, dessen es sich lange Zeit nicht bewusst war - oder sein wollte. Zuwanderungsbewegungen haben die Bevölkerungsentwicklung besonders seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nachhaltig geprägt. So genannte „Gastarbeiter“ kamen in den 1950er Jahren ins Land um den Bedarf an Arbeitskräften zu decken; ihr Aufenthalt war zeitlich begrenzt und somit wurde auf Integrationsmaßnahmen verzichtet.

Doch das Rotationsmodell war sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Arbeitgeber von Nachteil. Deshalb wurde die Aufenthaltsdauer der ausländischen Arbeitskräfte in Deutschland verlängert, es kam zum Zuzug von Familienmitgliedern und aus den „Gastarbeitern“ wurden „Einwanderer“, die Deutschland zu ihrer neuen Heimat machten.

³³⁷ vgl. J. Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010, 2013, S. 130-132..

³³⁸ vgl. H. Birg: Dynamik der demographischen Alterung, in: Politik und Zeitgeschichte B20/2003, online unter <http://www.bpb.de/apuz/27632/die-jugend-von-gestern-und-die-senioren-von-morgen?p=all> (10.2.2014)

Dieser Situation wurde aber von der Politik bis in die 1990er Jahre keine große Aufmerksamkeit geschenkt. Es bedarf gesetzlichen Regelungen, die auch auf die Bedürfnisse der ausländischen Bevölkerung und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund abgestimmt sind; besonders wichtig sind die Integrationsmaßnahmen, die vor allem die Sprachkenntnisse und die schulische und berufliche Ausbildung betreffen.

Deutschland musste sich erst der „Notwendigkeit“ von Zuwanderung für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung bewusst werden. Das Land setzt nun gezielt auf die Anwerbung von qualifizierten Anwerbern aus dem Ausland, um dem Mangel an Arbeitskräften entgegenzuwirken. Außerdem hofft man, dass durch die Zuwanderung von jungen Menschen der demographische Wandel verzögert werden kann. Weiters wird versucht, die Ausbildung von ausländischen Personen und Personen mit Migrationshintergrund, die bereits in Deutschland ansässig sind, zu fördern und ihre Qualifikationen zu erhöhen, damit sie die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben wie die einheimische Bevölkerung.

Deutschland hat mit vielen Problemen zu kämpfen: auf der einen Seite steht der demographische Wandel, der Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme, den Arbeitsmarkt und das wirtschaftliche Wachstum mit sich bringt. Hier bedarf es zahlreicher Reformen, wie der Anhebung des Rentenalters oder höhere Beiträge für Kranken- oder Rentenversicherungen. Die demographisch bedingten Belastungen können dadurch aber nur geringfügig gemildert werden. Auf der anderen Seite führt die hohe Zuwanderung zu Integrationsproblemen und Spannungen in der Gesellschaft; dennoch hofft man, durch eine gezielte Migrationspolitik dem momentanen demographischen Trend entgegenzuwirken. Es ist jedoch klar, dass der demographische Wandel auch durch hohe Zuwanderung von jungen Personen nicht gestoppt, sondern nur entschärft werden kann.³³⁹ Sie ist demnach kein „Heilmittel gegen das oft beschworene Altersheim Deutschland“.³⁴⁰

³³⁹ vgl. H. Birg: Dynamik der demographischen Alterung, in: Politik und Zeitgeschichte B20/2003, online unter <http://www.bpb.de/apuz/27632/die-jugend-von-gestern-und-die-senioren-von-morgen?p=all> (10.2.2014)

³⁴⁰ K.-H. Meier-Braun: Einleitung: Deutschland Einwanderungsland, in: K.-H. Meier-Braun, R. Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland, 2013, S. 25.

10 Bibliographie

Monographien:

Bade, K.: Homo Migrans-Wanderungen aus und nach Deutschland, Erfahrungen und Fragen. Stuttgarter Vorträge zur Zeitgeschichte. Essen: Klartext-Verlag, 1994.

Bade, K.; Bommers, M.; Oltmer, J. (Hg.): Sozialhistorische Migrationsforschung. Göttingen: V&R unipress GmbH, 2004.

Clemens, W.: Ältere Arbeitnehmer im sozialen Wandel. Von der verschmähten zur gefragten Humanressource?. Oplade: Leske und Budrich, 2001.

Dietzel-Papakyriakou, M.: Altern in der Migration. Die Arbeitsmigranten vor dem Dilemma: zurückkehren oder bleiben. Stuttgart: Enke, 1993.

Ehmer, J.: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2010. München: Oldenbourg 2013.

Glantschnig H.: Liebe als Dressur: Kindererziehung in der Aufklärung, Frankfurt/Main: Campus, 1987.

Hans, S.: Assimilation oder Segregation? Anpassungsprozesse von Einwanderern in Deutschland. Dissertation, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2010.

Heinelt, H.; Lohmann, A.: Immigranten im Wohlfahrtsstaat am Beispiel der Rechtspositionen und Lebensverhältnisse von Aussiedlern. Opladen: Leske + Buderich, 1992.

Höpflinger, F.: Bevölkerungssoziologie. Eine Einführung in bevölkerungssoziologische Ansätze und demographische Prozesse. Weinheim: Juventa, 1997.

Imhof, A.: Die Zunahme unserer Lebensspanne seit 300 Jahren - und ihre Folgen.- (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 110), Stuttgart: Kohlhammer, 1996.

Jacobmeyer, W.: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951. Göttingen: Vandenhoeck&Ruprecht, 1985.

Kaufmann, F.X.: Die Überalterung. Ursachen, Verlauf, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des demographischen Alterungsprozesses, Zürich/St.Gallen: Polygraphischer Verlag AG. 1960.

Kaufmann, F.X.: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2005.

Kinsler, M.: Alter, Macht, Kultur, Kulturelle Alterskompetenzen in einer modernen Gesellschaft (Dissertation), Hamburg: Verlag Dr. Kovac, 2003.

Kintner, H.J.: Determinants of Temporal and Areal Variation in Infant Mortality in Germany. 1871-1933, in: Demographie 25, S. 507-607, 1988.

Knodel, J.: Demographic Behaviour in the Past. A Study of fourteen German village populations in the 18th and 19th centuries. Cambridge, 1988.

Königseder, A.; Wetzel, J.: Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen Displaced Persons im Nachkriegsdeutschland. Frankfurt am Main: 1994.

Laslett, P.: Das Dritte Alter. Historische Soziologie des Alterns. Weinheim: Juventa. 1995.

Mackenroth, G.: Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung. Berlin: Springer, 1953.

Münz, R.; Seifert, W.; Ulrich, R.: Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt/New York: Campus Verlag, 1997.

Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, 2000.

Paß, Rita: Alter(n)svorstellungen älterer Migrantinnen. Eine explorative Studie über deren biographische Lebensentwürfe. Hamburg: Verlag Dr. Kovac, 2006.

Reinprecht, C.: Nach der Gastarbeit. Prekäres Altern in der Einwanderungsgesellschaft. Wien: 2006.

Schimany, P.: Die Alterung der Gesellschaft. Ursachen und Folgen des demographischen Umbruchs. Frankfurt/Main: Campus. 2003.

Schofield, R. (Hg.); Reher, D.; Bideau, A.: The Decline of Mortality in Europe. Oxford: Clarendon Pr., 1991.

Spree, J.: On Infant Mortality Change in Germany since the Early 19th Century. Münchener Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge 95. München 1995.

Spree, R.: Der Rückzug des Todes. Der epidemiologische Übergang in Deutschland während des 19. und 20. Jahrhunderts. Konstanz: Universitätverlag, 1992.

Stern, E.: Der Mensch in der zweiten Lebenshälfte. Psychologie des Alterns und des Alters. Zürich: Rascher, 1955.

Treibel, A.: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. Weinheim/München: Juventa-Verlag, 2003.

Sammelwerke:

Amann, A.: Kurswechsel für das Alter, Wien/Köln/Weimar: Böhlau 2000.

Bade, K.J.(Hg.): Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. München: Beck, 1992.

Bade, K. (Hg.)/Emmer, P.C./Lucassen, L./Oltmer, J.: Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn/Wine/München: Wilhelm Fink, S. 28-53, 2010.

Cerman M. (Hg.)/ Eder F.X./ Eigner P./Komlosy A./Landsteiner E.: Wirtschaft und Gesellschaft. Europa 1000-2000. Innsbruck/Wien: Studienverlag, 2011.

Dietzel-Papakyriakou, M.: Einleitung: Mobilität und Migration. in: BAGIV (Hg.): Mobilität als Handlungsfähigkeit gegen Diskriminierung. Bonn: Avlos, S. 8-13, 2002.

Dracklé, D. (Hg.): Alt und zahm? Alter und Älterwerden in unterschiedlichen Kulturen. Berlin, Hamburg, 1998.

Fassmann, H. (Hg.), Münz R.: Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen. Frankfurt am Main/New York: Campus, 1996.

Häfner, H.: Was ist Alter(n)? Neue Antworten auf eine scheinbar einfache Frage. Berlin/Heidelberg: Springer Verlag, 2008.

Kaufmann, F.X.: Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität. Beiträge zum Problem einer Bevölkerungspolitik in industriellen Gesellschaften. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, 1975.

Meier-Braun, K.-H.; Weber, R.: Deutschland Einwanderungsland, Begriffe - Fakten - Kontroversen. Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH, 2013.

Naegele, G.; Schütz, R.-M. (Hg.): Soziale Gerontologie. Lebenslagen im Alter und Sozialpolitik für ältere Menschen. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1999.

Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 1992.

Staudinger, U. M.; Häfner, H.: Was ist Alter(n)? Neue Antworten auf eine scheinbar einfache Frage. Berlin/Heidelberg: Springer Verlag, 2008.

Textor, M.R.: Sozialpolitik. Aktuelle Fragen und Probleme. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1997.

Aufsätze in:

Delfs, S.: Heimatvertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament), B48/93, S. 3-11, 1993.

Dorbritz, J.; Speigner, W.: Die Deutsche Demokratische Republik - ein Ein- und Auswanderungsland? In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 1, S. 67-86, 1990.

Gärtner, K.: Sterblichkeitstrends in ausgewählten Industrieländern. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 20:1, S. 101-124, 1995.

Münz, R.; Ulrich, R.: Migration und Ausländerbeschäftigung in Deutschland. In: StadtBauwelt, 118, S. 1270-1272, 1993.

Nawrocki, J.: Der Ratgeber war ein Verräter: Der Fall Götz Schlicht, in: Die Zeit, 13.8.1993, S. 6.

Oberndörfer, D.: Integration oder Abschottung? Auf dem Weg zur postnationalen Gesellschaft, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, Jg. 18, Nr. 1, S. 4, 1998.

10.1 Sitographie

Auswärtiges Amt: Zuwanderungsgesetz, 2012

<http://www.auswaertiges-amt.de/DE/EinreiseUndAufenthalt/>

Zuwanderungsrecht_node.html

(18.2.2014)

Baykara-Krumme, H.: Ältere EinwanderInnen in Deutschland - ein Überblick zur demographischen Entwicklung, in: Heinrich Böll Stiftung Dossier Altern in der Migrationsgesellschaft, 2012, S. 9-11,

http://www.migration-boell.de/web/integration/47_3099.asp (26.2.2014)

Birg, H.: Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland. In: Politik und Zeitgeschichte B20/2003

<http://www.bpb.de/apuz/27632/die-jugend-von-gestern-und-die-senioren-von-morgen?p=all> (10.2.2014)

Bundesagentur für Arbeit: Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer, Dezember 2011, Nürnberg 2012

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/>

Analytikreports/Zentrale-Analytikreports/Monatliche-Analytikreports/Generische-Publikationen/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender-201201.pdf (4.2.2014)

Bundesamtgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland e.V.: EU-Projekt: Mobilität als Handlungsfähigkeit gegen Diskriminierung, 2002

<http://www.bagiv.de/eu-projekt-mobilitaet-endbericht-deutsch.html> (27.2.2014)

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Bevölkerung mit Migrationshintergrund

[http://www.bib-demografie.de/DE/Service/Glossar/_Functions/glossar.html?](http://www.bib-demografie.de/DE/Service/Glossar/_Functions/glossar.html?lv2=3071658&lv3=3074176)

[lv2=3071658&lv3=3074176](http://www.bib-demografie.de/DE/Service/Glossar/_Functions/glossar.html?lv2=3071658&lv3=3074176) (11.2.2014)

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Definition „Ausländische Bevölkerung“
[http://www.bib-demografie.de/DE/Service/Glossar/_Functions/glossar.html?](http://www.bib-demografie.de/DE/Service/Glossar/_Functions/glossar.html?lv2=3071656&lv3=3074174)
[lv2=3071656&lv3=3074174](http://www.bib-demografie.de/DE/Service/Glossar/_Functions/glossar.html?lv2=3071656&lv3=3074174) (11.2.2014)

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Definition „Ausländische Bevölkerung“
Grundgesetz Artikel 116
http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_116.html (11.2.2014)

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Deutsche Staatsangehörigkeit
http://www.gesetze-im-internet.de/rustag/_4.html (11.2.2014)

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Medianalter
<http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/M/medianalter.html>
(6.2.2014)

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Wanderungen
[http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/Wanderungen/](http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/Wanderungen/wanderungen_node.html)
[wanderungen_node.html](http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/Wanderungen/wanderungen_node.html) (21.1.2014)

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Zu- und Abwanderung
[http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/Wanderungen/Abbildungen/](http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/Wanderungen/Abbildungen/aussenwanderung.html?nn=3072754)
[aussenwanderung.html?nn=3072754](http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/Wanderungen/Abbildungen/aussenwanderung.html?nn=3072754) (17.2.2014)

Bundeszentrale für politische Bildung: Die soziale Situation in Deutschland,
Ausländische Bevölkerung nach Ländern, 28.11.2012
[http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/](http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61625/auslaendische-bevoelkerung-nach-laendern)
[61625/auslaendische-bevoelkerung-nach-laendern](http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61625/auslaendische-bevoelkerung-nach-laendern) (12.2.2014)

Butterwegge, C.: Von der „Gastarbeit“-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz,
Migrationsgeschehen und Zuwanderungspolitik in der Bundesrepublik, 2005
[http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56377/migrationspolitik-in-](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56377/migrationspolitik-in-der-brd?p=all)
[der-brd?p=all](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56377/migrationspolitik-in-der-brd?p=all) (19.2.2014)

Deutsches Institut für Urbanistik, Difu-Berichte - Segregation, 1/2006
<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-12006/segregation.html> (24.2.2014)

Heidhues, F.: Ernährungssicherheit bei rasch wachsender Bevölkerung, 2008
<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/entwicklungspolitik/welternaehrung.html>
(6.2.2014)

Hoßmann, I.; Karsch, M.: Deutschlands Integrationspolitik, Berlin-Institut für
Bevölkerung und Entwicklung, Juni 2011
<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungspolitik/deutschland/deutschlands-integrationspolitik.html?type=98> (12.2.2014)

Eurostat: Europa in Zahlen - Eurostat Jahrbuch (Oktober 2012)
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Population_structure_and_ageing/de
(7.2.2014)

Eurostat: Europa in Zahlen - Eurostat Jahrbuch (Februar 2013)
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Population_statistics_at_regional_level/de (7.2.2014)

Fuchs, J.; Thon, M.: Potentialprojektion bis 2040, Nach 2010 sinkt das Angebot an
Arbeitskräften, Selbst hohe Zuwanderungen werden diesen Trend nicht stoppen können,
IAB Kurzbericht, Nr. 4, 20.5.1999
<http://doku.iab.de/kurzber/1999/kb0499.pdf> (8.2.2014)

Karsch, M.; Münz, R.: Faktoren der Bevölkerungsdynamik, 2007/2012
http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=21&tx_ttnews%5Btt_news%5D=37&cHash=77043eb180d3310ce77c9ced4ed78891 (6.2.2014)

Kluth, W.: W. Kluth: Generationengerechtigkeit, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Kluth_Generationengerechtigkeit.pdf (7.2.2014)

Kolb, H.: Die deutsche „Green Card“, Focus Migration, 2005

http://focus-migration.hwwi.de/typo3_upload/groups/3/focus_Migration_Publikationen/Kurzdossiers/KD03_Green_Card.pdf (13.2.2014)

Kröhnert, S.: Aktuelle Brennpunkte der Zuwanderung: Arbeitsmarkt, Demografie und soziale Sicherheit, 2005

http://www.berlin-institut.org/publikationen/artikel-vortraege-poster/zuwanderung.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=103&tx_ttnews%5Btt_news%5D=42&cHash=b2d4a7d7e6fccf7dbe742d06bdfc60cf (13.2.2014)

Kröhnert, S.: Migration - eine Einführung, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2007

<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/migration.html> (3.2.2014)

Lehr, U.: Alterung der Bevölkerung, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2007/2013

<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/auswirkungen/alterung.html> (6.2.2014)

Lehr, U.: Ältere Menschen. Die Jugend von gestern - und die Senioren von morgen, Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/2003

<http://www.bpb.de/apuz/27632/die-jugend-von-gestern-und-die-senioren-von-morgen?p=all>
(10.2.2014)

Münz, R.: Fertilität und Geburtenentwicklung. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2007/2013

http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Muenz_Fertilitaet_und_Geburtenentwicklung_2013.pdf (20.1.2014))

Özcan, V.: Staatsangehörigkeit, Bundeszentrale für politische Bildung, 2007
<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/57552/staatsangehoerigkeit>
(13.2.2014)

Santel, B.: Integration, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2003
http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/integration.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=140&tx_ttnews%5Btt_news%5D=37&cHash=67fe4f6af05bbf39bd769b565401b2d8 (17.2.2014)

Schneider, J.: Rückblick: Zuwanderungsgesetz 2005, Bundeszentrale für politische Bildung, 2007
<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56351/zuwanderungsgesetz-2005?p=all>
(18.2.2014)

Schneider, J.: Die Novellierung des Zuwanderungsgesetzes 2007, Bundeszentrale für politische Bildung, 2007
<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56350/zuwanderungsgesetz-2007>
(18.2.2014)

Sippel, L.; Klingholz, R.: Asylbewerber in der BRD, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2009
<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungspolitik/deutschland/asylbewerber-in-der-brd.html> (13.2.2014)

Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 2.2, Migration in Deutschland 2010, S. 6
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220107004.pdf?__blob=publicationFile (11.2.2014)

Statistisches Bundesamt: Strukturdaten und Integrationsindikatoren über die ausländische Bevölkerung in Deutschland 2003, 2005
http://www.bteu.de/download/2003_STRUKTURDATEN_UND_INTEGRATIONSINDIKATOREN.pdf (13.2.2014)

Sustainable Governance Indicators 2011: Soziale Gerechtigkeit in der OECD - Wo steht Deutschland?, Bertelsmann-Stiftung 2010
http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33013_33014_2.pdf (12.2.2014)

Textor, M.R.: Bevölkerungsentwicklung, Konsequenzen für Gesellschaft und Politik. in: Textor, M.R.: Sozialpolitik. Aktuelle Fragen und Probleme. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 11-28, 1997., <http://www.ipzf.de/Bevoelkerung.html> (11.2.2014)

Ulrich, R.E.: Kontrazeption in Europa, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2007
<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/kontrazeption-in-europa.html> (12.2.2014)

Woellert, F.; Klingholz, R.; Karsch, M.: Migration und demographischer Wandel, Handbuch Migration und Familie, 2009
http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/2009_Handbuch_Familie_Woellert-Klingholz-Karsch.pdf (24.2.2014)

9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin, 2012
http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-06-27-neunterlagebericht.pdf?__blob=publicationFile (26.2.2014)

11 Anhang

11.1 Abstract

Die zentralen Themen der vorliegenden Arbeit sind einerseits die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten sowie der Einfluss, den Migrationsströme auf die Bevölkerungsstruktur und das soziale System haben und haben werden.

Fast alle Industrieländer sind bereits vom so genannten „Demographische Wandel“ betroffen und müssen mit den Problemen, die eine immer längere Lebenserwartung und niedrige Geburtenzahlen mit sich bringen, umgehen lernen. Auch Deutschland wird mit einer immer älter werdenden Bevölkerung konfrontiert; das Sozialsystem muss sich dieser Veränderung anpassen, denn die „Alten“ bilden bald die größte Bevölkerungsgruppe. Es bedarf also einem grundlegenden Umdenken dem Alter gegenüber, auch im Bezug auf das Rentensystem in Deutschland, das bereits jetzt überlastet ist. Ihr relativ frühes Ausscheiden aus der Berufswelt trotz einer immer länger währenden „Jugend“ sollte neu überdacht werden. In diesem Zusammenhang finden sich im ersten Kapitel dieser Arbeit verschiedene Zugangsweisen um den Begriff „Alter(n)“ zu definieren.

Neben den Faktoren Mortalität und Fertilität beeinflusst auch die Migration die Entwicklung einer Bevölkerung. Deutschland sieht sich vor allem nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit zahlreichen Zu- und Abwanderungswellen konfrontiert. Besonders nachhaltig geprägt wurde die Bevölkerung durch den Zuzug der so genannten „Gastarbeiter“ und deren Familien.

Deutschland wurde zu einem wichtigen Zuwanderungsland, wollte sich aber dieser Rolle nicht bewusst werden und wehrte sich lange Zeit gegen die Bezeichnung „Einwanderungsland“ und reagierte politisch gesehen erst in den 1990er Jahren auf diese Entwicklung.

Es kam zu politischen Maßnahmen, die die Integration und Eingliederung in die deutsche Gesellschaft fördern sollten. Gesellschaftliche Vielfalt und Migration sollen nun als Chance für die (zukünftige) Bevölkerungsentwicklung Deutschland gesehen werden.

11.2 Lebenslauf

Personalien

Geburtsdatum: 16.12.1988
Geburtsort: St. Pölten
Staatsbürgerschaft: Österreich
Familienstand: ledig

Ausbildung

1995-1999 Volksschule Dürnstein
1999-2007 BG/BRG Piaristen Krems an der Donau
2007 Reifeprüfung BG/BRG Piaristen Krems
2007-2014 Lehramtstudium Italienisch/Geschichte, Sozialkunde und politische Bildung
2014 Diplomprüfung

Berufserfahrung

2008 Praktikantin, ORF Zentrum, Wien
2009 Büroangestellte, Tourismusbüro, Dürnstein
2010 Praktikantin, Putzerei Regina, Krems
2011-2013 Büroangestellte, Tourismusbüro, Dürnstein
2013-2014 Storemodel, Hollister, Vösendorf

Sprachkenntnisse

Deutsch
Englisch
Italienisch
Französisch
Latein

Praktische Spracherfahrungen

Sommer 2012 Piccola Università Italiana/Tropea, Kalabrien